



Man sieht, es wird im letzten Augenblick noch mit allen Mitteln gearbeitet, um den Reichstag zur Bewilligung der Regierungsforderung zu bringen. Rudolf Vell, der erfahrenste und klügste Mann des Duala-Volkes, der weitaus beste Kenner der ganzen Enteignungsangelegenheit, wird wegen „Hochverrats“ verhaftet, d. h. kalt gestellt und sein gesamtes Aktenmaterial in Sachen der Enteignung wird beschlagnahmt! Alle psychologische Erwägung spricht dagegen, daß Rudolf Vell, den ich aus eigener umfangreicher Korrespondenz und dem Studium der Akten als einen durchaus besonnenen Menschen kennen gelernt habe, in dem Augenblick zu einem un sinnigen politischen Exzeß übergegangen sein sollte, wo er sehnüchlich die Entscheidung des Reichstages über die Lebensfrage seines Volkes erwartet. Seine ganze Arbeit seit einem Jahr war auf die sachliche Vorbereitung dieser Reichstagsverhandlungen gerichtet, und da sollte er den Erfolg seiner ganzen Tätigkeit durch „Hochverrat“ gefährden?

Es handelt sich bei der ganzen Anschuldigung, wie mein Vertrauensmann telegraphiert, um den berüchtigten Rüststoff. Nach früheren Nachrichten, die mir aus Duala zugegangen sind, besteht der dringende Verdacht, daß dieser Rüststoff sich auf die Meldungen schwarzer Spiegel bezieht, die von der Regierung unter den Dualas unterhalten werden. Cui bono?

Jedenfalls hat die plötzliche Verhaftung und die Einziehung der Akten einen sicheren Erfolg: Keinem dortigen Vertreter ist die sicherste Informationsquelle im entscheidenden Augenblick entzogen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Rechtsanwalt S. Alpert.

Auf abernem, total ungläubwürdigen Matsch hin wurde also Rudolf Vell, der beste Kenner und Vertreter der Duala-forderungen, verhaftet. Zugleich wurde sein ganzes Aktenmaterial beschlagnahmt. Und der Effekt? Die Duala sind nun vollends schutz- und wehrlos!

Nur unerbittlich Weltfremde können darüber im Zweifel sein, ob es sich hier um Zufall oder Absicht handelte! Gätten wir noch ein Parlament, das die Rechte auch der Schwächeren schützt, so würde der Regierung ein böser Rekrus gelangt. Aber es handelt sich ja nur um die Niederknüppelung von Schwarzen, die noch wehrloser sind als preußische Wahlrechtsheloten.

## Die Entrechtung der Proletarierjugend.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat in der Fortsetzung der Auktionsdebatte am Montag bei der Erörterung des Kapitels Jugendpflege dem sozialdemokratischen Redner die erwünschte Gelegenheit, den ganzen schamlosen Unfug der sogenannten „Jugendpflege“ zu brandmarken, für die allein in dem einzigen Etatsjahr 1914 3 1/2 Millionen Mark an Steuergrößen verpulvert werden sollen.

Vor der Redner unserer Partei das Wort erhielt, machten die Redner der verschiedenen bürgerlichen Parteien Reklame für die ihnen nahestehenden Jugendorganisationen, um möglichst viel von den zu verteilenden Millionen in die Kassen ihrer Schutzbeschlungen lancieren zu können; wobei sich das armutige Schauspiel ergab, daß die bürgerlichen Jugend-„Pfleger“ einander einigermassen unfaßt in die Haare gerieten. Kein Wunder! Denn so tief diesen Konkurrenzorganisationen der Bürgerlichen auch die gemeinsame Tendenz des Kampfes gegen die proletarische Jugend-auffklärung in der Brust liegt, mit so hämischem Reide mißgönnen sich doch die liberalen und Zentrumsorganisationen gegenseitig die Korruptionsgelder, die der Minister gegen die Jugendpflege ihnen in die Tasche schüttelt.

Außer diesen Eiferjuchtsausbrüchen boten die Ausführungen der bürgerlichen Redner sehr wenig. Der Konserervative Wallbaum machte einige ungeschickte Versuche, sich an der Sozialdemokratie zu reiben, verstand aber nur zu bald, als ihm die Sozialdemokraten nicht den allzu läppisch verratenen Gefallen laten, seine Selbstaufopferung durch Zwischenrufe zu quittieren. Ebensondenig Aufregung verursachten die Monologe der Redner des Zentrums und der Nationalliberalen.

Etwas lebhaftere Stimmung brachten erst die Ausführungen des fortschrittlichen Redners Kango. Dieser Herr — ein homo novus im Dreifachen und offenbar auch noch ein Reuling in politischen Dingen — forderte eine politisch streng neutrale Jugendpflege. Angesichts der skandalösen parteipolitischen Tätigkeit der durch die Steuermillionen großgepöppelten bürgerlichen Jugendorganisationen verriet diese schgraue Theorie ein wirklich überreiches Maß naiver Illusionsfähigkeit. Aber Herr Kango zeigte auch sonst in erstaunlichem Maße die Gabe des Ripperstehens. So, wenn er der freien Jugendbewegung vorwarf, zuerst das Moment der politischen Jugendberziehung in der Jugendpflege hineingetragen zu haben — als ob nicht die freie Jugendbewegung erst die gebotene Antwort auf Jünglingsvereinsimperei und sonstige Jugendverblödung gewesen wäre, ganz zu geschweigen der tendenziös einseitigen, direkt parteipolitischen Geschichtsentstellung, die seit alters in unseren Schulen getrieben wird. So, wenn er die Jugendberziehung zum „Monarchismus und Patriotismus“ in erstaunlicher Harmlosigkeit für etwas durchaus Unpolitisches erklärte, während er doch die demokratische und soziale Weltanschauung für etwas unzulässig „Politisches“ hält! Herr Kango hat offenbar doch noch nicht so ganz aus dem staatsanwaltschaftlichen Talar herauszuschlüpfen vermocht! Und ein seltsames Nichtverstehen können verrät er doch auch, wenn dieser neue Mann des Fortschritts der Sozialdemokratie vorwarf, daß sie Leute wie Lessing, Goethe und Schiller einfach als Sozialdemokraten für sich reklamierte, während die Sozialdemokratie doch nur — und ganz mit Recht! — behauptet, daß sie heutzutage die einzige werklätige Volkspartei und Vollprekerin der humanitären Ideale sei, die den großen Denkern und Dichtern unserer klassischen Ideale veran-gelndet.

Auf all diese Ripperstündnisse, auf die verdeckten und offenen Angriffe der anderen Redner und auf das ganze heuchlerische und brutale System der bürgerlichen Jugendpflege ging in einer ganz ausgezeichneten Rede Genosse Haenisch als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion ein. Um all die falschen Anschuldigungen zurückzuweisen, alle Irrtümer und Ripperstündnisse zurecht zu rücken und umgekehrt die niederträchtige Verleumdungs- und Verfolgungskampagne gegen die freie Jugendbewegung an den Schandpfahl zu nageln, bedurfte er trotz aller Selbstbeschränkung einer zweifelhändigen Rede; aber er hatte für seine schlagend pointierten Ausführungen von Anfang bis Ende das „Ohr des Hauses“.

Namentlich die letzte halbe Stunde der Rede des Genossen Haenisch mochte für den Betanmörtlichen des ganzen Unfugs, den Kultusminister, höchst peinlich sein. Nachdem unser Genosse die

sozialen Quellen der proletarischen Jugendbewegung und die jämmerlichen Praktiken des bürgerlichen Jugendgangs höchst drastisch geschildert, kennzeichnete er zum Schluß temperamentvoll die ebenso lächerlichen wie perfiden Polizeischikanen, durch die die Polizei unter Zustimmung des preußischen Ministers für „Jugendpflege“ die proletarische Jugendpflege zu erschöpfen sucht. Mag die beherrschende Regierung so fortfahren! Die Früchte ihrer die proletarische Jugend zum Klassenbewußtsein aufweckenden Tätigkeit kann sie dann einmal erleben, wenn es den Kriegsherrn gelingt, das aber-wichtige Verbrechen eines europäischen Krieges heraufzubekommen!

Der gehäufte Minister schwieg. Am Dienstag dürfte er aber doch noch einige mühsam einstudierte Redensarten von sich geben.

## Das Urteil gegen die Genossin Luxemburg.

Das aufsehenerregende Urteil der Frankfurter Strafkammer gegen die Genossin Luxemburg liegt jetzt vor. Nach Fällung des Urteils nannten wir es ein „juristisches Unikum“, ein Tendenzurteil in der allerkrassesten Form. Darüber waren bürgerliche Zeitungen, insbesondere die „Deutsche Tageszeitung“, lebhaft ent-rüstet. Aber aus den schriftlichen Entscheidungsgründen erhellt, so-wweit möglich, noch klarer wie aus der mündlichen Verhandlung: die Verurteilung ist nicht erfolgt, weil etwa die Genossin eine straf-bare Handlung begangen hat, sondern sie ist erfolgt weil die Ge-nossin Luxemburg den Militarismus kritisiert und damit, wie es der Staatsanwalt nannte, „ein Attentat auf den Lebens-nern unserer Staats“ ausgeübt hat! Allein aus politischer Auffassung der Richter, aber aus keinem juristischen Grund, ist die Verurteilung zu verstehen.

Als einziger Urteilsgrund aus dem langen Urteil nur die eine Anführung, daß die Genossin Luxemburg „die bekannte so-zialdemokratische Agitatorin“ sei. Alles andere, was im Urteil angeführt ist, spricht auch für den politischen Gegner für die juristische Unzulässigkeit einer Verurteilung.

In den Entscheidungsgründen wird zunächst dargelegt, daß das Eintreten der Genossin für das Milizsystem und die Darlegung, daß beim Milizsystem die Waffen nicht gegen den inneren Feind an-gewendet werden, wohl aber in einer der herrschenden Klasse nicht wünschenswerten Richtung mal losgehen könnten, nur von einer Befürchtung der herrschenden Klasse sprechen, aber keine Auf-forderung zum Mord, wie die Anklage wollte — wenigstens sei das nicht nachweisbar. Anders liege es aber mit einer Wendung, die in der Verhandlung zu Pöschheim sowohl, wie in der in Bodenheim im Anschluß an die Erörterungen einer Kriegsgefahr gefallen sei. In Pöschheim habe die Genossin Luxemburg von der Möglichkeit eines Krieges geredet und hierbei geäußert, „bei einem eventuellen Kriege sollten die Arbeiter es sich überlegen, ob sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten, auf ihre Brüder in Feindesland zu schießen. Infolge des allgemeinen Zusammen-schlusses der Arbeiter sei es unbedingt durchführbar, ein entschie-denes: „Nein, auf unsere Brüder schießen wir nicht!“ auszusprechen.“ In Bodenheim habe die Rednerin „die Möglichkeit eines Welt-krieges erörtert und hierbei wörtlich geäußert: „Bei einem Kriege fragen wir uns: werden wir uns einen Krieg ungefragt gefallen lassen.“ Aus der Verhandlung ertönt hierauf Jurist: Niemals! Sie fuhr daraufhin fort: „Wenn uns zugemutet wird, die Worb-wisungen gegen unsere französischen oder anderen Brüder zu erheben, dann rufen wir: das tun wir nicht!“ Diesen Worten sei sekunden-langer Beifall gefolgt. In diesen Worten liege eine Aufforde-rung zur Nichts-erfolgung der Befehle, welche den Soldaten den Gehorsam gegen die erteilten Be-fehle zur Pflicht machen. Wenn die Angeklagte sage, die Anklage sei ein Zerrbild ihrer aus dem Zusammenhang gerissenen Äußerungen, in denen sie für die Einführung des Milizsystems eingetreten sei und dargelegt habe: Kriege seien nur möglich, so-lange die arbeitende Volksmasse, solange die Mehrheit des Volkes nicht zu der Ueberzeugung gelangt, daß Kriege eine barbarische, tief unethische reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind; über das Zustandekommen und den Ausgang der Kriege entscheiden nicht nur die Armeen, nicht nur die Befehle von oben und der blinde Gehorsam von unten, sondern die große Masse des werklätigen Volkes, so stehe die Entscheidung über Krieg und Frieden „nach den bestehenden Gesetzen“ nicht der Gesamtheit des Volkes zu, es „ziehe auch nicht die Masse des Volkes in den Krieg“, also könne die Angeklagte mit dem „wir“ nicht „die Ge-samtheit des Volkes, sondern nur die im Felde stehenden Soldaten, die zum Schießen berufen sind, gemeint haben“.

So macht das Urteil die Genossin Luxemburg zum Soldaten und zeigt, daß die Urteilsfinder die sozialdemokratischen Gedanken-gänge zu verstehen nicht in der Lage sind, vielmehr durch ihre Vor-eingenommenheit in die Worte einen Sinn hineininterpretieren, der ihnen nach dem ganzen Zusammenhang der Rede fehlt. Es kommt dann das Urteil zur Begründung, welche Straffara-graphen verlesen sollen. Man sollte annehmen: § 112 des Strafgesetzbuchs. Denn der Bestraft ja die Aufforderung oder Anreizung von Personen des Soldatenstandes, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten. Weit gefehlt! Das Urteil führt zutreffend aus: der Paragraph könne ja, nach der Recht-sprechung des Reichsgerichts, gar nicht in Frage kommen, da weder Personen des Soldatenstandes spezifiziert sind, noch eine Auf-forderung zu einer aktuellen Verweigerung des Gehorsams vor-liegt. Dann führt das Urteil wieder unter richtiger Bezugnahme auf Reichsgerichtsentscheidungen aus: auch der Tatbestand des § 111 (Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung) liege nicht vor, denn es sei nicht zu einer bestimmten strafbaren Handlung aufgefordert, also — muß Freisprechung erfolgen. O nein, das Urteil meint: der § 110 (Aufforderung zum Ungehorsam gegen Befehle) treffe zu. Es sei allgemein „zum Ungehorsam gegen die den Gehorsam der Soldaten beschließenden Befehle“ aufgefordert. Es richte sich die allgemeine Aufforderung der Angeklagten zum Ungehorsam im Kriegsstaße „gegen die unpersonlichen Grundlagen der Rechts-ordnung“.

Also die Angeklagte hat nicht zu strafbaren Handlungen auf-gefordert; weil sie das nicht getan hat, hat sie zum Ungehorsam gegen Befehle aufgefordert, die den Ungehorsam mit Strafe bedrohen. Erklärt mir, Graf Cerindur, diesen Zwiespalt der Natur.

Aber es kommt noch netter. Bei der Strafmessung heißt es: es sei davon auszugehen, „welche Bedeutung die Rechts-ordnung dem Befehle, zu dessen Uebertretung aufgefordert worden ist, beimißt“. Die im § 93 Abs. 2 des Militärstrafgesetzbuchs an-gedrohten Strafen zeigen, daß das Befehl den Ungehorsam vor den Feind zu den schwersten Verbrechen zählt. Unstre Leset erkennen sich, daß kurz vorher das Gericht erklärt hatte, es könne nicht aus den §§ 111 oder 112 strafen, weil eine Aufforderung zu einer straf-baren Handlung nicht vorliegt. Hier liegt man es wieder anders. Das Gericht führt dann noch aus: auf eine erhebliche Strafe hätte erkannt werden müssen; es sei für die beiden Straftaten auf je neun Monate erkannt, die auf ein Jahr zusammengezogen seien. „Wenn man sich auch eine noch höhere Strafe angemessen ersieht,

so erachte doch das Gericht, daß die Angeklagte als Frau von einer Freiheitsstrafe härter betroffen wird wie ein Mann.“

Kann ein Tendenzurteil klarer seine Tendenznatur enthüllen! Und ist dieser Haufen von Widersprüchen und Unverständlichkeiten, aus denen sich das Urteil zusammensetzt, kein juristisches Unikum? So sehr die Richter bestrebt gewesen sind, Gerechtigkeit auszuüben, so fern steht das Urteil der Gerechtigkeit. Richter, deren politische Tendenz den blinden Gehorsam des Soldaten für den Lebensnerv des Staates halten, können den politischen Gegner, der für Miliz-system, gegen Militarismus und gegen Kriegsmöglichkeit auftritt, nicht objektiv beurteilen. Die eigene politische Ansicht verdrängt die klare Erkenntnis der Tatsachen und ihre rechtliche Subsumierung. Es geht hier dem Richter ähnlich so, wie dem, dem das Profit-interesse des Großgrundbesitzers höher steht, wie die sonst von ihm in alle Himmel gehobene Frömmigkeit. Keulich schrieb die „Deutsche Tageszeitung“ von diesem Standpunkt aus folgendes Urteil:

„Frömm sein ist gut, aber gute Nähmaschinen sind besser.“  
In ähnlichem Sinne beherrscht den Richter, der die Angeklagte als „die bekannte sozialdemokratische Agitatorin“ bezeichnet, un-berührt das Motto: „Gerecht sein ist gut, aber Sozialdemokratie verurteilen, ist besser.“

## Oberwinder.

Am Sonnabend ist der frühere politische Redakteur des „Dres-dener Anzeiger“, Prof. Heinrich Oberwinder, im Alter von 60 Jahren gestorben. Oberwinder war ein Renegat der modernen Arbeiterbewegung; sein Leben ist ein wechselvolles und epifenomenreiches gewesen. Er begann in jungen Jahren als begeisterter Revolutionär und endete als Reaktionär, der die Sozialdemokratie in Wort und Schrift mit den schärfsten Mitteln bekämpfte.

Zu Ende des Jahres 1867 entstand in Wien der Arbeiter-bildungsverein, der ein Vorbild der österreichischen sozialistischen Arbeiterbewegung wurde. Zu der Zeit verbreitete sich unter den Wiener Arbeitern der Sozialismus insolge der rührigen Agitation von Heinrich Oberwinder und einem Tischler Hartung aus Han-nover mit überstürzender Schnelligkeit.

So zu lesen in einem Handbuch des Sozialismus von Siege-mann und Eigo. Oberwinder und Hartung erschienen 1868 auch in Nürnberg auf dem Kongreß der Arbeiterbildungsvereine als Agitatoren und Delegierten aus Wien. Ein für Oesterreich ein-gesetztes Parteikomitee zur Agitation für das allgemeine gleiche Wahlrecht usw. wurde Ende 1868 polizeilich aufgelöst. Die Unter-brückung der Arbeiterbewegung begann im größeren Umfange. In dieser schlimmen Zeit stand Oberwinder als Dreifundmanzigjähriger im Vordertreffen des politischen Kampfes in Wien und Oester-reich. Das Vorgehen der Polizei beantwortete er mit der Heraus-gabe einer sozialistischen Zeitung, der „Volksstimme“, die 1869 am Geburtstage Lassalles das erste Mal erschien. Als im Oktober und November dieses Jahres alle von der Arbeiterpartei arrangier-ten Versammlungen als staatsgefährlich verboten wurden, war es wieder Oberwinder, der den Protest dagegen organisierte. Als die Behörden nicht einlenkten, sondern weiter maßregelten, hielt Oberwinder „den Moment für gekommen, zur Wahrung eines ge-sehlich garantierten Rechtes und im Interesse der eigenen Existenz einen Beweis ihrer (der Arbeiterpartei) Kraft und Entschlossenheit zu geben.“ Er arrangierte mit den anderen Führern der Bewe-gung, besonders mit Gewerkschaftern, eine öffentliche Kund-gebung vor dem Reichstagsgebäude in Wien, die am 13. Dezember 1869 stattfand.

Schon am nächsten Tage brachte die Regierung eine Geseh-novelle ein, die den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährte. Zur Oberhäufe fand aber die Nachgiebigkeit der Regierung scharfen Tadel. Die Folge dieser Scharfmacherei war der Wiener Hochverratsprozeß, in dem Wolf, Scheu und Pappi zu je fünf, Oberwinder aber zu sechs Monaten schweren Kerkers, einige andere Angeklagte zu Gefängnisstrafen ver-urteilt wurden.

Ein Ministeriumwechsel im Jahre 1871 brachte jedoch den Verurteilten die Amnestie, nachdem sie einige Monate der Strafe verbüßt hatten.

Als die Spaltung der österreichischen Arbeiterbewegung ein-trat, schlug sich Oberwinder im Gegensatz zu Scheu auf die Seite der „Gemäßigten“.

Nach einem Prozeß zwischen beiden verschwand Oberwinder aus Wien. Er trieb sich viele Jahre in Frankreich, England, der Schweiz und Belgien herum, wurde 1888 in Paris Korrespondent deutscher und österreichischer Blätter, die er mit chauvinistischen Artikeln bediente. Dann kam er nach Berlin an das christlich-soziale „Volk“ von Stöder, wurde später Wandredner des deut-schen Pfaffenvereins und tauchte 1902 in Dresden auf, wo er in die politische Redaktion des „Dresdener Anzeiger“ eintrat.

Von dieser Zeit an datiert die skrupellose Hege dieses Blattes, das sich bis dahin verhältnismäßig sachlich verhalten hatte, gegen die moderne Arbeiterbewegung. Dafür wurde er mit dem Pro-fessortitel ausgezeichnet. Zehn Jahre hat der ordnungsparteiliche Hebeläufer an dieser Stelle gewirkt. Neben der mühen Sozial-istenbekämpfung betrieb Oberwinder auch noch als Spezialität eine pronongierte Englandhege.

## Politische Uebersicht.

Frau v. Bethmann Hollweg.

Den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat mitten in der Hochflut der politischen Arbeit ein harter Schicksalsschlag getroffen: seine Gattin ist in der Nacht vom Sonntag auf den Montag nach langem schweren Leiden gestorben. Ein schwerer Verlust für den Kanzler; denn die Verstorbene war ihm allezeit eine treue Kameradin, die ihm während seiner ganzen Laufbahn vom Land-rat zum Reichskanzler treu zur Seite gestanden hat. Ohne Unter-schied der Parteien darf deshalb auch der Kanzler der allgemeinen Teilnahme sicher sein. Aus allen Teilen des Reiches sind bereits im Reichskanzlerpalais unzählige Beileidstelegramme und Kon-dolenzschreiben eingetroffen. Auch Reichstag und Landtag haben heute dem Herrn v. Bethmann Hollweg ihre Teilnahme ausge-sprochen.

Wittwoch nachmittag soll nach einer Trauerfeier im Reichs-kanzlerpalais die Leiche nach Hofenfinow übergeführt werden, wo dann am Donnerstag die Beerdigung stattfindet.

Die Dispositionen des Reichstages

haben durch den Tod der Frau des Reichskanzlers eine Änderung erfahren. Der Reichskanzler wird die für Wittwoch angekündigte Rede über die auswärtige Politik nicht halten. Man nimmt an, daß er seine Darlegungen bei der dritten Lesung des Etats machen wird. Den Etat des auswärtigen Amtes wird Staatssekretär v. Jagow und den Etat des Reichskanzlers dessen Stellvertreter, Herr Delbrück, vertreten.

### Das alte Lied.

Herr v. Henning hat neuerdings mit anerkanntem Eifer die Agitation. Bald redet er im Süden, bald im Norden und fordert unter der Devise: „Reaktionäre aller Spezies vereinigt Euch!“ die um ihren Besitz Besorgten zum Anschluss an die konservative Partei auf. Am letzten Sonntag sprach er im sogenannten „Patriotischen Verein“ in Altona. Nach altem Rezept versicherte er wieder, daß die konservative Partei durchaus keine agrarische Partei sei, sondern mit gleicher Liebe alle Stände, sogar auch die Arbeiter, umschleise, und daß eine Aenderung des preussischen Wahlrechts die Revolutionierung Preußens bedeute. So heißt es z. B. in seiner Rede:

Falsch ist es, uns als eine lediglich agrarische Partei zu bezeichnen. Wenn wir nicht unsere Landwirtschaft hoffnungsfreudig und vorwärtsstrebend erhalten, dann würde es mit dem festen Gefüge des deutschen Volkes schlimm bestellt sein. Das aber ist die vornehmste Aufgabe der deutschkonservativen Partei. Was wir an unserem Handel und unserer Industrie haben, die sich die Welt erobert haben, das verdanken wir dem Wagemut und der Intelligenz des deutschen Kaufmanns und des Gewerbes. Das ganze Volksleben aber muß sich gegenseitig ergänzen, ein Stand ist auf den andern angewiesen. Davon geht unsere Partei aus, und deshalb ist sie eine Volkspartei. (Sehr richtig!) Wir haben unerschütterlich die Interessen aller Stände im notwendigen Ausgleich zu verzeilen. Wir vergessen auch im durchaus nicht, welche Bedeutung der deutsche Arbeiter für unser deutsches Volk und seine Entwicklung genommen hat. Wir meinen aber, daß es vor allem im Interesse der deutschen Arbeiter liegt, daß wir diejenigen stark und freudig erhalten, die ihnen Arbeit und Brot geben. Was würde aus dem Arbeiter werden, wenn wir nicht diese vorwärtsstrebenden Kräfte erhielten und pflögten. Mit dem Einengen dieser bestehenden Arbeit ist es nachgerade genug. (Lebhafte Beifall.) Wir konservativen treten energisch dafür ein, daß der Lebensmensch des Arbeiters nicht durchschnitten wird. (Lebhafte Beifall.) Es geht zu weit, alle Gesehe immer nur darauf anzusehen, wie sie auf die große Masse wirken. Dem Lächeln, dem kraftvoll Strebenden muß der Weg wieder mehr gebahnt werden. Schwächlich und verkümmert ist es, bei allen Maßnahmen immer zu fragen: Was ist populär? Man muß den Mut haben, auch einmal gegen den Strom zu schwimmen. (Stürmischer Beifall.)

Und von der Forderung einer Umgestaltung des preussischen Dreiklassenwahlrechts meinte er spöttisch:

Wogu der ganze Lärm? Der preussische Landtag arbeitet doch so gut, auch die Fortschrittler in ihm. (Weiterkeit.) In Süddeutschland, wo man sich das allgemeine Wahlrecht hat aufdrängen lassen, hat man mir häufig gesagt: Erhalte uns um Gotteswillen das preussische Wahlrecht, das ist ja der beste Schutz, den wir noch gegen die sozialdemokratische Herrschaft haben! (Beifall.) Wenn einmal mit der Aenderung der Wahlrechte angefangen wird, warum sollen wir in Preußen gerade beginnen? Das Bedenkliche ist, daß wir dem Reichstag auf seiner breiten Basis das Recht gegeben haben, über das Vermögen der Besitzenden zu beschließen. (Sehr richtig!)

### Vorstoß gegen das Vereinsgesetz.

Bonn, 11. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Polizeipräsident von Gelsenkirchen hat die ihm unterstellten Polizeireviere in der Großstadt und in den einzelnen Landorten des Kreises angewiesen, künftig hin alle sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen, sofern sie in der Zeitung bekanntgemacht sind, durch Polizeibeamte überwachen zu lassen, obwohl diese Anweisung eine eklatante Gesetzesverletzung darstellt.

### Der badische Kultusminister über die Arbeiterjugendbewegung.

Die letzten Tage boten Gelegenheit in der Zweiten Kammer, die Arbeiterjugendbewegung zu besprechen. Die Liberalen forderten den Kultusminister auf, vor der Arbeiterjugendbewegung auf der Hut zu sein. In seiner Antwort erklärte der Kultusminister:

Ich muß von vornherein zu der sozialdemokratischen Jugendpflege sagen: Die Sozialdemokraten sind früher gekommen als die bürgerlichen Kreise. Ich meine damit selbstverständlich nicht die konfessionellen Vereine, aber ich meine die anderen, den Jungdeutschlandbund, die Pfadfinder, den Wandervogel usw. Die Arbeiterjugendorganisationen liegen früher und sind in einer organisatorischen Hinsicht in der Tat von Seiten der Sozialdemokraten gefördert worden. Das, was da geschieht ist und geschieht an Opferwilligkeit, das muß den bürgerlichen Vereinen als Beispiel dienen; ich will auch durchaus nicht bestreiten, daß das, was geleistet worden ist, z. B. im Kampfe gegen den Alkohol, sehr gut ist. Aber die ganze Bestimmung, die darin großgezogen wird, bedauere und beklage ich (Sehr richtig!), weil sie lediglich auf eine Zerziehung unseres ganzen Volkes hinabwirkt. (Sehr richtig!) Wenn ich die Arbeiterjugend betrachte, so finde ich ein Organ, so ausgezeichnet geleitet, mit so viel Klugheit redigiert, daß man davon lernen könnte. Aber in den einzelnen Nummern der „Arbeiterjugend“ sind die Mitarbeiter so geschickt zerstreut unter guten Artikeln, daß sie unbedingt mitgeschickt werden müssen (Sehr richtig!) und das ist das Bedauerliche, das Tieftraurige, die fürchterliche Gefahr.

### Von Hertling und von Bettinger.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling bestreitet, daß der Münchener Erzbischof v. Bettinger ihm den Kardinalshut verdankt. In einer halbamtlichen Notiz der „Bayerischen Staatszeitung“ heißt es:

„Die Münchener-Kuglsburger Abendzeitung“ behauptet in der jüngsten und teilweise Ergänzung von Mitteilungen des „Neuen Jahrhunderts“, daß Graf Hertling einzig und allein den Erzbischof von München zum Kardinal gemacht habe. Sie spricht von großen Widersprüchen, die in Rom der Kardinal Dr. v. Bettinger wegen dessen bronangierter Stellungnahme für die christlichen Gewerkschaften entgegengebracht wurden, die zu überwinden es der besonders starken Einwirkung der bayerischen Staatsregierung bedurft hätte; sie bringt die Ernennung Dr. von Bettingers zum Kardinal mit der Lösung der Königsfrage in Zusammenhang; sie behauptet, der Jesuitengeneral P. Wernz habe sich um die Ernennung des Erzbischofs von München-Freising zum Kardinal besonders verdient gemacht und knüpft hieran Behauptungen über die Beziehungen Dr. v. Bettingers zum Jesuitenorden usw. Um mit diesen und ähnlichen Gerüchten ein für allemal aufzuräumen, muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß die bedauerliche Ernennung des Erzbischofs von München-Freising zum Kardinal auf die alleinige Initiative Sr. Heiligkeit des Papstes zurückzuführen ist; alle anderen Behauptungen und Vermutungen, wie sie in dem oben erwähnten Artikel zusammengetragen sind, entbehren jeder tatsächlichen Grundlage und sind nichts anderes als müßige, frei erfundene Romane. Die an sie geknüpften Schlussfolgerungen entfallen

hiermit von selbst und bedürfen keine weitere Widerlegung. Mit Entrüstung muß es aber zurückgewiesen werden, wenn der angeführte Artikel einen Zusammenhang herzustellen versucht zwischen der Thronbesteigung Seiner Majestät König Ludwig III. und der bevorstehenden Kardinalsernennung, sowie der vor einiger Zeit erfolgten Verleihung des St.-Hubertus-Ordens an den Kardinalsekretär Merry del Val.“

### Aus dem Sächsischen Landtag.

Bei der Abstimmung über die Petitionen aus Eisenbahnarbeiter- und Beamtenkreisen in der Zweiten sächsischen Kammer zeigte sich am Montag wieder die Arbeiterfeindschaft der großen bürgerlichen Parteien. Bei vier der Petitionen, die aus den Kreisen der schlechtest gestellten Arbeiter und Angestellten kamen, beantragten die Sozialdemokraten, die Petition der Regierung zur Erwägung beziehungsweise Berücksichtigung zu überweisen, während die Mehrheit der Kommission im wesentlichen verlangte, sie auf sich beruhen zu lassen.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit den Stimmen der Konservativen und National-liberalen abgelehnt, während die sieben Fortschrittler mit den Sozialdemokraten stimmten. Der von sozialdemokratischer Seite schon früher angeregte, jetzt von den Fortschrittler eingebrachte Antrag auf Einführung von Sonntagsfahrten zu ermäßigten Preisen wurde jedoch gegen 18 konservative Stimmen angenommen, obwohl sich die Regierung dagegen erklärt hatte.

### 50 Millionen Steuergelder für die Kirche.

Die staatliche Unterstützung der Kirche in Preußen ist von Jahr zu Jahr gewachsen. Die evangelische Kirche in Preußen einschließlich der Militärseelsorge erhält heute vom Staat 80 587 477 M., die katholische Kirche 11 705 095 M., insgesamt wird also heute für die Zwecke der beiden beherrschten Kirchen in Preußen die Summe von 92 292 572 M. ausgegeben. Damit ist die materielle Unterstützung der privilegierten Kirchen durch öffentliche Körperschaften aber noch lange nicht erschöpft, denn sie werden von einzelnen Gemeinden mit Zuschüssen versehen, die sich in ihrer Gesamtheit nicht feststellen lassen. Die Leistungen des preussischen Staates für die evangelische Kirche betragen 1870 beim Zusammentritt der ersten General Synode nur 4 Millionen Mark, im Jahre 1910 bereits 10 Millionen Mark und jetzt 30 1/2 Millionen Mark. Alle diese Zuschüsse des Staates an die beiden Kirchen finden ihre rechtliche Begründung nicht in einem alten Dotationsrecht, nicht in den Säkularisationen im Anfang des vorigen Jahrhunderts. Ebenfalls nicht beruht die rechtliche Sicherheit dieser Zuschüsse von Seiten des Staates auf den Kabinettsordern vom 28. Februar oder vom 28. März 1845 oder vom 15. Januar 1847. Auch kann man sich nicht auf den früheren § 15 in der preussischen Verfassung berufen. Vielmehr liegt die Sache so, daß es sich allerdings um dauernde, aber nur um einseitige staatsrechtliche Bindungen handelt, und daß der Rechtsgrund für diese Aufwendungen nicht in irgendeinem bestimmten, den Staat verpflichtenden Rechtsakt besteht, sondern in einem Staatsgewohnheitsrecht. — Um so beachtenswerter ist es bei diesen starken Zuschüssen, die der Staat den Kirchen gibt, daß den politischen Organen, die diese Gelder bewilligen, jede Kontrolle über die Verwaltung und Verwertung dieser Mittel entzogen ist. Außerdem führt das Kirchenregiment über die öffentlichen Zuschüsse keine öffentliche Rechnung. Diese privilegierten Kirchengemeinschaften besitzen in Preußen Staatseinkommensteuerfreiheit und Vermögenssteuerfreiheit des Kirchenvermögens, Gemeindevollkommensteuerfreiheit von gottesdienstlichen Gebäuden und Pfarrhäusern, Gemeindegemeindegüter- und Gebäudesteuerfreiheit für gottesdienstliche Gebäude und unmittelbar diesem Zweck dienende Grundstücke. Ferner sind sie von allen staatlichen Stempelsteuern und manchen anderen Abgaben ausdrücklich befreit. Die materielle Unterstützung der Kirchen ist also alles in allem gerechnet in Preußen mit wenigstens 50 Millionen Mark zu veranschlagen, eine Summe, die sich schon sehen lassen kann.

### Rüstungstreiber.

Am Sonntag hat der Wehrverein in Vosen seine Hauptversammlung abgehalten, feierlich begrüßt von dem Oberbürgermeister Wilm. Die Hauptredner, die Revisionsgenerale Reim und Rigmann, hielten die üblichen Reden. Reim brachte es fertig, den Wehrverein als einen friedenssichernden Faktor hinzustellen; es sei moralisch widerwärtig, ja eine Infamie, die Wehrvereine als Kriegshörer zu bezeichnen. Man sei doch auch Mensch und wolle deshalb dem Volke einen Krieg ersparen. Aber er werde doch kommen, und deshalb heiße es: Rüstet, rüstet! Lustig ist, daß Herr Reim in demselben Atemzuge, in dem er über die zunehmende Demokratisierung klagte und Friedenswillen und Demokratenparteien identifizierte, den Wehrverein für „nicht politisch“ erklärte.

Die Versammlung forderte schließlich Einstellung auch des letzten tauglichen Mannes in das „Vollheer“ des Herrn v. Falkenhahn und erklärte, daß das deutsche Volk genug Geld für solcherlei vaterländische Zwecke habe.

### Deutsch-französische Verständigungskonferenz.

Am 30. Mai, zwei Tage vor der Eröffnung der neu gewählten französischen Kammer findet in Basel, Hotel „Drei Könige“, eine gemeinsame Sitzung des von der Berner Konferenz eingesetzten Ständigen Komitees statt. Der französische und der deutsche Ausschuss werden vollständig in Stärke von je 22 Mitgliedern vertreten sein. Dem deutschen Ausschuss gehören bekanntlich Vertreter der nationalliberalen, fortschrittlichen und sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sowie der Fraktionen des Zentrums und der Eisacher an.

### Steuerscheu der Agrarier.

Zu unserem Bericht über die Ergebnisse der Wehrsteuer im Kreise Ost-Sternberg schreibt man uns von dort aus: Die geringe Höhe des Wehrbeitrages von 215 000 M. muß allerdings verblüffen, wenn man in Betracht zieht, daß im Kreise allein circa 20 Güter von 2000—3000 Morgen und darüber liegen und eins derselben allein an 10 000 Morgen Forst hat. Befinden sich unter diesen Gütern wohl auch einige, die mit Hypotheken hoch belastet sind, so sind andererseits die Landwerte dezent gestiegen, daß ein Gut gegen vor circa 30 Jahren mehr als das Fünffache einbringt. Im Kreise Ost-Sternberg liegen auch große Dörfer mit sehr vermögenden Bauern, die allerdings nur dann reich sind, wenn es gilt, die Löhner mit 30 000 M. und mehr Müllig auszustatten. Beim Steuerzahlen sind sie natürlich alle notleidende Agrarier, dann hapert es auch mit dem Patriotismus, der nur groß ist beim Durraufsteigen und beim Wählen, weil beides nichts kostet. Der arme Dorfschulmeister muß zuweilen mehr Steuern zahlen als reiche Bauern. Dabei hat die Sparkasse der Kreisstadt Diesenzig über 6 Millionen Mark Einlagen, von denen der kleinste Teil von der Bürgerschaft kommt. Die Bürger der paar kleinen Werdstädchen werden natürlich nach Möglichkeit „hochgeschägt“ und tragen verhältnismäßig viel zu den Kreislasten bei, und haben dafür im Kreislage nichts zu sagen.

### Der Reichstheater-Gesellschaftswurf.

Der Entwurf eines Reichstheatergesetzes ist so weit fertiggestellt, daß er dem Bundesrat in nächster Zeit zugehen kann. In dem Entwurf sollen auch die privatrechtlichen Angelegenheiten der Theaterangestellten und Bühnemitglieder, zu denen die Musiker zu rechnen sind, eine Regelung finden. Es haben zweimal Vernehmungen von Vertretern der beteiligten Kreise stattgefunden, wobei in den wesentlichsten Fragen Übereinstimmung erzielt worden sein soll. Nur in gewissen Punkten der Kostfrage, namentlich hinsichtlich der Lieferung moderner Kleidung, gingen die Ansichten auseinander. Ebenso bezüglich des Engagements mit unterlegtem Kontrakt.

### Schlesische Polizeizustände.

Dem schlesischen Arbeiter-Sängerbund war zu seinem Pfingst-Sängerfest nicht nur die Breslauer Jahrhunderthalle verlagert worden, sondern auch die Radrennbahn in Grünheide bei Breslau. Trotzdem befürchtet der Amtsdirektor, die Arbeiter-Sänger könnten zu Pfingsten auf der Radrennbahn ihre Weisen ertönen lassen. Er hat deshalb dem Sängerbund die Mitteilung zugehen lassen, daß er die Radrennbahn durch Polizei räumen lassen werde, wenn seinem Verbot zuwidergehandelt wird. Außerdem hat er dem Vorstand des Vereins für Radrennen angekündigt, daß die Radrennbahn am ersten Pfingsttage um ein Uhr mittags polizeilich geschlossen wird.

Gegen diese Verfügung protestieren die Pächter des Restaurants der Radrennbahn und der Vorstand des Vereins für Radrennen. Die Gerichte werden sich also voraussichtlich mit dieser Angelegenheit noch zu beschäftigen haben.

### Der mexikanische Konflikt.

#### Der Kampf um Tampico.

Juarez, 11. Mai. Nach hier eingegangenen Meldungen löst bei Tampico die wildeste Schlacht der ganzen Revolution. Eine Anzahl von Oeltanks steht in Flammen. Auch ein Teil der Stadt brennt. Der britische Panzerkreuzer „Essex“ ist eiligst nach Tampico abgegangen.

#### Die unsichere Armee.

Veracruz, 11. Mai. Gestern traf hier aus der Hauptstadt ein Zug mit einigen amerikanischen und etwa hundert deutschen und französischen Flüchtlingen ein. Die Engländer und Deutschen in der Stadt Mexiko haben sich zur Verteidigung bereitgemacht.

Wie gemeldet wird, ist von den 4000 Mann Truppen, die Guerta bei Saltillo stehen hatte, der größte Teil zu den Insurgenten übergegangen.

#### Die Besetzung von Lobos Island.

Mexiko, 11. Mai. Der mexikanische Minister des Auswärtigen hat bei den Friedensvermittlern in Washington dagegen protestiert, daß einige amerikanische Torpedoboote und ein Transportschiff auf der Höhe von Lobos Island zwischen Tampico und Veracruz erschienen sind und Truppen gelandet haben, welche die Leuchturmwärter verhafteten, aber wieder freiließen, nachdem diese die Apparate übergeben hatten.

Von amerikanischer Seite wird erklärt, daß Guerta außer dem Befehl, die Leuchtfeuer an der Küste des Stillen Ozeans auszulöschen, ähnliche Anordnungen auch für die Atlantische Küste gegeben hat. Die Besetzung Lobos Islands dürfte daher eine Vorsichtsmaßregel zum Zweck des Schutzes der gesamten Schifffahrt darstellen. Demgemäß wird die Besetzung Guertas über die Verletzung des Waffenstillstandes für ungerichtet angesehen.

### England.

#### Die Vorgänge in Ulster.

London, 11. Mai. Unterhaus. Premierminister Asquith erwiderte auf eine Anfrage, die Regierung habe beschlossen, gegen die an der Waffenlandung in Ulster beteiligten Personen keine gerichtliche Untersuchung einzuleiten. (Gelächter bei den Oppositionellen.) Anderweitige Schritte würden unternommen werden, deren Veröffentlichung nicht wünschenswert sei.

### Rußland.

#### Der Demonstrationsstreik.

Petersburg, 11. Mai. Der Sympathiestreik aus Anlaß des Ausschusses der einundzwanzig Abgeordneten aus der Reichsduma hat heute sein Ende erreicht. Auch in den meisten Fabriken, welche auf unbestimmte Zeit ihren Betrieb eingestellt hatten, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

### Albanien.

#### Einstellung der Feindseligkeiten.

Wien, 11. Mai. Die Albanische Korrespondenz meldet aus Durazzo, daß infolge des Beschlusses der Internationalen Kontrollkommission sowohl die albanische Regierung wie Jographos die notwendigen Anordnungen zur Festsetzung der neutralen Zone in Epirus verfügt haben. Durch diese neutrale Zone, die nach dem Stande der Operationen vom 9. Mai abgegrenzt wird, sollen Zusammenstöße zwischen den beiderseitigen Kombattanten verhütet werden.

## Letzte Nachrichten.

#### Die Untersuchung gegen Frau Gailaux beendet.

Paris, 11. Mai. Nachdem der Untersuchungsrichter Bourcard die Untersuchung in der Angelegenheit der Frau Gailaux beendet hat, hat er die Akten der Staatsanwaltschaft übergeben.

#### Der Kampf in der Solinger Waffenindustrie.

Solingen, 11. Mai. Der Kampf in der Solinger Waffenindustrie hat abermals eine Verschärfung erfahren. Einige große Firmen ziehen jetzt Arbeitswillige von auswärts heran und richten für sie in den Fabrikräumen Quartiere ein.

#### Ueberschwemmungen in Sibirien.

Petersburg, 11. Mai. Aus Sibirien liegen eine Reihe von Hochwasserberichten vor. Aus Tomsk wird gemeldet, daß der Turajfluß um 22 Fuß gestiegen ist. Eiligst werden Wehre errichtet. Die Bahnlinie Tjumen-Omsk ist durch Hochwasser gefährdet, Brücken und Telegraphenlinien sind beschädigt.

*Es bringt Goldfische, Gummifische, Korbis, die besten Golfer, erhabenen Blocken, die besten...*



# Wollen Sie

vor Enttäuschungen bewahrt sein, dann fahren Sie Continental-Pneumatik, die Marke der großen Erfolge. Auf ihm wurden 1913 drei Grand Prix, viele andere große Rennen und zahlreiche Tourenfahrten gewonnen. Nicht der billigste im Einkauf, aber der billigste im Gebrauch ist

## Continental Pneumatik

Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.

Personal 12 000.

## Theater und Vergnügungen

### Theater.

**Dienstag, 12. Mai 1914.**  
Anfang 5 Uhr.

**Vollge-Theater.** Kino-Baricko.  
Anfang 6 1/2 Uhr.

**Eines Nollendorf-Theater.** Histoire d'un Pierrot.  
Anfang 7 Uhr.

**Kgl. Schauspielhaus.** Peer Gant.  
**Deutsches Opernhaus.** Weiservinger von Nürnberg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kgl. Oberhaus.** Carmen.  
**Deutsches.** Der Kaufmann von Venedig.  
Anfang 7 30 Uhr.

**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Zum Hochfirt der Jungfrau.  
Leitung: Inquallion.  
**Kammerstücke.** Bürger Schöpel.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Schneider Wibbel.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Königgrätzer Straße.** Mr. Wu.  
**Komödienhaus.** „Kammermusik“.  
**Berliner Theater.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstlertheater Theater-Sozietät.** Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383.  
**Schneider Wibbel.** Mittwoch, 8 Uhr.  
**Theater am Nollendorfsplatz 5.** Der Juxbaron.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Gold-Theater.** Die Gaublerische. Im Langgasse.  
**Kameralpalast.** Im Langgasse.  
Anfang 9 Uhr.

**Berliner Gipsalast.** Eisballett. Amer auf Urlaub.

**Eines Nollendorf-Theater.** Histoire d'un Pierrot.  
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Jugendfreunde.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die beiden Leonoren.**  
Donnerstag, abends 9 Uhr:  
**Das große Licht.**

**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft** (I. Teil).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Weh' dem, der lügt.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Klein Eva.**

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
Täglich 8 Uhr:  
**Mr. Wu.**

**Komödienhaus.**  
8 Uhr:  
„Kammermusik“.

**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**

**Deutsches Künstlertheater Theater-Sozietät.**  
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383.  
Dienstag, 8 Uhr:  
**Schneider Wibbel.**  
Mittwoch, 8 Uhr:  
**Schneider Wibbel.**

**Theater am Nollendorfsplatz 5.**  
8 Uhr:  
**Der Juxbaron.**

**Casino-Theater**  
Lützowstraße 37. Täglich 8 Uhr.  
**Am Montag, den 18. Mai:**  
Der neue Lustspiel-Schlager:  
„Wo die Liebe hinfällt“  
und das erste Mai-Programm.  
Schluss der Saison: Montag, 18. Mai.

**ROSE-THEATER**  
Königs-Königin  
Königs-Königin  
Operette in 3 Akten  
von Ostrowski und Freund. Musik  
von Jean Gilbert.  
Mittwoch: **Die Kino-Königin.**

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
Zum Hochfirt der Jungfrau.

**Residenz-Theater.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Ein Walzer von Chopin.  
Schwanz in 3 Akten von Henri Sorauf und Albert Barré.  
Morgen und folgende Tage:  
Ein Walzer von Chopin.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: **Polenblut.**

**Zirkus Busch**  
Gastspiel des Deutschen Theaters  
Direktion: Max Reinhardt.

## Das Mirakel

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Zirkus Busch und A. Wertheim. — Preise der Plätze von 1—10 M.

**Kochkunstausstellung**  
„Die Küche im Mai“

Heute:  
**Festmähler**  
für 8 Personen,  
zum Herstellungspreis  
von 10 M. pro Gedeck.

Täglich 10—9 Uhr. ·· Eintritt 1 Mark. ·· Konzert 4—8 Uhr.

**Clou**

**Brauerei Friedrichshain.**  
Sonnabend, den 16. Mai 1914, abends 8 Uhr:  
**III. Sinfonie-Konzert.**  
Ausführende:  
**Blüthner-Orchester,** Dir. Erich Ochs,  
und der  
**Berliner Liederkreis.**  
Solisten: **Therese Gindra,** Gesang;  
**Felix Robert Mendelssohn,** Cello-Virtuose.  
Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 30 Pf

**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Die Förster-Christl.**

**Theater an der Weidendammerbrücke.**  
Täglich Anf. 8 1/2, Ende 10 1/2: **Der müde Theodor.**

**Voigt-Theater**  
Bachstraße 58.  
Morgen Mittwoch, den 13. Mai 1914:  
**Don Casar oder Der Graf v. Iran.**  
Mont. Schausp. m. 14 Akt. u. Friedrich Rosenfeld. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Freitag, den 15. Mai:  
Benefiz D. Rein. „Der Liebe Erwachen“

**WINTERGARTEN**

Neues Programm:  
**Rajah**

in ihren Tänzen  
Johnson u. Dean Joannette  
Ragtime mit ihrem  
Sextett Ballon  
und eine Auslese  
hervorragender Kunstkräfte!

Entreeplatz wochentags  
M. 0.60.  
— Rauchen gestattet! —

**Apollo-Theater.**  
8 Uhr Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr

## Otto Reutter

u. das übrige Mai-Variétéprogramm.  
Rauchen gestattet!

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Herr D'rektor Kuhlicke  
Dirigiert von  
Reijel.  
Anfang 8 Uhr,  
Sonntags  
7 1/2 Uhr.

**Trianon-Theater.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Die Notbrücke.**

**Metropol-Theater.**  
Abends 7 Uhr 55 präde:  
**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

**Admiralspalast.**  
Eis-Arena.  
Die Novität „Im Tangoklub“  
und zum 251. Male das effektvolle Eisballett „Die lustige Puppe“. Bis 6 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.  
**Wein- und Bier-Abteilung.**

**ZOOLOG**  
ischer Garten

Täglich **Militär-Konzert.**  
4 Uhr:  
Vom 15. Mai 1914 ab:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**

Eintrittspreise:  
**Zoo 1 M.,** von 8 Uhr ab 50 Pf.  
**Aquar. 1 M. v. d. Str. 50 Pf.** v. Zoo  
Kinder unt. 10 Jähr. die Hälfte

Neu: **AQUARIUM**  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

**EVA**

ERSTE VARIETE  
AUSSTELLUNG  
BERLIN-PORETTA  
AUSSTELLUNGSHALLE  
AN 100

**Walhalla-Theater**  
Weidenbergweg 19/20.  
Gastspiel des Operetten-Ensembles  
Kofe-Theater. Direkt. Bernhard Holz.  
Täglich 8 1/2 Uhr:

**Die Dollarprinzessin.**

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
er Luftturner.  
**Das Karnickel.**  
Das Erdbeben.

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend!  
Die letzten weiblichen  
**Azteken!**  
Der unfesselbare Rappo,  
der König der Ausbrecher.  
Aga, die schwebende Jungfrau.  
Buddhas Geisterstafel.  
Alles ohne Exträ-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Gewerkschaftliches.

Revision im Prozeß Keiling.

Gegen das milde Urteil der Leitmeritzer Geschworenen über den Berliner Streikbrecheragenten Keiling, der in Zettichen den Vertrauensmann der Buchdrucker erschossen hat, hat die Staatsanwaltschaft und der Vertreter der Angehörigen des erschossenen Genossen Solinger die Nichtigkeitsbeschwerde (Revision) an den obersten Gerichtshof in Wien eingelegt.

Berlin und Umgegend.

Der Obermeister der Bäckerinnung als Streikhehr.

Die Streiks in den beiden Großbäckereien von Goldacker, Bannensche, und Hantke u. Co., Inhaber Weidner, sind fast ausschließlich auf die Kreisbesitz des Obermeisters der Berliner Bäckerinnung zurückzuführen. Schon seit vielen Jahren ist genannter Obermeister, Herr Schmidt, eifrig am Werke, die Brotfabriken, besonders aber die Großbäckereien, für seine Innung zu kapern und sie zu veranlassen, das bisherige leidliche Verhältnis zur Arbeiterbewegung zu zerstören.

Bisher haben die Inhaber von Brotfabriken und Großbäckereien seinen Forderungen widerstanden! Sie haben ihre Tarife zum größten Teile mit dem Gewerkschaftsverband abgeschlossen und dieselben meist auch eingehalten. Aber bereits im Jahre 1907 gelang es, eine große Brotfabrik dazu zu bewegen, die lange Jahre befristet gebliebenen Tarifverträge auszuhebeln.

Goldacker war schon seit langem bestrebt, die alte lange Arbeitszeit wieder einzuführen und, als das an dem Widerstand der Gesellen scheiterte, Zehnjährigkeit in der schlimmsten Form zu betreiben. Hier wurde Goldacker scharf gemahnt, und ihm zugesichert, daß — wenn es wegen dieser Zehnjährigkeit zum Streit käme — er von der Innung Arbeitswillige bekommen werde, soviel er immer haben wolle.

Noch scharfer traten die Bäckerinnung des Obermeisters bei Hantke u. Co., Inhaber Weidner, hervor. Dieser Herr betreibt in Berlin-Schöneberg eine Anzahl Filialbäckereien und hatte sich 1911 tariflich verpflichtet, seinen Gesellen alle Woche einen 80ständigen Urlaub zu gewähren. Dieser Urlaub mag dem Herrn nicht gerade angenehm gewesen sein und so suchte er Schutz bei der Innung. Schon vor längerer Zeit konnte die Innungszeitung in einem Protokoll des Innungsvorstandes mit „außerordentlicher Freude“ den Eintritt des Herrn Weidner in die Innung registrieren und damals wurde ihm schon die weitgehendste Unterstützung der Bäckerinnung und des Arbeitgeberverbandes zugesichert.

Kleines Feuilleton.

Was ist der Lohn? Ein amerikanisches Arbeiterblatt erläutert den Begriff Lohn durch folgende Geschichte: Ein Mann verirrte sich mit seinem Hunde in einer wüsten Gegend. Bald waren sie ohne jede Nahrung. Der Hund war für den Mann ein gutes und nützliches Tier, das ihm schon große Vorteile gebracht hatte.

Ein Dichter des Lebensvertrauens. In den Reigen derer, die nach neuesten Gedankens mit der Lebenszahl 50 sich ihren Jubelartikel verdienen haben, tritt nun auch Casar Flaeschlen. Er ist Schwabe. Wilhelm Holzamer nannte ihn einmal einen Schwaben, der in Berlin lebt und innerlich doch ein Schwabe geblieben ist.

Ein neues Rinderkrankheit. Auf die Einschleppung einer neuen Rinderkrankheit von beispiellos gefährlicher Art weist die „Société de Pathologie Exotique“, die ihren Sitz im Institut Pasteur in Paris hat, sehr nachdrücklich hin.

Das ist der Lohn? Ein amerikanisches Arbeiterblatt erläutert den Begriff Lohn durch folgende Geschichte: Ein Mann verirrte sich mit seinem Hunde in einer wüsten Gegend. Bald waren sie ohne jede Nahrung. Der Hund war für den Mann ein gutes und nützliches Tier, das ihm schon große Vorteile gebracht hatte.

Den Erfahrungstag wolle er jetzt unter seinen Umständen weiter gewähren. So sahen sich die Arbeiter in den Streit getrieben, obwohl niemand daran gedacht hatte, etwa neue Forderungen zu stellen.

Das zeigt der Verlauf der Gewerkschaftsbewegung aber, was vorgeht! Darum wird der Kampf mit allen Kräften weiter geführt. Die Kämpfenden wissen, daß die Innung hinter Goldacker und Weidner als Schwärzerin steht und diese Differenzen nur als Probe für spätere weitergehende Kämpfe betrachtet. Deshalb muß auch auf das Dringendste vor Fuzug gewarnt werden.

Die Werkstättenarbeiter der Großen Berliner Straßenbahn klagen über arge Missetände. Auf dem langen schmalen Hof der Gesellschaft in der Salzkraße lagern in acrophen Beständen alle möglichen beim Trossen-, Gleis- und Wagenbau Verwendung findenden Eisenteile, Schienen usw., so daß für die Arbeiter nicht nur der Arbeitsweg passierbar bleibt, aber merklich höher liegen müssen gerade dann die auf dem Hofe stehenden Material- oder Personenzüge in Bewegung gesetzt werden, wenn mittags die Arbeiter zu Tisch eilen.

Die Abteilung Schmiede in der Bodstraße befindet sich in einem sehr niedrigen, ebenfalls von schlechter Luft angefüllten Raum, dessen Fußbodenbelag in gefährlichem Zustand ist. Durch das Anwärmen der Handwagen entsteht ein entsetzlicher Dampf. Die Unfallgefahr bei dem Wogen der Schienen ruft stete Angst hervor. Hammerfeuer sind nicht vorhanden.

In fast demselben Zustand soll die Schmiede der Herstraße sein. Die vorhandenen sechs Feuer liegen sehr beengt. Ein nicht genau abgemessener Schotter trifft den Arbeiter und macht ihn zum dauernden Krüppel. Die Kiste zum Eisenrichten befindet sich an einem sehr dunklen Ort. Sehr häufig bemerken die Schmiede erst an ihrem steigenden Schweiß, daß sie auf noch glühendem Eisen stehen.

In Kassenbau wird monatelang keine Abrechnung vorgenommen. Kein Arbeiter kennt die Akkordpreise. Eine Kolonne von 11 Mann steht angeblich mit 400 M. in den Schulden. Auch in dieser Abteilung sind Garderobe und Waschlager in jämmerlichem Zustand. Für 10 bis 15 Mann muß ein Waschlager ausreichen.

Im gefährlichsten ist die Benutzung der Fahrstühle. Geprüfte Fahrstuhlführer werden nicht gestellt. Der untere Raum des Fahrstuhls dient der Gesellschaft als Lagerraum. Wo bleiben hier die Polzeivorschriften? Im Obergeschoss sind ca. 4% Zentner schwerer Anker 1 1/2 Etagen herunter. Ein

Seele aber, die sich in den Dächern, in Bildern, Klängen, Stimmungen, Wesenstufen und Sprüchen ausdrückt, ist erfüllt von einem starken Lebensglauben, der Kraft zum Vorwärtsschreiten und Wille zur Weltverklärung ist, und in ihrem Glauben ist sie von reiner Wahrschaffigkeit. Das gibt der Stimme des Dichters etwas unendlich Trost- und Freudenspendendes und wirkt so viel Vertrauen zu seinen Worten. Erhebung über die Niedrigkeit des Lebens verlangt er von der Kunst, und er gibt sie in keiner Art aus seiner Seele für Stunden der Einkehr, deren Stimmung feiernd im Leben nachklingt.

Die Werke Flaeschlens wollen nicht losgelöste Kunstgebilde sein, und auch nicht große Daseinsprobleme lösen. Für diesen Dichter hat das Dichten nur Wert, insofern es in bezug zu den Lebenswerten der Persönlichkeit steht. Seine Bücher sind fortwährende Änderungen der Seele, und nur so können sie genossen und verstanden werden. Seine ersten Dichtungen: ein paar Dramen und Novellen sind nur Kunstalt, Befreiung und erste Entschreibung. Das Beste Flaeschlens wächst in seinen Gedichten in Prosa und Versen, in seinen Sprüchen und in dem Roman in Tagebuchblättern „Jost Seyfried“.

Ein neues Rinderkrankheit. Auf die Einschleppung einer neuen Rinderkrankheit von beispiellos gefährlicher Art weist die „Société de Pathologie Exotique“, die ihren Sitz im Institut Pasteur in Paris hat, sehr nachdrücklich hin. Es handelt sich um die Kala-Azar genannte Pest, die in Marokko und in zahlreichen Orten längs des Mittelmeergebietes aufgetreten ist. Auf sie war schon auf dem internationalen medizinischen Kongress in London hingewiesen worden, aber damals hatte man noch keinen Fall in Frankreich weder bei Menschen noch bei Tieren festgestellt. Die Seuche wird haupt-

Glück, daß zu der Zeit niemand im Lagerraum war.

Auch in der Trockenkammer wird das Anbringen von Ventilation für überflüssig gehalten. Beim Öffnen der Türen bringt der scharfe Benzolladegericht in den Arbeitsraum und verursacht bei den dort Beschäftigten die heftigsten Kopfschmerzen.

Zu einer ganz außerordentlich gutbesuchten Versammlung der Metallarbeiter führte Wagner vom Metallarbeiterverband den Erschienenen alle diese Missetände vor Augen, die mit aller Entschiedenheit auf Abschaffung der Ueberstunden, Abschaffung der Sonntagsarbeit und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in höfentlich einmündigen Arbeitsräumen, bei genügender, auskömmlicher Entlohnung hindrängen. Freilich dürften die Arbeiter sich nicht auf das erfolgreiche Wüten und Wetzeln bei der Direktion verlassen, sondern sollen sich gemeinschaftlich organisieren, um dann ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen.

Zur Lohnbewegung der Hausdiener und Kutscher aus den Wälsche-Verleihgeschäften ist zu berichten, daß durch Verhandlungen ein neuer dreijähriger Tarifabschluss für die Betriebe der Vereinigung der Wälsche-Verleihgeschäfte sowie derjenigen Firmen, die der Freien Vereinigung der Wälsche-Verleihgeschäfte angehören, abgeschlossen worden ist. Auch verschiedene Firmen, welche keiner der beiden Vereinigungen angehören, haben die neuen Bestimmungen bewilligt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Herr Gastwirt Habermann, Neue Hofstr. 49, von dessen Lokal aus durch den Maurer Freymann arbeitswillige Banarbeiter nach Kärnten vermittelt wurden, ersucht uns um die Mitteilung, daß ihm von der Agententätigkeit des Freymann nichts bekannt war. Hr., der in demselben Hause wohnt, verleierte schon vorher als Gast in der Wirtschaft, so daß es nicht auffiel, als er sich dort mit anderen Leuten traf und mit ihnen zechte. Was dabei besprochen wurde, ersucht Herr Habermann erst später und verhielt sich dann die weitere Arbeitswilligenvermittlung.

Achtung, Karosseriearbeiter! In den Wagen- und Karosseriefabriken zu Stuttgart und München befinden sich die Kollegen im Streik. Außerdem bestehen in einer ganzen Reihe anderer Betriebe in Süddeutschland Differenzen. Es ist den Kollegen dringend zu raten, alle Arbeitsangebote aus Süddeutschland zurückzuweisen oder mindestens vor Annahme bei der Organisationsleitung anzufragen.

Von Stuttgart und München ist der Fuzug von Metallarbeitern, Holzarbeitern, Sattlern, Malern und Lackierern für die dortigen Wagen- und Karosseriefabriken streng fernzuhalten.

Kartell der Organisationen der Wagen- und Karosseriefabriken. J. A. B. Siering.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Das Festschloß, Neue Schönhauser Straße 45, Inhaber Porté, ist wegen Tarifbruch für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt!

Verband der Gastwirtsgehilfen. Bezirksverwaltung Berlin-L.

Schwarze Listen gegen streikende Zimmerleute.

Bereits seit dem 1. April befinden sich die Zimmerer der Zahlstelle Rauen im Streik, um die Bewilligung eines Stundenlohnes von 66 Pf. durchzudrücken. Die Unternehmer, welche sich dieser sehr mäßigen Forderung gegenüber strikte ablehnend verhielten, haben bisher alle erdenklichen Versuche gemacht, Streikbrecher heranzuholen. Es war ihnen auch schon gelungen, einen kleinen Trupp dieser nützlichen Elemente nach Rauen zu holen.

lächlich durch die Hunde, oder genauer durch deren Hölle übertragen. Sie kommt fast nur bei Kindern zum Ausdruck und nur ausnahmsweise bei Erwachsenen, zeigt zuerst Fiebererscheinungen und langsames Hinsinken, später ein Anschwellen des Gesichtes und der Glieder. Der Körper magert ab und der Leib wird durch eine ungeheure Entzündung der Milz aufgetrieben. Fast in allen Fällen tritt nach 6-18 Monaten der Tod ein. Unter dreihundert Fällen traten nur sechs Heilungen ein, während die Hunde die Krankheit besser aushalten als die Kinder. Rauschisch wurden vorbedingte Maßregeln von allgemeiner Tragweite als unerlässlich bezeichnet und werden wohl auch sehr bald durchgeführt werden.

Notizen.

— Ernst von Schuch, durch viele Jahre hin der oberste Leiter des Orchesters der Dresdener Hofoper, ist 67 Jahre alt gestorben. Er gehörte zu den namhaftesten Dirigenten der Neuzeit, die so viel künstlerische Kraft besaßen, daß sie die zu deutenden großen Musikwerke als persönliche Erlebnis und als ein eigen gebautes Ganzes zu geben wußten. Schuchs Schaffen ging im letzten Jahrzehnt völlig in der Bearbeitung der Opern Richard Strauß auf, deren Uraufführung durch ihn zu den großen Weltereignissen der Dresdener Hofoper wurde. Sein sinnlich sprühendes Temperament war an dem Siege Straußens wesentlich mitbeteiligt. Im übrigen konnten diese geräuschvollen Straußentriumphen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Spielplan der Oper unter Schuch der Gegenwart nicht in allem genügte.

— Das literarische Kabarett („Gnu“) veranstaltet Donnerstag, den 14. Mai, 8 1/2 Uhr, im Weicheral seinen einzigen Sommer-Abend. Nest Ronger wird den Monolog „Flauberts“ von Heinrich Mann sprechen; Walter Hasenclever, Max Herrmann-Neiffe und Franz Valentini werden Dichterisches, Kurt Hiller und Franz Jung Tendenzjokes aus ihren Manuskripten vortragen.

— Ein neues Raim-Orchester wird von der nächsten Spielzeit an in Stuttgart ins Leben treten. Raim, ein geborener Würtemberger, hat aus hervorragenden Instrumentalisten eine neue Kapelle zusammengeführt, die gleich dem einzigen Münchener Raim-Orchester in der Hauptstädte Konzerte unternehmen wird.

— Pariserin in Rußland. In Petersburg hat die Zensur die Aufführung des Parfial mit einigen Streichungen zugelassen, in Moskau aber hat sie die Aufführung fastweg für unzulässig erklärt.

— Afrikanische Tropenforschung. Die Schule für tropische Medizin in Liverpool, die älteste Anstalt ihrer Art, hat den Entschluß gefaßt, in Sierra Leone ein dauerndes Laboratorium zur Förderung der naturwissenschaftlichen und medizinischen Forschungen zu begründen.

— Gottlob. Im „Simplicissimus“ wird erzählt: Die junge Frau eines Predigers kam kurz nach dem Tode ihres Mannes mit einem Kinde nieder. Ihre ältere Schwester, eine unverheiratete, aber schon sehr ältliche Dame, die bei der jungen Mutter die Wirtschaft führte, sagte mir bei meinem Besuch wörtlich: „Ich bin nur froh, daß es ein Mädchen ist, das ist doch für unsreinen nicht so gefährlich.“

zumal auch die Streikenden fast alle infolge der jetzt etwas besseren Konjunktur in Berlin und Spandau Arbeit gefunden haben. Da nun die Arbeit drängt und die Rauener Unternehmer sich keinen Rat mehr wünschen, geben sie vor einigen Tagen eine schwarze Liste heraus, auf der 43 Zimmerer stehen. Die Unternehmer, welche sonst nicht genug über den Terrorismus der Arbeiter zernern können, wollen nun die Arbeiter von Ort zu Ort hegen und sie wieder ins Arbeitsloch zurückzwingen. Bereits am Donnerstag wurde auf Grund dieser schwarzen Listen, für welche die Rauener Unternehmer haftbar gemacht werden können, in den Spandauer Baugeschäften nachgefragt, ob dort der eine oder andere von den 43 Mann beschäftigt wird. Von den Spandauer Baunternehmern, die wegen der Rauener niedrigen Löhne die dortigen Zimmerer als die schlimmsten Konkurrenten betrachten, hat am Sonnabend der Unternehmer Malowka neun Zimmerer, die auf der schwarzen Liste standen, rücksichtslos aufs Straßenpflaster gesetzt, obgleich er sehr notwendig Zimmerer gebraucht und sogar noch Leute einstellen mußte. Die anderen Spandauer Baunternehmer haben bisher noch keine von den auf der schwarzen Liste stehenden Zimmerern entlassen; ihr Verhalten muß abgewartet werden. Auch dieser letzte Verzweigungskampf der Rauener Unternehmer bedeutet einen Schlag ins Wasser. Einig und geschlossen wie die Rauener Zimmerer den Kampf begonnen haben, stehen sie auch heute noch im Streit und wird der Zuzug von Zimmerern nach Rauen wie bisher ferngehalten, so ist an dem siegreichen Ausgang des Streiks nicht zu zweifeln.

## Deutsches Reich.

### Kein Reichstarif für die Anwaltsangestellten.

Im Sommer vorigen Jahres trat der soziale Ausschuss des Deutschen Anwaltsvereins mit den Bureauangestelltenverbänden in Verbindung, um über die Möglichkeit eines Reichstarifs für die Rechtsanwaltsangestellten zu verhandeln. Die Verhandlungen zwischen dem Ausschuss und den Anwaltsangestelltenverbänden zu dem Ergebnis, daß an der Durchführbarkeit eines solchen Tarifes nicht gezweifelt werden könne. Die Anwaltsangestelltenverbände reichten daraufhin ihre Vorschläge an den sozialen Ausschuss des Deutschen Anwaltsvereins ein. Diese aber bezogen sich auf das Lehrlingswesen, die Arbeitszeit, die Kündigungsfristen, das Dienstzeugnis, den Urlaub, den Gehaltstermin sowie die Gehaltszahlung bei Dienstbehinderung. Ferner wurden Vorschläge über die Einteilung der Angestellten in Beschäftigungsgruppen und Altersklassen sowie über die Höhe und Einteilung der Mindestgehälter nach Stadienklassen und Ortsverhältnissen gemacht. Die Frage wurde sodann vom sozialen Ausschuss des Deutschen Anwaltsvereins dem Vertretertag am 8. März 1914 vorgelegt. Dieser hat jedoch geglaubt, angesichts der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse gleichmäßige Grundzüge für das ganze Deutsche Reich weder festsetzen noch zur Beachtung empfehlen zu können, obwohl er eine weitgehende Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der Bureauangestellten als Pflicht der Rechtsanwälte bezeichnet. Er hat dagegen den örtlichen Anwaltsvereinigungen empfohlen, den Verhältnissen der einzelnen Orte angepaßte Vorschläge nach Anhören der Vertretungen der Bureauangestellten auszuarbeiten.

Nachdem so der Vorschlag eines Reichstarifs für die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse von der Organisation der deutschen Rechtsanwälte abgelehnt worden ist, haben die Vertreter der beteiligten Bureauangestelltenverbände (Verband deutscher Bureaubeamten, Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Verband deutscher Rechtsanwalts- und Notariatsbureaubeamten, Bund süddeutscher Anwaltsgehilfsvereine) beschlossen, einmütig gegen diese sachlich nicht gerechtfertigte Haltung des Deutschen Anwaltsvereins Verwahrung einzulegen und zu den vorgeschlagenen örtlichen Tarifverhandlungen Stellung zu nehmen. Es wird zu diesem Zweck die Abhaltung eines Allgemeinen deutschen Anwaltsangestellten-tages geplant, der am 7. Juni in Leipzig stattfinden und zu einer einmütigen Kundgebung der deutschen Anwaltsangestellten angestaltet werden soll.

Die Glasarbeiter in Rauscha haben bei drei Firmen die Kündigung eingetrichtert und verlangen eine Aufbesserung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Am 9. und 10. Mai fanden zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter Verhandlungen statt, die aber scheiterten. Bei den Löhnen waren die Unternehmer bereit, annehmbare Zugeständnisse zu machen, dagegen lehnten sie jede Verlängerung der Arbeitszeit ab. Die Arbeitszeit beträgt jetzt 9 1/2 Stunden ausschließlich der Pausen. Bei der enormen Hitze, die in den Glasfabriken herrscht, ist das Bestreben der Glasarbeiter auf Verlängerung der Arbeitszeit um so berechtigter. Alle Glasarbeiter werden ersucht, Rauscha streng zu meiden.

Die Dachdecker in Herford i. W. streiken seit Sonnabend früh. Bei zwei Firmen, die den Tarif unterschrieben haben, wird weitergearbeitet.

Zum Streik der Holl- und Expeditionskassier in Hamburg. Die Arbeitgeber haben in den Verhandlungen eine Fortdauer des bisher geltenden Vertrages zugestanden. Lediglich die Bestimmungen über die sogenannte neutrale halbe Stunde soll präzisiert gefaßt werden. Vor dem dritten Vertragsjahr sollen sonstige Verbesserungen nicht eintreten. Im dritten Jahr soll entweder eine Lohnerhöhung um eine Mark pro Woche oder eine tägliche Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde eintreten. Ein Ausbau der Arbeitsvermittlung im Sinne der Bestrebungen der Arbeitgeber soll nicht erfolgen. Die Verammlung der Richter erklärte sich mit der Verlängerung des Tarifvertrages um ein Jahr einverstanden. Für das zweite Jahr wird das Fortfallen der neutralen halben Stunde, eine Erweiterung der Ferienbestimmung und anstatt jedes dritten Sonntags jeder zweite Sonntag als freier Tag gefordert. Für ein drittes Vertragsjahr wird eine wöchentliche Lohnerhöhung um eine Mark zur Bedingung gemacht. Bei solcher Entgegenkommen der Arbeiter dürfte einem baldigen Ende der Bewegung nichts entgegenstehen.

## Ausland.

### Sieg der Schweizer Uhrenarbeiter.

Am letzten Freitagabend wurde in Grenchen zwischen dem Uhrenarbeiterverband und der Vereinigung Leberbergischer Uhrenfabrikanten der Friede abgeschlossen. Die Uhrenarbeiter erlitten nach langem, zähen Kampf, über dessen verschiedene Stadien der „Vorwärts“ berichtet hat, einen vollen Sieg. Die Organisation ist anerkannt, auf deren Zertrümmerung es abgesehen war. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Am Montag ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Alle Streikenden und Aussperrten sollen kassiert wieder eingestellt werden. Ein wesentliches Verdienst um die Beendigung des 13 Wochen dauernden Kampfes um das Koalitionsrecht haben sich die Genossen Regierungsratshalter Wyhhaer von Biel und Gemeindepräsident Guldimann von Grenchen, sowie die Sekretäre des Uhrenarbeiterverbandes Ahrler und Hegmann erworben. Nicht minder trug aber zum guten Gelingen die prächtige Solidarität der 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen bei, die alle Opfer willig auf sich nahmen, um den Angriff eines übermächtigen Gegners auf ihre Organisation abzuwehren. Und nicht zuletzt mag auch die machtvolle Demonstration der gesamten solothurnischen Arbeiterschaft vom vorletzten Sonntag in der Kantonshauptstadt dem Gegner gezeigt haben, mit wem er es zu tun habe, daß der Kampf nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern gegen die Gesamtarbeiterschaft geführt werden mußte und daß diese bereit war, ihr Recht zu opfern zum Schutze der Organisation.

# Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung. Montag, den 11. Mai 1914.  
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. v. Trotzig u. Solg.

## Der Kultusetat.

Eine Resolution der Budgetkommission fordert angemessene Erhöhung der Löhne der Volksschullehrer und Lehrerinnen. — Ein fortschrittlicher Antrag will diese Kosten denen der mittleren Beamten gleichstellen. — Der fortschrittliche Antrag wird nach der Begründung zurückgezogen, der der Budgetkommission angenommen.

Abg. Dr. v. Schenkendorf (natl.)

begründet einen Antrag aller bürgerlichen Parteien auf Staatsbeihilfe für Beschäftigungsmittel in den Jugendorten.

Ein Antrag des Abg. Dr. Hef (Z.) wünscht Erhöhung der Mittel zur Förderung des Handwerksunterrichts für schulpflichtige Mädchen.

In der längeren zustimmenden Debatte über diese Anträge ergriff auch

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.)

das Wort: Wir stimmen dem Antrag v. Schenkendorf zu. Wir haben wiederholt, zuletzt bei der Beratung der Novelle zum Vorkursgesetz, die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die Verwahrlosung der Kinder betont. Dies erscheint uns viel wichtiger, als gegen bereits verwahrloste Kinder einzuschreiten. Wir haben auch einen ähnlichen Antrag angekündigt wie er uns heute vorliegt. Wenn aber in dem Antrag Schenkendorf ein Zusammenhang zwischen der staatlichen Jugendpflege und den staatlichen Aufwendungen für Jugendorte konstruiert wird, so müssen wir diesen Zusammenhang bestreiten. Die staatliche Jugendpflege dient nicht dem Schutz der Kinder gegen Verwahrlosung, sondern sie trägt parteipolitischen Charakter. Ich nehme an, daß Abgeordneter v. Schenkendorf die Schullinderhorte nicht zu solchen Zwecken mißbrauchen will, wie die staatliche Jugendpflege von der Regierung mißbraucht wird. (Abg. v. Schenkendorf stimmt zu.) Um so mehr können wir dem Antrag zustimmen.

Beide Anträge gehen an die Unterrichtscommission.

## Die staatliche Jugendpflege.

Der Etat fordert 3 1/2 Millionen Mark für die staatliche Jugendpflege.

Abg. Wallbaum (Z.)

rühmt die patriotische und staatsberhaltende Wirkung der staatlich geförderten Jugendpflege, ihrer Heime und Soldatenheime. Von reaktionärer, unzeitgemäßer Jugendbeeinflussung sei da keine Rede. Gegenüber den Jünglingsvereinen soll das höchste nützliche Turnen natürlich nicht zurücktreten. Der Sparsinn in der Jugend muß gefördert werden, um so mehr, als junge Arbeiter schon früh selbständig werden und dann, wenn nicht gepflegt wird, einen Hausstand gründen, ohne die Möbel usw. zu besitzen. So entzieht die Abhängigkeit von Abzahlungsgeschäften, die dann bei Nichtzahlung der Raten die Möbel zurückholen. Der Arbeiter hat dann kein gemüthliches Heim, sucht seine Erholung anderswo, und so verwahten die Kinder. Also: Arbeit, Sparsamkeit, Familienleben! Die jungen Arbeiter sollen mit den ökonomischen Zusammenhängen, mit Gesetz und Verwaltung bekannt gemacht werden. Gerade nach der Lehre soll die jungen Fabrikarbeiter leicht der Sozialdemokratie anheim. (Hilf! bei den Sozialdemokraten.) Wissen ist Macht — ein in wirtschaftlichen Fragen, wie Militarismus, Kapitalismus usw. geschulter nationaler und religiöser Arbeiter kann den sozialdemokratischen Schlagworten entgegenreten. Wie gefährlich die sozialdemokratische Jugendbewegung ist, beweist die Verfallung der „Arbeiterjugend“-Abonnenten, die schon 100 000 Leser hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: 120 000!). Es bestehen 600 Jugendauslässe, in den Jugendheimen wird umfassende Aufklärungsarbeit in sozialdemokratischem Sinne geleistet. Dieser zerlegenden Bewegung muß entgegengetreten werden. Auf dem Nürnberger Parteitag hat Singer und nach ihm die „Arbeiterjugend“ als höchste Aufgabe der sozialdem. Jugendbewegung die Erfüllung der Jugend mit sozialistisch-revolutionärem Geist erklärt. Kennzeichnend ist, daß die „Arbeiterjugend“ in Nr. 16 von 1911 die heutige Schule als schlecht bezeichnet und nach Heinrich Schulz' Schulreformbuch angelobt, daß man in der sozialistischen Schule der Zukunft nicht mehr wird müßigen und sich Aufgaben diktieren lassen brauden. In einem Artikel über die Maschine wird die kapitalistische Ausbeutung geschildert, den Humor stellt ein Artikel über „das Wahlrecht der Reue“ dar, es wird ein Buch von Weber empfohlen usw. Da unsere Gesellschaftsordnung nicht befestigt werden kann, so lange wir ein Heer haben, auf das wir uns verlassen können, setzen die Sozialdemokraten schon frühzeitig mit der Verebelung des Militärdienstes bei der Jugend ein. In seinem Buch fordert Dr. Liehnecht die Befestigung des Militarismus, um die Staaten wehrlos zu machen. Parlamentarisch kann man das gar nicht kennzeichnen. All dies nötigt alle Vaterlandsfreunde, sich selbstlos in den Dienst der christlich-nationalen Jugendpflege zu stellen, damit Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe der Jugend empfangt, Thron und Altar erhalten, Preußen und Deutschland groß bleiben. Dann braucht uns um unsere Zukunft nicht bange sein und wir können sagen: Unser die Jugend trotz alledem! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Neumann (Ztr.)

schließt sich dem Redner an. Die Jugendpflege muß auf religiöser Grundlage ruhen. Die gegen die Simultanschule sind wir auch gegen interkonfessionelle Jugendvereine; zehntausende Jugendlerner sind nur für konfessionelle Vereine zu haben. Der Redner polemisiert in diesem Sinne gegen den Vorkursenden der Deutschen Turnerschaft und klagt über Zurücksetzung der konfessionellen Jugendpflege und über mangelnde Sonntagsheiligung in der Jugendpflege.

Schließlich spricht der Zentrumsredner von dem Beisammensein von Jünglingen und Mädchen bei dem freideutschen Jugendtag, von sittlichen Gefahren usw. Auch vor der Zeitschrift „Der Anfang“ ist sehr zu warnen.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwis

erbitet und erhält die Erlaubnis, dem Ministerpräsidenten Dr. v. Bethmann Hollweg die Teilnahme des Hauses anlässlich des Todes der Frau v. Bethmann Hollweg auszusprechen.

Abg. Dr. v. Schenkendorf (natl.)

begrüßt die Erweiterung der staatlich geförderten Jugendpflege. Wir hoffen und wünschen, daß Antisemitismus im „Wanderboger“ keinen Einlaß finde. Was aus der würdig begonnenen freien deutschen Jugendbewegung wird, ist abzuwarten. Die Angriffe der konfessionellen auf die Turnvereine weisen wir zurück. Die Jugendpflege sollte auch auf die Fortbildungsschüler ausgedehnt werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Rolffe (H.):

Wenn junge kritische Menschen in antisemitische Verirrungen verfallen, so ist das entschuldigbar, aber parteipolitischer Antisemitismus muß der Jugend fernbleiben.

Abg. Ranzow (Sp.)

danke dem Minister für seine persönliche Initiative in der Jugendpflege. Die Jugend muß förderlich gefördert, zur Vaterlandsliebe, zur sozialen Gefühl und zur Verantwortlichkeit erzogen werden. Die Gegenstände müssen vermindert werden. Kardinal Ropy forderte selbst interkonfessionelle Jugendvereine. Für die Religion muß dem religiösen Zeit und Gelegenheit bleiben. Die Ausdehnung der Jugendpflege auf die Fortbildungsschüler ist wünschenswert. Wir wollen für die Jugend kämpfen, nicht um sie. Darum

gehört in die Jugend keine Parteipolitik, darum beurteilen wir die sozialdemokratische Jugendorganisation, von der Pfannkuch und Wollenkuch abgeraten, die aber Liehnecht und Frank gewünscht und herbeigeführt haben. Wir wollen der Jugend das Leben nicht vereiteln. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wer hat angefangen?) Die „Arbeiterjugend“ und die Flugblätter an die Arbeiterjugend „Gehört Du zu uns?“ arbeiten in politischem Sinn. Damit kann man auf die Jugend nicht einwirken. Da wird sogar gesagt, Goethe, Schiller und Lessing würden heute Sozialdemokraten sein. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo steht das?) Ich habe es augenblicklich nicht hier. (Wahl bei den Sozialdemokraten.) Diese Männer waren human, Sie sind Fanatiker. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Wir wünschen aber auch keinen Durrapatriotismus, keinen Hygantisimus, die Pflege der Liebe zu Kaiser und Reich ist keine Politik. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Gegen die einst vom Kultusminister propagierte Unparteilichkeit ist arg verstoßen worden. Im „Wanderboger“ verurteilt antisemitische Parteipolitik verabschiedungswerte Geschäfte zu machen. (Der Redner bringt dafür mehrere Beweise vor, u. a. ein „Hammer“-Flugblatt, worin die jungen Germaninnen aufgefordert werden, daran zu denken, den Jüdinnen die Augen auszukrahen; worin weiter von Knoblauchgestank, jüdischer Unkeuschheit und jüdischer Verpöschung der preussischen Regierung, von zwei jüdischen Generaladjutanten des deutschen Kaisers die Rede ist, und davon, daß die Tage der Monarchen gezählt sind, die sich mit Juden einlassen. (Hört! hört! auf allen Seiten.) Solche Verhörung kann schlimme Früchte bringen, wir bitten den Minister, dagegen energisch einzuschreiten. Der Frankfurter Wanderbogerkongress hat dem Antisemitismus in den Ortsgruppen die Schuld in Aussicht gestellt. Demgegenüber hat die Regierung allen Anlaß, die Fiertheit und Unzufriedenheit nicht zu vergrößern, sondern zu verringern. (Beifall links.)

Abg. Haenisch (Soz.):

Die aus dem Bürgertum auf natürliche Art herbeigewachsene Jugendbewegung haben wir Sozialdemokraten von Anfang an keineswegs bekämpft, sondern stehen ihr objektiv gegenüber. Allerdings, wenn diese Bestrebungen uns heberisch, rassen-antisemitisch oder dergleichen entgegenstehen, dann müssen wir sie bekämpfen, um so mehr, wenn — wie das auf dem Frankfurter Jugendtag des „Wanderboger“ gechehen ist — in einer dem Befehl der Jugend gerade entgegengesetzten heuchlerischen und hinterhältigen Art solchen antisemitischen Bestrebungen auf der Hintertreppe Einlaß gewährt wird. Geschickt das, dann werden die vielen sozialdemokratischen Eltern, deren Kinder heute am „Wanderboger“ teilnehmen, dies natürlich nicht weiter zugeben können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der freideutschen Jugendbewegung und in derjenigen, die in der Zeitschrift „Der Anfang“ ihren Ausdruck findet, ist natürlich manches Romanische, auch manches andere vorgekommen, wovon man sagen muß, daß es besser unterblieben wäre, aber es ist unberechtigt, gegen diese Bewegung nach den Gendarmen und der Polizei zu rufen, denn Antisemitismus ist eines der schönsten Vorrechte der Jugend, die Goethe „Trunkenheit ohne Wein“ nennt. Gerade aus diesen gährenden Bewegungen können die Schulbehörden mancherlei Wissenswertes lernen. So sehr wir diesen Bestrebungen mit freundlicher Objektivität und einem gewissen Wohlwollen gegenübersehen, so energisch müssen wir alle Bestrebungen bekämpfen, die darauf hinauslaufen, mit dem Gelde des Staates die Kinder des Proletariats den Idealen und Interessen ihrer Klasse und ihrer Eltern zu entfremden und sie gewaltsam in das Lager ihrer geschworenen Feinde hineinzuziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist unwohl, daß die proletarische Jugendbewegung die Jugend politisieren wolle. Das ganze Interesse aber, das die preussische Regierung und der Landtag plötzlich für die proletarische Jugend besitzen und die Bewilligung von vier Millionen für ihre Jugendbewegung ist nichts anderes als ein Produkt der Angst vor der proletarischen Jugendbewegung, vor dem Erwachen der Arbeiterjugend. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Ob! rechts.)

Die amtliche Statistik beweist, daß auch im letzten Jahr, also während der Krise, der Kapitalismus immer mehr die billigeren Arbeit von Frauen und Jugendlichen an die Stelle männlicher Arbeiter setzt. Rechnet man alles zusammen, so sind in Gewerbe, Handel und Industrie etwa 2 1/2 Millionen jugendlicher Arbeitskräfte unter 21 Jahren in Preußen beschäftigt, in jenem Alter, wo die Jugend des Bürgertums noch studiert, sorgen diese jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen bereits mit für die Eltern oder jüngeren Geschwister. In dieser proletarischen Jugend begann sich vor etwa einem Jahrzehnt ganz spontan eine lebhaftere Bewegung zu regen. Sie entsprang aus der wirtschaftlichen Not der Arbeiterjugend, aus der Lehrlingsausbeutung, den nur sehr milde geahndeten Übertretungen der gesetzlichen Schulpflichtungen, aus schlimmen Lehrlingsmißhandlungen, kurz aus schamloser Ausbeutung. Es kam der psychologische Prozeß hinzu, der auch in der proletarischen Jugend das Sehnen nach neuen Betätigungsformen, nach Selbständigkeit und Freiheit hervorrief. Dieser Bewegung gegenüber bekamen Sie es mit der Angst, daß die jungen Arbeiter denken lernen könnten, noch bevor sie zum Militär kommen, daß sie irre werden könnten an der Gütlichkeit der kapitalistischen Weltordnung in ihren Gegenständen von arm und reich und daß sie sich dann nicht so leicht gegen jeden inneren oder äußeren Feind würde zur Schlachttat führen lassen. Sagt doch ein junger Theologe in einer Dichtung Casar Pfaffens gegen einen alten Pfarrer: „Glaube, Glaube, was soll denn auch Euer Staat und Eure Gesellschaft anfangen mit Menschen, die denken können!“ (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Aus dieser Angst heraus, die als der wahre Grund Ihrer Jugendpflege auch von der „Leipz. Zeitschrift“ und von dem „Reichsboten“ enthält worden ist, hat der Staat die vielen Millionen hergegeben, die ihm sonst nicht so locker fließen. Wie feinerzeit Wisman die Arbeiterbewegung mit der Peitsche des Sozialistengesetzes und dem Zuckerbrot der Sozialreform umbringen wollte, so haben Sie es versucht, mit der Peitsche des Jugendparagrafen des Reichsvereingegesetzes und dem Zuckerbrot Ihrer staatlichen Jugendpflege. Es war interessant, wie hier die Befürworter der mit so großen Mitteln geförderten offiziellen Jugendpflege selbst gegeneinander aufgetreten sind. Aber diese Jugendpflege findet auch sonst im Bürgertum keineswegs ungeleitete Zustimmung.

In einer agrarischen Stolper Zeitung wird Furchtaltung der Jugendpflege vom Lande gefordert, denn die Jugend, der man ein Recht auf Inberhaltung gebe, würde schließlich auch ein Recht auf Brot fordern. Die Agrarier fürchten, es könnte werden wie im alten Rom, wo die Menge außer Spielen auch Brot forderte. Ich hoffe allerdings, daß auch die läubliche Jugend einmal das Brot eines wirklichen Jugendschusses verlangen wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In einem Erlaß des Regierungspräsidenten zu Arnberg wird bedauert, daß vom Lande aus nicht mehr Anträge auf Staatsbeihilfen für die Jugendpflege kommen und es wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß dies geschehe. Die Millionen werden also infolge der agrarischen Angst um den Profit gar nicht aufgebracht, trotzdem verlangt die Regierung immer mehr von uns! Gegen einen kriegerischen Artikel Otto v. Gottberg in der „Jugenddeutschlandpost“, in dem der Krieg geradezu als ein Element der stitlichen Weltordnung, als ein Ausfluß der christlichen Religion hingestellt wird, hat Professor Reineken in der „Christlichen Freiheit“ lebhaft protestiert und auch mehrfach haben Geistliche im Namen des Christentums den wüsten Chauvinismus, der ja gepflegt wird, entrüstet zurückgewiesen. Dieser Artikel erinnert mich an die Verse Friedrich v. Bodenstedts: „Rec' hast ich mir die Heuchelei der kriegerischen Nazarenal.“ Das Amtsgericht Kiel hat die Brandmarkung des stitlichen und literarischen Tiefstandes der chauvinistischen Jugendzeitschrift „Niederdeutscher Flagg“ durch die „Pädagogische Reform“ als berechtigtes

Parteiangelegenheiten.

An die Bildungsausschüsse und Organisationsleitungen.

Führungen im Botanischen Garten. Der Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin wird in den Monaten Juni, Juli, August eine Reihe von Sonntagsführungen im Botanischen Garten in Dahlem einrichten. Die Führungen finden zum Teil vormittags 11 Uhr, zum Teil nachmittags 3 1/2 Uhr statt.

Wir bemerken, daß Kindern unter 10 Jahren der Zutritt auch in Begleitung Erwachsener nicht gestattet ist.

Wir bitten die Einzelorganisationen, uns bald ihre Wünsche mitzuteilen.

Der Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Sekretariat: SW. 68, Lindenstr. 3. Telefon: Wpl. 4741.

- Dritter Kreis. Gemeinschaftliche Jahlabende halten ab: 1. Abteilung für die Bezirke 139-141, 151 und 152 bei Feldmann, Draniensstr. 180 (Kuisenstadt-Kasino). Vortrag des Genossen Lido über Volksjustiz.

Vierter Wahlkreis.

Seite abend 8 1/2 Uhr finden in den Lokalen „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75, und in den „Andreas-Festhällen“, Andreasstr. 21, Volksversammlungen statt. Tagesordnung: Ist Kinderkulturarbeit? Diskussion. Referentinnen sind die Genossinnen Marika Denning und Emma Döhl.

gemeinschaftliche Jahlabende

- 8. Abteilung im Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Otto Wagner über: Wo paden wir den Gegner.

Spandau. Morgen Mittwoch: Gemeinschaftlicher Jahlabend der Bezirke 1-4 bei Teitel, Bismarckstr. 6. Vortrag des Stadtgenossen Wilhelm Pieper über: „Kommunale Angelegenheiten“.

Berliner Nachrichten.

Der Wandel des Berliner Invalidenhauses.

Stramm patriotische Schriften plaudern oft recht indiskret. Man erfährt da durch die Sucht, mit Gurratriotismus weit über das Ziel hinauszuschießen, alles mögliche, das sonst „in den Akten“ bleibt. So verrät eine jetzt in nationalen Kreisen stark vertriebene, von einem Thüringer „Kriegstameraden“ kommende kleine Schrift, welche eine gedrängte Geschichte des königlichen Invalidenhauses in Berlin sein soll, mit wohl unbeabsichtigter Offenherzigkeit, daß dieses Institut im Laufe der letzten Jahrzehnte seinen stiftungs-gemäßen Charakter völlig verändert hat.

Als der erste Preußenkönig durch ein Dekret vom 22. Mai 1705 wenigstens theoretisch sorgen wollte „für die durch Blessuren und andere Inkommoditäten zu fernem Kriegsdienst untauglich gewordenen Invaliden“, da war zur Erfüllung dieses patriotischen Ehrenworts natürlich kein Geld da. König Friedrich I. konnte die Steuern und sonstigen Staatsmoneten besser für andere Dinge brauchen. Erst 42 Jahre später entdeckte Friedrich II. eine geeignete Gold-

grube und ließ seinen Grundbesitz verkünden: „Wir müssen für unsere Freunde, für die alten Soldaten sorgen!“ Am 15. November 1748 wurde das „Hospitäl der lahmen Kriegskrieger“, das damals ganz anders als heute ausah, über zehnmal größeren Grundbesitz verfügte und eigene Bewirtschaftung mit Bäckerei, Schlachthaus, Brauerei, Branntweinbrennerei, Maulbeerbaumpflanzung zur Seidenbereitung (die Seidenraupe war Anno dazumal noch nicht staatsgefährlich!) und Windmühlen hatte, von 13 Offizieren und 600 invaliden Mannschaften bezogen.

Was würde wohl der „alte Fritz“ sagen, wenn er heute Vergleiche mit seinem schönen und eigentlich nur selbstverständlichen Grundbesitz anstellen könnte? Der imperialistische Militarismus verdrängt Milliarden, der militärische und höfische Luxus kennt keine Grenzen — die ordnungsgemäßen Kriegsveteranen müssen hungern und zuweilen im grausigsten Elend auf der Landstraße verrecken. Für den bedürftigen Offizierstand wird alles Erdenschliche getan, für die „gemeine Sorte“ so wenig wie nur möglich. Das zeigt sich auch am Invalidenhaus. Die zitierte Zeitschrift klärt uns auf, daß im Jahre 1867 der Bestand des Berliner Invalidenhauses 507 Köpfe (33 Offiziere, 312 Unteroffiziere und Gemeine, 73 Frauen und 86 Kinder betrug, und augenblicklich werden gar nur 327 Köpfe gezählt, darunter 55 Offiziere, 183 Frauen und Kinder. Demnach ist die Zahl der Offiziere und Verwaltungsbeamten immer mehr gestiegen, die der Unteroffiziere und Mannschaften auf rund 100 gesunken, und von den „Mannschaften“ besteht auch noch der dritte Teil aus Feldweibern. Es kommt also auf 2 Militärs unterer Charge 1 Offizier, womit sich das Berliner Invalidenhaus heute im wesentlichen als eine Offiziers-Verpflegungsanstalt charakterisiert. Die 55 Invalidenhaus-Offiziere haben jeder 5-6 Zimmer und Zubehör, so daß dann natürlich für invalide Gemeine immer weniger Platz bleiben mußte. Neuerdings hat man zwar an Stelle der alten Baracken, die sich in der Front der Scharnhorststraße zwischen dem Eingang zur katholischen Invalidenhauskirche und dem Invalidenkirchhof hingogen, ein Mannschafthaus erbaut, ohne deshalb den Bestand an Mannschaften zu erhöhen, aber auch ein neues Offiziershaus mit neuen sehr komfortablen Wohnungen ist gegenüber neben dem Augustahospital errichtet worden. Das kostete mehr als eine halbe Million Mark, in der Hauptstadt für Offiziere. Ein Anrecht auf Verpflegung im Invalidenhaus gibt es nicht. In jedem einzelnen Falle muß ein Gesuch an den König oder an das Bezirkskommando gerichtet werden. Viele sind dazu berufen, aber nur ganz wenige aus unteren Chargen, die einen besonders „guten Bester“ haben, werden auswählt. Viel Staat kann der Militärstaat mit dem Berliner Invalidenhaus in seiner heutigen Gestalt nicht machen. Das werden vielleicht die hellen Japanner, die mehrfach Studienkommissionen nach der Scharnhorststraße entsandten, auch erkannt haben.

Ein Razzia auf „Eisenbahnsünder“

wurde in den letzten Tagen wiederholt auf dem Bahnhof Treptow abgehalten, während zu gleicher Zeit Aufsichtsbeamte die Abteile dritter Klasse während der Fahrt nach Baumhulsenweg kontrollierten. Auf Bahnhof Treptow war der sonst freie Verbindungsweg zwischen den beiden Bahnhöfen mit Bahnbeamten besetzt, die alle Passanten auf die Gültigkeit ihrer Fahrtausweise prüften, und tatsächlich ließen ihnen eine Anzahl Sünder ins Garn, die sich wohl zum Teil ihres Vergehens gar nicht bewußt waren. Es handelte sich zum Teil um Leute, die Fahrkarten von den Ringbahnhöfen in der Richtung vom Potsdamer Bahnhof nach der Görlicher Bahn oder umgekehrt hatten, die den Vermerk „über Neustolln direkt“ oder ähnlich trugen. Diese Karten gelten nun für die Beförderung auf der neuen Strecke Neustolln-Baumhulsenweg, nicht aber auf dem früheren einzigen und jetzigen Um-Weg über die Station Treptow. Da aber jene „direkten“ Jüge zu Zeiten nur alle Stunden verkehren, benutzen viele Reisende immer noch die Ringbahn bis Treptow und von dort die Stadtbahnzüge, um nicht unnötige Zeit zu verlieren. Das aber kostet für die meisten Strecken mehr, weil der Fiskus sich nicht dazu aufschwingen kann, den Reisenden für die schlechte Zugverbindung nun wenigstens durch einen einseitigen Preis zwischen bestimmten Endstationen zu entschädigen. So kostet z. B. die Strecke Hermannstraße-Baumhulsenweg direkt 10 Pf., über Treptow 20 Pf., die Arbeiter-Wochenkarte direkt 50 Pf., über Treptow 80 Pf. Dieser Zuschlag von 10 Pf. auf einfache und 30 Pf. auf Wochenkarten findet sich denn bei vielen Entfernungen zwischen der Görlicher Bahn und dem Südring über Neustolln nach dem Westen, sobald man über Treptow fahren will. Dagegen ist den Inhabern von Monatskarten die Benutzung beider Linien ohne Zuschlag freigestellt. In eine Zeitlang galten sogar die Monatskarten von der Görlicher Bahn nach der Stadtbahn auch über Bahnhof Neustolln. Doch hat diese Herrlichkeit leider nicht lange gedauert, es war angeblich nur ein Versehen. Von der alten geschätzten Differenz im Preise der Fahrten „direkt“ oder „über Treptow“ wissen nun aber die wenigsten. Wer den früheren Zustand nicht kannte, wird vielleicht aus dem Wörtchen „direkt“ auf der Fahrkarte gar nicht einmal jene Forderung ziehen. So tappen denn viele unbewußt in ihr Unglück, das ihnen zum mindesten neben dem Zeitverlust und der sonstigen Unannehmlichkeit ihres „Sündensalles“ den doppelten Fahrpreis kostet. Von der Bahnverwaltung wäre zu wünschen, daß sie statt der heillos wirkenden Erhöhung des Verkehrs in solchen Fällen für beide Wege ebenso den Preis der kürzesten Strecke gewährt, wie sie das gleiche jetzt erst wieder bei der Verbindung Berlin-Wien aus Konkurrenzrücksichten zugestanden hat. In dem Maße, in dem die Zugfolge auf der Strecke Potsdamer Bahnhof-Grünau verbessert wird, fällt die Benutzung des Umweges über Treptow allem weg. Heute werden die meisten dabei ganz unbewußt handeln, wenn sie die feinen Unterschiede in der Preisberechnung nicht beachten.

Die freie Jugend von Niederbarnim

hat am Sonntag ihre Reizepartie gehabt. Die Beteiligung war eine außerordentlich gute; zumal wenn man bedenkt, daß das Ziel Oranienburg für viele nur unter Aufwendung verhältnismäßig erheblicher Kosten zu erreichen war. Selbst aus so entlegenen Orten wie Erkner, Friedbergshagen und Ober-Schöneweide sowie Beenu, Röntgenal usw. waren größere Gruppen erschienen. Die Hauptbeteiligung stellten neben Lichtenberg natürlich die in der Nähe der Nordbahn gelegenen Orte. Bereits 1/10 Uhr trafen die ersten Trupps am Sammelpunkt Birkenwerder ein und zurzeit des allgemeinen Aufbruchs hatten sich weit über 1000 Teilnehmer eingefunden, die frohes Mutes waren, trotz des verdrießlichen Gefächs, den der Himmel machte, der hin und wieder einen leichten Sprühregen herniederlandte. Um ihre zahlreicheren Gäste zum Ziel zu führen, erschienen die Jugendlichen aus Oranienburg, zum Teil mit Trommeln und Pfeifen ausgerüstet. Andere Orte ließen ihre des Mandolinens- und Gitarrespiels Kundigen voranschreiten. So bewegte sich der zwanglose, schier endlose Zug heiter und guter Dinge durch den Wald dahin, das muntere Spiel bald durch braufende Razzia, bald

durch lustige Wanderlieder unterbrochend. In Lehnig wurde die jugendliche Schar offiziell von fünf Vertretern der Staatsgewalt, hoch zu Koh, empfangen, nachdem bis dahin Kriminalbeamte inoffiziell und mit zürender Anhänglichkeit gefolgt waren. So sorgte die hohe Obrigkeit dafür, daß auch die Uninteressiertesten aufmerksam wurden. Die behelmten Begleiter waren auch weiterhin bemüht, den ohnehin imposanten Eindruck noch zu steigern, indem sie anordneten, daß die Stadt Oranienburg nur in einzelnen Gruppen durchwandert werden durfte. Dadurch dehnte sich der Durchmarsch beinahe ins Endlose. Auf dem Festplatz begrüßte klingenbesetztes Spiel die Ankommenden. Nach kurzer Pause richtete Stadtverordneter Pappe von der rot-drapierten Tribüne Worte herzlicher Bewillkommung an die Erschienenen, die sich durch Nachzügler und Einwohner der Stadt noch um mehrere Hundert vermehrt hatten. Dann hielt Schriftsteller Keuter eine treffliche, mit vielem Beifall aufgenommene Festrede und Gabel dankte für den überaus freundlichen Empfang. Hierauf entwickelte sich ein vielgestaltiges, fröhliches Treiben, das leider für viele ein viel zu frühes Ende fand, weil der weite Heimweg zu baldigem Aufbruch nötigte. Die Erinnerung an diesen Tag wird in allen noch lange fortleben und dürfte in manchem den Eifer, für die freie Jugendbewegung tätig zu sein, aufs neue angefaßt haben.

Aus der Armendirektion.

In der gestrigen Sitzung der Armendirektion hieß der Vorstehende, Stadtrat Doslein, die von der Stadtverordneten-Versammlung gewählten Mitglieder der Armendirektion, Frau verw. Rektor Lieverenz und Frau Gerndt willkommen. Beide Damen sind die ersten weiblichen mit Stimmrecht ausgestatteten Mitglieder der Armendirektion und haben sich bereits seit längerer Zeit in der Berliner Armenpflege betätigt.

Ferner beschloß die Armendirektion, dem Vorstandschafsausschuss der Stadt Berlin zur erstmaligen Unterstützung an hilfsbedürftige junge Mütter zunächst veruchsweise für ein Jahr — einen Betrag von 3000 M. zu gewähren.

Widerverkauf der Stadt Berlin.

Die von der städtischen Kunstdeputation aus ihrer Mitte und aus Künstlerkreisen gewählte Jury und Ankaufskommission hielt gestern im Ausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, dem Maler Martin Brandenburg für sein Bild „Der Minnesänger“ (Saal 5 Nr. 91) einen Ehrenpreis der Stadt Berlin im Betrage von 3000 M. zu bewilligen. Ferner beschloß die Kommission den Ankauf folgender Bilder: Ier Sell: „Märkische Landschaft“ (Saal 4 Nr. 65), Vintrotz: „Im Felde“ (Saal 2 Nr. 1289), Sandrof: „An der Dampferwand“ (Saal 3 Nr. 20), Otto S. Engel: „Abendlandschaft“ (Saal 4 Nr. 59).

Einem Monument hatte am Sonntag wieder einmal Berlin. Auf Bahnhöfen, in Restaurants, in der Straßenbahn, vor Kirchen und Theatern wurde ein schwungvoller Handel mit Kornblumen, Ansichtskarten und mit kleinen Fahnen getrieben. Die diesmalige Sammelerei galt dem roten Kreuz, das eine „Rote-Kreuz-Sammlung 1914“ im Monat Mai veranstaltet.

Richard Hadelbusch.

Gestern ist im Krankenhaus am Friedrichshain der Genosse Richard Hadelbusch im Alter von 44 Jahren gestorben. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der von der Pike auf im Dienste unserer Bewegung gestanden hat. Hadelbusch war von Beruf Sattler. Als echtes Proletarierkind galt sein Denken und Fühlen der Sozialdemokratie. Als blutjunger Mensch fürzte er sich in die Bewegung. Von glühendem Eifer für die sozialistischen Freiheitsideale besetzt, stellte er sich ganz in den Dienst unserer Sache und half schon im die Genossen des 4. Kreises in die vorersten Reihen. Wir sehen Hadelbusch in den neunziger Jahren nacheinander als Gruppenführer, als Mitglied der Lokalkommission, von 1901 bis 1906 als Vertrauensmann. Mehrere Jahre übte Hadelbusch das Amt des Kassierers im 4. Kreise (Südost) aus und gehörte dem Zentralvorstand als Mitglied der Agitationskommission an. Die Genossen des 4. Kreises sondeten ihn wiederholt nach dem Parteitag. Bei der letzten Wahl landbitterte unser verdorbener Freund im Reichstagswahlkreis Prenzlau-Angermünde. Seit 1904 versah Hadelbusch das Amt eines Spektors im 4. Kreise. Auch in seiner gewerkschaftlichen Organisation war er tätig und wurde von seinen Berufskollegen auf den Posten des Vorsitzenden des Ausschusses des Verbandes der Sattler und Portefeuliers gestellt.

Hadelbusch war ein Mann von echtem Scharf und Korn, der deutlich sagte, was er dachte; ein prächtiger Charakter, dem kein Nehl anhaftete. Uneigennützig und schlicht, leistete er alle Arbeiten, die im Interesse der Partei notwendig wurden. Seine Person galt ihm nichts, wenn die Partei in Frage kam. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß Hadelbusch zu denen gehörte, die der Partei ihr alles gegeben haben, bis ihm eine schwere Krankheit niederwarf und ihn zur Unzulänglichkeit zwang. Schwer genug moß ihm, der mit der Partei lebte, diese Passivität geworden sein. Nun hat ihm der Tod von seinen Leiden erlöst. Ein echter Proletarier von kreuzbravem Charakter ist mit Hadelbusch dahin gegangen. Die Genossen Berlins werden dem Verstorbenen ein gutes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 4 Uhr auf dem Freiheitshöfen Friedhofe in der Pappel-Allee statt.

Bootskatastrophe auf dem Zernsee.

Auf dem Zernsee bei Werder hat sich am Sonntag eine Bootsalastrophe zugetragen, die ein Menschenleben gefordert hat. Trotz des recht böigen Wetters kreuzten Sonntag nachmittag auf dem Zernsee bei Werder eine ganze Anzahl Segelboote, darunter auch die „Basserritz“. In der Mitte des Sees bemerkten die Segler in etwa 40 Metern Entfernung ein Ruderboot vor sich, das mit drei Personen besetzt war. Die beiden Ruderer sowohl wie der Steuermann schienen infolge des starken Wellenganges und der Aufregung die Gewalt über das Fahrzeug völlig verloren zu haben und die Segler eilten daher dem Boote zu Hilfe. Als sie sich dem Ruderboote auf eine kurze Entfernung genähert hatten, wurde das Ruderboot plötzlich von einer großen Welle emporgehoben und direkt vor das Segelboot getragen. Ein Ausweichen war ganz unmöglich und so stieß das Segelboot gegen die Dreifache des Ruderers, der hauptsächlich durchschritten wurde. Die drei Insassen stürzten ins Wasser. Bei dem heftigen Seegang gestaltete sich die Rettungsaktion sehr schwierig. Erst nach längeren Bemühungen gelang es den Seglern, zwei der Ruderer den Fluten zu entreißen, während der Dritte, ein Kaufmann Erwin Märker aus Berlin, ertrank. Bei dem heftigen Zusammenprall der Boote ist auch einer der





Rahnen des Landes. Die gelben Gewerkschaften sind ja wohl „nationale“ Organisationen nach dem Herzen der Militärverwaltung, aber sie sind eine internationale Schmach. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem werden sie jetzt von den herrschenden Klassen gehetzt und gepflegt. — Gegenüber den Anzweiflungen des Generals Wild v. Hohenborn halte ich alle meine Angaben aufrecht.

General v. Schäfer:

Bei der bevorstehenden Erweiterung der Bekleidungsämter werden wir den Anträgen des Reichstags folgend die Zahl derOLONOMIEHANDWERKER nicht vermehren. Gefängnisarbeit benutzen wir nur in kleinem Umfange, weil doch schließlich die Gefangenen beschäftigt werden müssen. Die Löhne werden dauernd konstant gehalten, Heimarbeit ist verboten. Ich lamm dem Abg. Albrecht versichern, daß wir alle Wünsche der Arbeiter gewissenhaft prüfen.

Abg. Trimborn (Z.):

tritt für Vesserstellung der Lazarettverwaltungsinspektoren ein.

Abg. Rupp-Baden (L.):

klagt über die hohen Anforderungen, die bei den Einquartierungen gelegentlich der Manöver an die ländliche Bevölkerung gestellt werden.

Generalmajor v. Schäfer:

Soweit wir können, sind wir gern bereit, alles zu tun, was wir können, um die Manöverlasten für die Bevölkerung zu mildern. (Bravo!)

Beim Kapitel „Militärmedizinisches“ bemängelt

Abg. Erzberger (Z.):

daß nicht genügende Mengen von Jumps- und Verbandstoffen vorrätig gehalten werden.

Beim Kapitel Ersatz- und Reservemannschaften klagt

Abg. Thöne (Soz.):

über die sehr große Zahl zu Uebungen einberufenen Mannschaften. Es sind viele darunter, die für Weib und Kinder zu sorgen haben. Die Leute werden nach einer 14-tägigen Uebung am Montag früh entlassen, obwohl die Entlassung sehr gut schon am Sonnabend mittag erfolgen könnte, so daß die Leute Montag früh zur Arbeit antreten könnten. Das wäre um so notwendiger, als viele Leute sich nach der Uebung neue Arbeit suchen müssen und diese nur zum Montag, nicht auch zu anderen Tagen finden.

General Wild v. Hohenborn:

Bei der Einberufung und Entlassung der zu Uebungen einberufenen Mannschaften nehmen wir auf die berechtigten Wünsche der Bevölkerung Rücksicht.

Beim Kapitel „Pferdebeschaffung“ wendet sich

Abg. Wassermann (natl.):

gegen das tierquälerische Kupieren der Pferde (Abhaken der Schwanzwirbel).

Abg. Alpers (Welfe):

bittet um stärkere Berücksichtigung der hannoverschen Pferdezüchtung seitens der Militärverwaltung. Die Militärverwaltung sollte nicht von Händlern, sondern von den Züchtern direkt kaufen.

Kriegsminister v. Falkenhayn:

In bezug auf das Kupieren der Pferde sieht die Militärverwaltung ganz auf dem Standpunkt des Abg. Wassermann. — Das Kupieren beim Händler können wir sehr oft nicht umgehen, wie sich da auf die Nachfrage angewiesen. — Der von den bürgerlichen Parteien vorgeschlagene Resolution, die durchschnittlichen Beschaffungspreise für die Remonten in Verbindung mit den amtlichen Vertretungen der Landwirtschaft festzusetzen, steht die Militärverwaltung sympathisch gegenüber. Nur muß man sich immer gegenwärtig halten, daß der Durchschnittspreis kein Mindestpreis ist.

Abg. Kretsch (L.):

Die Pferde befinden sich, wenn die Remontekäufe stattfinden, noch bei den Züchtern, nicht bei den Händlern. Bei den letzten Käufen hatten die Händler schon große Kosten gekauft, und man klagt darüber, daß die Händler von den beschafftesten Käufen früher benachrichtigt worden sind, als die Züchter. Eine Wiederkehr solcher Verhältnisse wünschen wir nicht.

Abg. Fegter (Sp.):

bittet, daß die Remontekommissionen vor allem auch die kleineren Züchtereien bei den Ankäufen berücksichtigen möchten.

Die Resolution der bürgerlichen Parteien über die durchschnittlichen Beschaffungspreise der Militärremonten wird angenommen.

Es folgt das Kapitel: „Militär-Erziehungs- und Bildungsweesen.“

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Ich möchte unseren Soldaten eine kleine Freude bereiten — die Heeresverwaltung mag daraus unsere Heereskindschaft erkennen. Den Soldaten wird auf der Straße oder beim Bier allerlei Schundliteratur, Detektiv- und Schauerromane ausgereicht. Die Heeresverwaltung braucht nicht zu fürchten, daß ich unsere Parteiliteratur in die Kasernen einführen will, aber ich möchte wünschen, daß sie mehr als bisher für gute literarische Kost sorgt, um diese Schundliteratur zu verdrängen. Bisher bestehen die Kasernenbibliotheken meist ganz aus alten Scharteilen. Wirklich gute Bücher und Schriftsteller, wie Villierson und Raabe, sind, wo das Experiment gemacht worden ist, von den Soldaten mit Begeisterung gelesen und von Hand zu Hand weitergegeben worden. Es würde es überall sein, wenn man für die Soldatenbüchereien größere Aufwendungen machte als bisher. Im Etat sind für diesen Zweck bisher pro Kompagnie 12 M. eingestellt. Was läßt sich damit machen? Besonders für den Wachdienst und in den Grenzgarisonen fehlt es den Soldaten an jeder geistigen Anregung. Aus Mangel an besserer Unterhaltung wird dann gezotelt. Das „Börstenblatt für den deutschen Buchhandel“ hat eine kleine Bibliothek zusammengestellt, die diesen Zweck dienen könnte. Ich bin mit den Vorschlägen nicht ganz einverstanden, aber sie können als Anregung dienen. Sehr wertvoll wäre ein anständiges Soldatenliederbuch, für das die moderne Banderbewegung die Grundlagen liefern könnte. Selbst das Vorlesen guter Bücher, das in französischen Kasernen beliebt ist, läme in Betracht. Zu warten wäre bei der Auswahl der Bücher vor der Beschränkung auf rein militärische Fragen: die Soldaten wollten auch einmal etwas anderes, als bloß ihren Dienst und ihre Dienstinteressen haben. Weiterhin müßten die Bücherbibliotheken nicht bürokratisch verwaltet und es dürfte nicht das Vorgehenverhältnis dazu ausgenutzt werden, den Soldaten bestimmte Bücher anzubringen. Wir haben eine Verbesserung der Kolonnenbeleuchtung zugestimmt, nun mögen die Soldaten bei dem besseren Licht auch bessere Bücher lesen. Auf diese Weise können wir ihnen die Mühsal des Dienstes ein wenig erleichtern. (Allgemeine Zustimmung, auch am Bundesratsstisch.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Abg. Weinhausen (Sp.):

klagt über die zu lange Arbeitszeit der Unterbeamten der Hauptkassentanz in Groß-Lichterfelde.

Generalmajor Wild v. Hohenborn

bestreitet, daß sich die Arbeitszeit dieser Beamten regeln ließe.

Beim Kapitel „Kommandanten“ beantragte das Zentrum, die Kommandanten in Karlsruhe, Darmstadt und Königsberg wieder zu streichen.

Generalmajor Wild v. Hohenborn

bittet, die Kommandanturen aus militärischen Gründen und Rücksichten auf die Residenzstädte wiederherzustellen.

Der badische Gesandte Graf Vertheim, der heilige General Leudhart v. Weizsäcker und der württembergische General v. Graevenitz bitten gleichfalls, die Kommandanturen bestehen zu lassen und die geforderten Zulagen zu bewilligen.

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Es handelt sich um die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes, wie ihn unsere Verträge vom Vorjahre geschaffen haben. Der Reichstag muß darauf achten, daß an seinen Entscheidungen nicht gerüttelt wird. (Lebhafte Bravo!)

Der Antrag des Zentrums wird gegen die Rechte und die Nationalliberalen angenommen.

Es folgt das Kapitel „Waffenwesen“ und „technische Institute“.

Auf Antrag des Abg. Ledebour (Soz.) werden die Fragen der Rüstungsindustrie

besonders behandelt.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die deutsche Rüstungsindustrie arbeitet gegenwärtig mit einem nominalen Kapital von 255 oder, wenn die beschlossenen Erhöhungen durchgeführt werden, von 270 Millionen. In Wahrheit sind ihre Aktien mindestens eine halbe Milliarde wert. An diesem Rüstungskapital sind hauptsächlich Krupp, der Loewekonzern und der Pulvertrust beteiligt. Der frühere Direktor von Krupp ist bekanntlich gegenwärtig Vorsitzender des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Der jetzige Vorsitzende des Krupp-Direktoriums war früher Vortragender Rat im Finanzministerium. Syndikus der Krupp ist ein Bruder des Generals Wandel, der verurteilte Direktor Secius war früher im auswärtigen Amt tätig. Direktor Eger von Krupp war früher Dezernent im Kriegsministerium. Von dem Vizeadmiral a. D. Sad sagt die konservative Zeitschrift „Der Türmer“, es schide sich nicht für einen pensionierten Admiral, die Aufsichtsratsstellung bei einer Firma zu übernehmen, mit der man als Dezernent jahrelang zu tun gehabt habe. Admiral a. D. Sad ist gleichzeitig im Aufsichtsrat Krupp und von der Waffen- und Munitionsfabrik (Loewe-Konzern) und von den Köln-Rottweiler Pulverfabriken. Weder im Handel noch in der Korruption beschränkt sich Krupp auf Deutschland. Er ist ein Akteur des internationalen Waffenhandels,

der internationalen Sprengstoffindustrie, der Motorindustrie Daimler und des internationalen Unternehmens der Kriegsinstrumente, der optischen Werke von Goerg. In dem internationalen Panzerplattentrust und der internationalen Munitionskonvention spielt Krupp die erste Rolle. Die Konkurrenz zwischen Krupp und der Dillinger Hütte, von der früher viel die Rede war, ist längst durch ein Kartellverhältnis abgelöst worden. Die alten engen Beziehungen zwischen Krupp und Stoda in Bissen sind seit 1903 in ein wirkliches Kartell- und Konzernverhältnis verwandelt, das sich auf den Austausch aller Patente erstreckt. Seit Anfang 1904 sind Krupp-Stoda mit russischem und französischem Kapital, insbesondere mit Schneider in Creusot kartelliert. Dadurch sind sie auch an den bekannten Putzloff-Werken in Petersburg beteiligt. Die Putzloff-Affäre am Anfang dieses Jahres hat ja durch das Dementi- und Beschäftigungsspiel, durch die halbamtlichen und nichtamtlichen Ausreden und Fugendünkel einen Wild in die Deffous des internationalen Rüstungskapitals gesteuert. Die „Köln. Ztg.“ teilte am 31. Januar mit, es sei schon längst kein Geheimnis, daß Krupp mit den Putzloff-Werken seit langem im Zusammenhang stehe. Die „Deutsche Tagesztg.“ berichtete unter dem 6. Februar, die Stoda-Werke, also wieder Krupp, hätten nicht nur zwei russische Schiffswerften übernommen, sondern auch versucht, die Herrschaft über Putzloff zu gewinnen und verkündete am 9. Februar frohlockend, die Putzloffschen Geschäfte würden aus bestem Kruppischen Ziegelstein hergestellt. Daneben hat die Putzloff-Affäre den engen Zusammenhang der deutschen Rüstungsindustrie auch mit englischen, insbesondere Schöffelder und Birminghamer Rüstungsindustrie-Unternehmungen bewiesen.

Im Aufsichtsrat von Ehrhardt sitzt neben unserem allverehrten Geheimrat Dr. Paasche (Heiterkeit) der frühere Oberpräsident

v. Loebeck, jetziger preussischer Minister des Innern

(Stürmisches Hört! Hört!) und der Generalleutnant Ernst v. Richenau. Bei diesen Konnexionen konnte Ehrhardt die Konkurrenz mit Krupp schon aufnehmen. Aber sie entwickelte sich in kapitalistischer Manier. Nachdem Krupp durch Aktienkäufe jahrelang Ehrhardt an der dringend notwendigen Kapitalerhöhung gehindert hatte, hat sich Ehrhardt löblich unterworfen, Krupp und Ehrhardt sind jetzt ein Konzern.

Der Loewe-Konzern breitet sich über fast die ganze Welt aus. Das Stammhaus hat die Waffenfabrikation abgegeben. Aber diese wird betrieben von den deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, von der „Fabrique Nationale d'Armes de guerre“ in Herstal (Belgien), einem Unternehmen in Paris und einem in Brescia. Zum Loewe-Konzern gehört die Firma Gebr. Köhler, die nach Oesterreich, Italien, China, Japan usw. liefert. Der Loewe-Konzern steht in engen Beziehungen zur Sprengstoffindustrie, zum Kobeltrust, und damit auch zu den englischen Sprengstoffwerken. Salangs „Wörten-Jahrbuch“ für 1913 verkündet mit Stolz, daß Loewe mehr als 50 Proz. seiner Waffen an das Ausland abgesetzt hat. Ganz enge Beziehungen bestehen zwischen dem Loewe-Konzern und der berühmten österreichischen Waffenfabrik in Steyer. Loewe und Steyer sind Hauptbeteiligte an der neuen von der russischen Regierung genehmigten Aktien-Gesellschaft Parabellum (Rüste zum Krieg) in Petersburg, die sämtliche Erfahrungen und Patente dieser beiden Waffenfabriken den russischen Kriegsrüstungen zugute kommen lassen soll. (Große Bewegung.) Mit dem Loewe-Konzern wird der internationale Kriegstrust geschlossen, der ganze Erdball ist in

Interessensphären zur Exploitation des Völkermordes

in Enterteile genommen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) In hoch- und landesverräterischer Weise münzt das internationale Kriegskapital Gold aus der Zwittertracht der Völker.

Hinter dem Loewe-Konzern steht vom Bankkapital in erster Linie die jetzige 300 Millionen-Bank der Diskontogesellschaft und Schaaffhausen. Auch die Nationalbank und somit ihr Aufsichtsratsvorsitzender Wittig sind am Loewe-Konzern beteiligt. — Ueber den Pulvertrust ist bereits 1896 eine Schrift erschienen, aber sie ist vollkommen überholt, da inzwischen der Sprengstofftrust vollkommen internationalisiert worden ist. Die größte deutsche Pulverfabrik Köln-Rottweil ist hauptbeteiligt auch an der russischen Pulverfabrikation. Der Kobel-Trust und die Deutsche Dynamitgesellschaft haben einen vollkommen internationalen Zusammenschluß an Aufsichtsrat. Sie werden mit kein Land der Erde nennen können, das dieser Sprengstofftrust nicht beherrscht. Wir haben ja noch einige Fabriken außerhalb des Sprengstoffringes. Aber sicher sind auch dortin schon unterirdische Verbindungen hergestellt oder werden doch in absehbarer Zeit hergestellt werden. Leider kann man in Deutschland nicht die Frage beantworten, wie weit sich Aktienpublikationen usw. in den Händen der Bureaucratie, in den Händen von Offizieren und Parlamentariern befinden. In anderen Ländern, z. B. in England, ist das leichter, weil dort eine Offenlegung des Aktienbesitzes besteht. Nur dadurch war es möglich, in dem Karbonatandal hineinzuweisen. Es ist aber doch für einen Parlamentarier von großem Interesse, sich das Adressenbuch des Aufsichtsrats der verschiedenen Aktiengesellschaften anzusehen. Auch das Hinüberwechseln zwischen der Privat-

industrie und staatlichen Stellen ist gefährlich, nicht sowohl deswegen, weil die Privatindustrie dadurch die Möglichkeit zu Schleichwegen behält, Ergatterung von Aufträgen bekommt, sondern besonders deshalb, weil die Möglichkeit eines Avancements aus den staatlichen Stellen in die Privatindustrie korumpierend wirken muß oder doch wirken kann. Ich will natürlich keine Verdächtigung aussprechen, aber diese Gefahr liegt zweifellos vor. Auch von Herrn Erzberger ist ja das Hinüberwechseln des Direktors der Spandauer staatlichen Pulverfabrik in die Köln-Rottweiler recht unangenehm empfunden worden. Auch Ausländer sind in dieser wie in anderen Aktiengesellschaften Aufsichtsräte. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Panzerplattenfabrikation umfaßt ca. 20 Gesellschaften mit 100 Millionen Aktienkapital. Sie befindet sich wesentlich in den Händen der schweizerischen Firma Braun & Suter. Sehr interessant ist auch das Schiffbau-Stahlkontor, von dem der Direktor von Krupp geäußert hat. Wir können ja nicht hinter die Kulissen sehen. Man sagt, es soll die Preise möglichst niedrig halten. Wer's glaubt, wird selig. Trotz der Verschönerung eines Vertreters der Regierung, daß der Schiffbau-Stahltrust geschleitet sei, sehen wir die ganze monopolistische Entwicklung, die schon soviel Materielles zur Kartellierung der Schiffbauindustrie gewirkt hat, daß man wirklich nicht mehr zu wünschen braucht.

Bei der immer wichtiger werdenden Motorenindustrie kommen 30 Gesellschaften mit über 117 Millionen Nominalkapital in Betracht. Für die Luftschiffahrt gewinnt diese Industrie beständig an Bedeutung. Aber im Aufsichtsrat der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft sitzt ein Genfer. Die Daimler-Gesellschaft ist

vollkommen internationalisiert.

Genau ist die optische Kriegsinstrumente internationalisiert, besonders durch die Firma Goerg, die in London und Wien Tochtergesellschaften, in Petersburg, Brest, Paris Niederlassungen hat. Sie zeigt ganz den Typ des Loewe-Konzerns. In ihrem Aufsichtsrat sitzt auch Generalleutnant v. Liebert, ferner ein Hauptmann a. D., der früher Referent bei der Abnahme der Gewehrprüfungen war. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) In der deutschen Rüstungsindustrie ist kein fremder Staat vertreten, soweit es sich um die Generalkonsuln handelt. Der Direktor der Internationalen Diesel-Motoren-Gesellschaft ist gleichzeitig französischer Generalkonsul, der großbritannische Generalkonsul sitzt im Aufsichtsrat von Loewe und der A. G. Die Rüstungsindustrie ist aber nicht nur in der Produktion vorhanden. Es tritt noch die Internationale des Handels, auch die mit Patenten und Konstruktionen, und die Internationalität des Finanzkapitals hinzu. In der Deutschen Dieselmotorengesellschaft ist die Idee der Unternehmungen entstanden, die Augsburgische Gesellschaft hat aber die Unterlagen für die französischen Unternehmungen hergestellt. Das kann gar nicht wunder nehmen, da der Direktor Guggenheimer zugleich französischer Generalkonsul ist. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Rüstungshandel ist natürlich auch international. Aus Deutschland wurden im Jahre 1903 für 50 bis 60 Millionen Mark ins Ausland ausgeführt; doch das ist nur der kleinste Teil des Exports, da Panzerplatten, artilleristische Dinge usw. in Rücksicht auf die betreffenden Staaten in der Statistik nicht mitaufgeführt werden.

Loewe sendet mehr als 50 Proz. seines Umsatzes ins Ausland. Deutsche Waffen sind nach Mexiko

zur Unterstützung der Revolution

gegangen. Deutsche Gewehre wurden auch nach Mexiko geschickt, und haben dort dem Widerstand gegen England so außerordentliche Kraft verliehen. In der „Täglichen Rundschau“ vom 6. Februar sagt Generalmajor v. Paan, das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Rüstungsindustrie beruhe auf dem Vertrauen des Deutschen Reiches und wendet sich deshalb gegen die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, weil ihr dann die Kellame fürs Ausland genommen sein würde. (Hört! Hört! bei den Soz.) Ist ein höherer Gedanke denkbar? Der Mann fordert, daß das Deutsche Reich für diese Kriegserzeugnisse Rufname machen soll. Ich möchte doch auch fragen, ob es auf Wahrheit beruht, daß das neue französische Geschäft auf dem Umweg über Italien auf Deutschland gekommen ist. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen leider zu der resignierten Feststellung kommen, daß in bezug auf die technischen Fortschritte ein wohlorganisiertes internationales Clearing-System besteht. Im Aufsichtsrat der verschiedenen Gesellschaften sitzt der vielgerühmte Vizeadmiral Sad, er stellt

eine heilige Dreieinigleit

dar, sodas man sagt: „das geht alles in einen Sad.“ (Heiterkeit.)

Ich wende mich nun zu einem andern Gebiet, zu den Krupp-Prozessen. Ich erwarte ja wieder Disharmonien. Die Gerichte haben sich mit peinlicher Sorgfältigkeit auf das zur Beurteilung Stehende beschränkt, gar manches, was zur Sache gehört, wurde in den Verhandlungen zur Seite gelassen. Das Brandische Bureau ist nach den Feststellungen der Gerichte ein echtes Beschaffungsbureau gewesen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Oberstaatsanwalt sagte, daß schätzungsweise in den Jahren 1910 bis 1912 1600 durch Beschaffung erlangte Geheimberichte nach Essen gelangt seien. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber den Inhalt dieser Geheimberichte sagte der Oberstaatsanwalt, sie gäben eine Uebersicht über die gesamte Tätigkeit des Kriegsministeriums, der Feldzeugmeisterei und der Artillerieprüfungs-Kommission in allen Fragen der Beschaffung artilleristischer Materials. Der gesamte Verkehr innerhalb des Kriegsministeriums, mit den anderen Behörden, und mit den Lieferanten sei Krupp bekannt geworden, auch die Konstruktionen der Behörden und Privaten und die Ergebnisse der Versuche. Wenn also Krupp so eingehend unterrichtet war, daß ihm tatsächlich nichts unbekannt blieb, dann muß jeder, der nichts verheimlichen will, zugeben, daß man noch längst nicht alle Informanten Krupps ermittelt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat die Bedeutung dieser Korruption durch den Hinweis auf die geringfügigkeit der verteilten Summen zu bestreiten gesucht. Was haben denn die Gendarmen in Karlsruhe, was hat die Polizei in Köln und Frankfurt bekommen? Doch nicht weniger, als die Herren aus dem Kriegsministerium. Das Besondere ist eben heuteutage in Deutschland noch ziemlich billig. (Unruhe rechts.) Der Fortschritt wird sich schon darin zeigen, daß die Beamten allmählich in Preise steigen. (Unruhe links.) Der Kruppfall hat eine Fäulnis nicht nur an der Peripherie gezeigt, wie die neuesten Voltegeandale, sondern

die beginnende Kernfäule der Militär- und Marineverwaltung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Ministerium des Innern selbst ist bisher keine Voltegekorruption nachgewiesen worden, wohl aber im Inneren der Heeresverwaltung. Daß meine Angriffe den Kriegsminister v. Heeringen nicht treffen sollten, habe ich schon in meiner ersten Rede deutlich genug gesagt. Leider hat die Marineverwaltung in der Aufdeckung der Schäden nicht die gleiche Energie entfaltet, wie die Heeresverwaltung. Aber wer mag heute noch zu behaupten, daß es sich um Verfehlungen untergeordneter Beamter gehandelt hat? Direktor Secius ist mitverantwortlich, die übrigen Direktoren von Krupp nicht vereidigt worden. Das ganze Direktorium von Krupp hat das verabschiedete Uebel der Korruption gekannt und gebilligt. Man hat den Direktor Koetiger zu verteidigen gesucht damit, daß der Mann an dessen Vernehmung er beteiligt gewesen sei, freigesprochen worden wäre. Aber dieser Freispruch ist nur wegen Verjährung erfolgt, an Koetigers Schuld hat sich nichts geändert. Jedensfalls hat die Direktion von Krupp den französischen Brief von Brand bekommen, in dem er mitteilte, es sei ihm gelungen, einen Mann seines Vertrauens in die Artillerie-

Prüfungskommission hineinzubringen, und hat nicht gegen Brand unternommen. Das zeigt die

#### Bereitschaft zur äußersten Korruption.

(Sehr wahr!) Das Kruppische Traktierensystem scheint jetzt abgestellt zu sein, es bleiben seine engen Beziehungen zur Presse, insbesondere zum „Berliner Lokal-Anzeiger“ und zum Wolff-Bureau. Auch die „Stolle Belge“ und italienische Zeitungen hat Krupp gekauft. Der Fall Wagnemann zeigt einen Kruppischen Viteraten, der sich den Schein der Unabhängigkeit gab. 1910 hatte das Kruppische Nachrichtenbureau die neuesten, noch kaum ausgearbeiteten Schiffspläne Österreichs, ebenso einen Besetzungsfall in Argentinien. 1911 eine recht unangenehme Sache in Schweden. Trotz alledem haben sich eine Humange Kruppverteidiger gefunden. Man sagt nicht mehr right or wrong, my country (gut oder schlecht, mein Land hat recht), sondern right or wrong, my money (gut oder schlecht, mein Geld hat recht). Nach meiner ersten Krupprede erklärten die Abgg. Götting und Pfeiffer: wenn auch nur ein kleiner Teil meiner Behauptungen wahr wäre, sei der Skandal un-geneuer.

#### Es war alles wahr und noch mehr

und trotzdem konnte im größten Teil der Presse und des Parlaments die Krupphege sich ausbreiten. Der nationalliberale Herr Schiffer verkündete hier die Moral der Rhinogerochaut und die beiden Brüder Wittkowski formulierten die Kruppnominal in ihrem reinsten Wesen. Der eine Bruder, der Bankdirektor Richard Wittling, erklärte, daß zwischen Staat und Rüstungsindustrie eine Symbiose (Gemeinschaftsleben) bestünde, und der Bruder Maximilian Warden sagte in einer Kölner Rede: „Man muß lügen, noch viel mehr lügen im Interesse des Vaterlandes, des Reiches.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehr geschmackvoll hat dann an Kaiser's Geburtstag Herr Krupp v. Bohlen-Halbach verkündet, nicht Profitgier, sondern das Bewußtsein der Verantwortung für das Gemeinwohl sei der Leitstern des Kruppischen Unternehmens. Des Unternehmens, das alle Feinde Deutschlands mit Waffen versorgt, und im letzten Jahre nicht weniger als 4 Millionen Leberstück bei 20 Millionen Abschreibungen erzielt hat. Wie es nur eine Jungfräulichkeit gibt, so gibt es nur eine Korruption. Der Kruppandal hat auch die deutsche Justiz und die öffentliche Meinung ver-unreinigt und damit viele bisherige Hemmungen gegen Beamtenbestechung beseitigt. In die Reichskasse sind im letzten Jahre

#### 3000 Mark Schmiegelber unbekannter Geber

geflohen, die von den Empfängern nicht angenommen worden sind. Mir Reicht hat dazu die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt, man dürfe sich über die Ausbreitung der krankhaften Erscheinungen nicht länger täuschen.

Wie vorständnisvoll die Gerichte neuerdings auf die kapitalistische Psychologie eingehen, zeigt die Verurteilung des Herrn v. d. Goltz zu nur drei Monaten Festungshaft wegen Verrats militärischer Geheimnisse. Man hat ihm sagte gehalten, daß er die Firma Ehrhardt dadurch leistungsfähiger machen und dadurch dem Reiches nützen wollte. So unterstützt man die Spekulation der Privatindustrie auf die gefährliche „Sachkunde“ der Offiziere. Ein besonderer Korruptionsheld ist die Firma Goertz. In einem Urteilstück, das bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin II liegt, hat der Direktor der militärischen Abteilung von Goertz eidlich ausgesagt, man müsse bei den Geschäften

#### ein Gummierzeug

haben, und ein anderer Direktor „Geschmiert wird überall“. Goertz hat den Abnahmebeamten regelmäßig Busen-nadeln und Apparate geschenkt. Ueber die Bestechung des Rechnungsrats Martini im Kriegsministerium und eines Leutnants der Gewehrprüfungscommission hat der Direktor von Goertz die Aussage verweigert, weil er sich sonst einer Strafverfolgung aussetze. Die Bestechungssumme beträgt etwa 200 M., trotzdem hat sich die Staatsanwaltschaft gewiegert, einzuschreiten. Bei den Panoramafertigkeiten ging die Firma Goertz wegen der Konkurrenz mit der Firma Jech um 100 M. von ihrer ursprünglichen Forderung 600 M. pro Stück zurück. Da es sich um 10 000 Stück handelte, hatte sie das Reich um 10 Millionen begaunern wollen. Uebrigens betragen die Selbstkosten nur 200 M. Es ergibt sich daraus, daß das Reich um viele Millionen geschädigt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem hat die Militärverwaltung wieder dieser Firma Aufträge erteilt.

Die Profitten der Firma Siemens-Schuckert sind durch die Bestechung japanischer Offiziere an den Tag gekommen. Der Staatsanwalt konsultierte einen Brief, der der Firma sehr unangenehm werden könnte, dieser Brief blieb aber in dem Geheimnisraum des Staatsanwaltes und wurde der Verteidigung und dem Gericht entzogen. (Präsident Kaempf: Dieser Vorwurf gegen die Staatsanwaltschaft ist merkwürdig. Ich rufe Sie zur Ordnung.) Ich betone nur, daß dies der Schlüssel des staatsanwaltschaftlichen Vorgehens war. Im Lillian-Prozess sagte ein Kriegsgerichtsrat, man hätte denken müssen, nach meinem Auftreten im Reichstage, es handelte sich um eine große Korruption bis zum Kriegsminister hinauf. Nur, unter den Aspiranten auf den Posten des Kriegsministers wurde sehr ernsthaft der

#### General v. Lindemann

erwähnt, der im Februar gestorben ist und dessen Familie nach seinem Tode ein Beileidstelegramm des Kaisers erhielt. In den Akten der Konkursache gegen Lindemann finden Sie, daß dieser Herr einen einträglichen Handel mit der... (Große Unruhe rechts, Präsident Kaempf: Es ist nicht Gebrauch des Hauses, Toten derartige Vorwürfe zu machen. Lebhafter Bravo! rechts.) Ich bedauere unendlich, daß der Herr nicht mehr lebt, ich hebe aber hervor, daß er einen

#### einträglichen Handel mit der Gmß Sr. Majestät

getrieben hat, indem er Titel und sonstige Gunst-bezeugungen... (Präsident: Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung und erlaube Sie, den Gegenstand zu verlassen. Lebhafter Beifall rechts.) Ich kann Ihnen die Abschrift eines Schreibens dieses Herrn vorlegen (Lebhafter Beifall rechts, Glocke des Präsidenten), ich habe das Recht und die Pflicht, Dinge, die das öffentliche Interesse berühren, aufzudecken. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, wo öffentliche Interessen in Frage kommen, muß jede Korruption aufgedeckt werden. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben als Deutsche ein Recht darauf, daß die deutsche Industrie im Auslande ein Ansehen genießt und daß sie mit honorarigen Mitteln arbeitet.

Ueber die internationale Politik des Rüstungskapitals wäre noch manches zu sagen. Ich will es mir versagen und auch nicht darauf eingehen, daß die Förderung ausländischer Rüstungen durch die deutsche Industrie stets auch wieder die einheimischen Rüstungen vorantreibt. Daß die Kriegsindustrie goldene Früchte trägt, ist ja eine längst bekannte Tatsache.

In der ersten Kriegsgeschäftsverhandlung gegen Krupp hat der Anklagevertreter stellvertretend Well gesagt, die ganze Affäre rieche sehr Roter gegen den Wind nach Besetzung. Seit jener Verhandlung hat sie nicht angefangen besser zu riechen, wohl aber haben Sie Ihre Kassen weniger empfindlich gemacht. Sie können diesen Versuch jetzt vertragen und so mag denn der Kriegsminister jetzt aufstehen und seine Verteidigungsrede schmettern zur höchsten Ehre der deutschen Rüstungsindustrie und der Firma Krupp. (Weiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Präsident Kaempf

ruff den Redner wegen mehrerer aus dem Stenogramm ermittelter Feinheiten noch mals zur Ordnung.

#### Kriegsminister v. Falkenhahn:

Ich habe nicht die Firma Krupp zu verteidigen und nicht die Rüstungsindustrie, die der Abg. Liebknecht an den Franzosen ge-  
heißt hat und die für Deutschland seit 43 Jahren haben den Frieden erhalten helfen. Nach meiner Meinung hätte es weder Zweck noch

Berechtigung, die Vorwürfe vom vorigen Jahre wieder zu erheben. Durch die Prozesse vor offenen Türen steht vollkommen fest, daß es sich gehandelt hat auf der einen Seite um unläuterer Wettbewerb, auf der anderen Seite um schwere Ver-fälle gegen die Beamtendisziplin, aber von Hoch- und Landesverrat hat sich nicht die geringste Spur gezeigt. (Lieb-necht: Nie behauptet!) Ich bitte um Verzeihung, durch diesen Hinweis gelang es im vorigen Jahre, die große Aufmerksamkeit zu erregen. (Liebknecht: Unwahr! Glocke des Präsidenten.) Einige Angehörige der Heeresverwaltung, darunter nur wenige Beamte des Kriegsministeriums — mit der Kernkasselle ist es also nicht weit her — haben sich vergangen, aber ich bin fest überzeugt, daß sie sich der Tragweite ihrer sätweren Ver-fälle nicht bewußt waren. Alle Beteiligten sind zur Ver-antwortung gezogen worden. (Liebknecht: Nein!) Alle Be-teiligten, die wir kennen, und sie werden ihr Leben lang an dem zu tragen haben, was sie sich einge-rühret haben. Seitens der Heeres-verwaltung ist alles geschehen, was geschehen konnte, um einer Wiederholung solch bedauerlicher Einzelfälle vorzubeugen. Warum man diese jetzt wieder zur Sprache gebracht hat, das verstehe ich nicht. (Sehr wahr! rechts.) Ich habe es auch schon voriges Jahr nicht verstanden (Große Heiterkeit links), denn der Abg. Liebknecht hat doch selbst zugehanden, daß mein Amtsvor-gänger alles Menschensmögliche getan hat. Nachteile sind aus diesen Reden in Menge erwachsen, die deutsche Industrie wird es in ihrem Ab-satz nach dem Auslande spüren. (Jurist rechts: Die Arbeiter auch, Frankreich hat den Nutzen!) In Deutschland ist der Ruf der Firma Krupp viel zu sehr gedrückt, als daß irgend-welche Versehen und Vergehen ihn erschüttern könnten. Aber im Auslande werden genug Konkurrenten in diese Kerbe hauen und Vorteil daraus ziehen. Das Haus Krupp, das schon manchen schweren Schlag überstanden hat, möge durch Solidarität und Lichtig-keit auch diesen Schlag überleben. Das ist zu wünschen, nicht nur im Interesse der Firma, sondern vor allem im Interesse der 80 000 Menschen, denen sie Brot gibt. (Lachen bei den Sozialdemo-kraten.) Der Redner hat dann noch Angelegenheiten eines Toten verführt. Der Präsident hat die Form schon getügl, in der es geschah. Ich kann nur noch bedauern, daß ich das habe mitanhören müssen. (Beifall rechts.)

#### Generalmajor Bild v. Hohenborn:

Ueber die Angelegenheit der Firma Ehrhardt sind wir informiert. Was der Abg. Liebknecht dazu sagt, ist gleichgültig. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich spreche hier als Stellvertreter des Kriegsministers. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Und Dr. Liebknecht als Reichstags-abgeordneter!) Ich gehe auf den Antennenkönig von Firmen nicht näher ein. Vielleicht war das eine fleißige Zusammenstellung für die Rüstungskommission, der Dr. Liebknecht dann aber auch seine dokumentarischen Beweise unterbreiten muß, von denen er so geheimnisvoll gesprochen hat. (Unruhe bei den Sozialdemo-kraten.) Er hat behauptet, daß er nicht weiß, in wessen Händen die Akten der Rüstungsindustrie befinden. Er weiß es nicht, wir wissen es nicht, es weiß niemand. (Weiterkeit rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wieweil durch die deutsche Waffen-industrie das Nationalvermögen gemindert ist, wieviel Arbeiter ihr Brot dabei gefunden haben, davon hat Herr Liebknecht kein Wort gesagt. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr gut! rechts.) Für die deutsche Heeresverwaltung ist stets nur die Rücksicht auf die Schlagfertigkeit des Heeres maßgebend gewesen. Kein alter Kamerad Wangemann ist absolut inaktiv. Er bezieht ein Gehalt von Krupp, schreibt aber absolut sachlich und unabhängig von der Firma. (Jurist: Die ihn bezahl!) Im Fall Götz hat eine Schäb-lung des Reiches absolut nicht stattgefunden. Herr Liebknecht hat einen bewährten Beamten des Kriegsministeriums ohne jeden Be-weis angegriffen. Die Unantastbarkeit unserer Offiziere und Be-amten war unser Stolz. Einzelne sind jetzt gestraucht und der Versuchung unterlegen, aber es ist doch kein Panama, und das deutsche Volk wird nie ein Panama dulden. (Bravo! rechts.) Zum Schluß noch die eine Frage: Glaubt jemand in diesem Hause, außerhalb der Sozialdemokratie, daß die heutige Rede des Abg. Liebknecht dem Vaterlande genützt hat? (Bravo! rechts. Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Erzberger (3.):

Im vorigen Jahre brachten wir eine Panfare vom Abg. Liebknecht, heute eine Chamade. Das zeigt, wo Recht und Unrecht liegt. Die Angriffe gegen einen Toten, die hier erhoben wurden, haben mit der Rüstungsindustrie gar nichts zu tun. Ich hoffe, daß dieses erste auch das letzte ist, daß im Deutschen Reichstag in der Weise Vorwürfe gegen einen Toten erhoben worden sind. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Die ganze Rede des Abg. Liebknecht war ein Rückzugsgesicht gegenüber seinen Behauptungen vom vorigen Jahre. Er behauptete damals, es handelte sich um ein Panama für die deutsche Industrie, und es hat sich um 1250 M. Bestehungs-gelder in 5 bis 6 Jahren gehandelt. Das ist ein glänzendes Zeugnis für die deutsche Industrie. (Beifall im Zentrum.) Herr Lieb-necht hätte sich die ganze Rede sparen können, wenn die Sozial-demokraten in die Rüstungskommission hineingegangen wären. Der „Vorwärts“ hat freilich die

#### niederträchtigsten und gemeinsten Angriffe

gegen die Rüstungskommission gerichtet, er bezeichnete die Mit-glieder als Hehler der kapitalistischen Korruption. (Jurist bei den Sozialdemokraten.) Das ist die größte Unverschämtheit, die mir je begegnet ist (Lebhafter Beifall im Zentrum), und wenn Sie durch Jurist den Vorwurf sich zu eigen machen, gebe ich Ihnen den Vorwurf der Unverschämtheit dreifach zurück. (Lebhafter Beifall im Zentrum. — Vizepräsident Dove ruff den Redner zur Ordnung.) Den Vorteil der Liebknechtschen Attacke wird die französische Rüstungsindustrie haben, den Nachteil die deutschen Arbeiter, denn 60 bis 80 Proz. der Summen für die Lieferungen ins Ausland sind Arbeiterlöhne. Die Firma Krupp ist auch nicht als reine Rüstungsfirma zu bezeichnen, zu 70 Proz. stellt sie Artikel für den Frieden her. Der von Liebknecht er-wähnte „Figaro“-Brief ist tatsächlich geschrieben und abgehandelt worden, aber der Adressat hat keinen Versuch gemacht, ihn in irgendeiner Zeitung zu bringen. Auch hat die Rüstungskommission festgestellt, daß der Brief nicht aus gewinnfährlicher Absicht geschrieben worden ist. Ich bin heute schon überzeugt, daß aus den Ergebnissen der Rüstungskommission sich die Leistungsfähigkeit und Ehrlichkeit der deutschen Industrie ergeben wird. (Lebhafter Bei-fall bei den bürgerlichen Parteien.)

#### Abg. Schulz (Rp.):

Aus der Nichtverurteilung des früheren Landrats Roetger kann man nicht schließen, daß ein Rakel auf ihn fällt.

#### Abg. Liebknecht (Soz.):

Ich habe nie von einer Korruption bis zum Kriegsminister hinauf gesprochen.

Es ist durchaus nicht richtig, daß über Verstorbenen hier nicht gesprochen werden darf. Wenn ein allgemeines Interesse dafür vorliegt, muß das sogar geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Abgeordnetenssaal hat das Zentrum selbst den Schalten Nebels heraufbeschworen. Also zupfen Sie sich an Ihre eigene Nase. Ich habe dokumentarische Beweise dafür, daß der „Figaro“-Brief tatsächlich unterschlagen worden ist. Aus welchen Gründen, kann sich der gesunde Menschenverstand sagen. Im übrigen habe ich niemals von Landesverrat bei der Firma Krupp gesprochen, wohl aber haben die Gerichte eine Gefährdung der Sicherheit des Reiches angenommen. Nur weil die Geheimnisse bei der Firma Krupp gut aufgehoben sind, lag Landesverrat nicht vor. (Abg. Erzberger: Sie haben den Talman mit Erfolg studiert!) Dann ist gesagt worden, es handle sich immer nur um Verfehlungen einzelner. Das ist natürlich richtig. Aber das Symptom kann nur erkennen, wer es erkennen will. Im übrigen kann doch nicht bezweifelt werden, daß an der Krupp-Affäre Offiziere beteiligt waren, daß sie beunruhigt worden sind,

und daß sie trotzdem Offiziere geblieben sind. Das gerade ging einem durch Rakel und Wein, weil wir früher so etwas bei deut-schen Gerichten nicht erlebt haben. Das ist eben ein Beweis dafür, wie diese Unmoral devoniert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Beschönigen Sie nur weiter. Schließlich ist auf das Interesse der Arbeiter an der Erhaltung der deutschen Rüstungsindustrie hingewiesen worden. Wenn Sie uns solche Rat-schläge geben, sind wir immer misstrauisch. Wir müssen für Reinhaltung sorgen, damit nützen wir dem deutschen Volk. Schließlich kommt es doch nicht auf den Anfang, sondern auf das Ende an. Wenn es wirklich einmal dazu kommen sollte, daß die Rüstungsindustrie verschwindet, die Arbeiter werden nicht hungern. Sie werden für bessere Zwecke arbeiten. Und dann führen wir den Kampf ja nicht allein, sondern er wird auch von unseren Bruderparteien in England und Frank-reich geführt. Wir wissen eben, daß das Uebel nicht allein in Deutschland vorhanden ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Generalmajor Bild v. Hohenborn:

Der Abg. Erzberger hat recht, die erste lange Rede des Abg. Liebknecht war zu drei Viertel ein Rückzug. Jetzt hat Dr. Lieb-necht das fehlende Viertel nachgeholt. (Stürmische Heiterkeit.)

#### Abg. Liebling (Sp.):

Wir haben ein sehr gutes Gemissen gegenüber Liebknechts Vorwürfen. Wir haben es schon immer als sehr bedenklich be-zeichnet, wenn pensionierte Offiziere hohe Einnahmen aus Privat-stellungen beziehen und besonders den Monopolfirmen der Rüstungs-industrie ihre angebliche bestehende „Sachkenntnis“ zur Verfügung stellen. In dem Absatz der Rüstungsindustrie ins Ausland ver-mögen wir indessen nichts Verwerfliches zu erblicken. In der Rüstungskommission arbeiten wir ruhig und leidenschaftlos alle Zweifelstrogen durch.

#### Abg. Erzberger (3.):

Die zweite Rede Liebknechts war ein Rückzug nicht mehr mit Kanonen, sondern mit Anallehrchen. In der Schiffbauindustrie be-steht kein Kartell und im Marineamt keine Korruption. Liebknechts Material gegen Goertz stammt von einem entlassenen Beamten (Lebhafter Widerspruch Liebknechts) und ist falsch. Das Vorgehen des Abg. Liebknecht schädigt sehr schwer deutsche Arbeiterinteressen. Die Verstaatlichung der Kriegs-industrie ist unmöglich. Die ausländischen Sozialdemo-kraten gehen längst nicht so gebätigt gegen ihre Waffenindustrie vor. (Lebhafter Beifall rechts, lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

An dem guten Willen des Abg. Liebling habe ich nie gezweifelt. Uns kommt es nie darauf an, Verfehlungen einzelner Personen zu enttüllen, sondern soziale Schäden aufzudecken, die aus dem Wesen der herrschenden Klassen fließen.

Die Rüstungsindustrie zu schädigen, ist in unseren Augen ein Ver-dienst. Die Arbeitskräfte könnten in einer für die Allgemeinheit viel nützlicheren Weise beschäftigt werden. Wir beschäftigen dreimal soviel ausländische Arbeiter als überhaupt durch Einstellung der Rüstungsindustrie arbeitslos werden könnten. Was also über den drohenden Schaden für die deutschen Arbeiter der Rüstungsindustrie gesagt worden ist, war ein müher nationalökonomischer Gallimathias. (Weiterkeit.) Der Vertrittung mag bestehen oder gelichtet sein, man hat dort genau so zu arbeiten ver-lucht wie gegenüber der Militärverwaltung. Auch in der Marine-verwaltung hat man bereits gegen zwei Beamte der Zentrale ein-schreiten müssen. Trotzdem leugnet man hochmütig jede Korruption. Im Fall Goertz treibt Herr Erzberger ungläubliche Spiegelscherelei. (Glocke des Präsidenten.) Goertz ist infolge der Konkurrenz um 150 M. zurückgegangen, nachdem er vorher das Reich zu schädigen versucht hat. Aus den Akten der Goertzprozeß geht ja alles hervor; man braucht ja nur die Akten von der Staatsanwaltschaft einzu-fordern.

Meine Reden sollen — darin sind sich meine Gegner einig — Krupp, die deutsche Industrie und die Arbeiter schwer geschädigt haben. Aber Krupp hat im Jahre 1913 einen Hebererück von 63 Millionen erzielt! Der arme Höchstbesteuerter in Deutschland! Ja, dem darf man natürlich kein Haar krümmen!

Als gelehriger Schüler des Grafen Westarp hat Erzberger von meiner saluberristischen Art gesprochen. Seine Verteidigung Krupps hatte so wenig Wahrheit und Vernunft wie ich jüdisches Blut in mir. (Sehr gut.) Wenn Erzberger bezweifelt hat, daß meine ausländischen Parteigenossen die Rüstungsindustrie so einschneiden bekämpfen wie wir, so lese er die Schriften und Artikel meiner Freunde Roziet in der „Humanität“ und Tzen, besonders die Bücher des letzteren, der die Rüstungsindustrie die internationale Verflechtung einer internationalen Räuberbande nennt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) lege ich Herrn Erzberger ans Herz. Wenn Sie mit allen solchen Winkelzügen meine „Niederlage“ konstruieren wollen, so erweisen Sie sich dadurch nur als Mittäthäter und Hehler der schamlosen Rüstungskorruption! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Präf. Kaempf ruff den Redner zur Ordnung.

#### General Bild v. Hohenborn:

Herr Liebknecht hat kein Gefühl dafür, wie schwer er die her-vorragendste deutsche optische Firma schädigt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Nach persönlichen Bemerkungen Erzbergers und Liebknechts verläßt das Haus die Weiter-beratung des Militärretals auf Dienstag 11 Uhr.

#### Schluß 9 1/2 Uhr.

## Verbandstag der Lederarbeiter.

Der Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands hält gegenwärtig in Berlin seine 15. ordentliche Generalversammlung ab. Sie wurde am Sonntag durch Begrüßungsreden eröffnet, denen ein Kommerz zu Ehren der Tele-gierten folgte.

Am Montag begannen im Gewerkschaftshause die Verhand-lungen des Verbandstages. Anwesend sind 47 Delegierte, 7 Gau-leiter, 5 Vorstandsmitglieder, zwei Vertreter der Lederarbeiter Österreichs. — Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutsch-lands ist durch den Genossen Bauer, die Berliner Gewerkschafts-kommission durch Genossen Ritter vertreten.

#### Dem Verbandstage liegt der

#### Geschäftsbericht des Vorstandes

für die Jahre 1911—1913 vor. Der Bericht läßt erkennen, daß die Mitgliederbewegung in diesen drei Jahren einen ständigen Fort-schritt gemacht hat. Selbst in dem Krisenjahre 1913 ist die Mit-gliedergahl noch gestiegen. Ende 1910 hatte der Verband 14 83 Mitglieder. Diese Zahl war bis Ende 1913 auf 18 481 gestiegen Die Zunahme beträgt 1922, das sind fast 11 Proz. In der Ge-schäftsperiode 1908—1910 betrug die Zunahme 50,39 Proz. All-heit der wirtschaftliche Niedergang der letzten Jahre zwar keine Rückgang der Mitgliederzahl, aber eine erheblich geringere Steige-rung als in früheren Jahren zur Folge gehabt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 950 auf 2055, die der männlichen von 13 900 auf 14 396 gestiegen. — Auch die Massenverhältnisse haben sich in der Berichtszeit in erfreulicher Weise verbessert. In den drei Jahren betragen die Einnahmen 1 461 147 M., die Ausgabe 1 356 807 M. Das Vermögen des Verbandes ist von 128 731 M auf 233 071 M. gestiegen. Auf den Kopf der Mitglieder berechnt ist das eine Vermögenssteigerung von 9,35 M. auf 14 M. In den drei Jahren der Geschäftsperiode fanden 275 Streik-Ausperrungen und Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung statt. Diese Bewegungen erstreckten sich auf 361 Betriebe und 20 285 Ar-beiter und Arbeiterinnen. Von der Gesamtzahl der Lohnbewe-gungen verliefen 229 ohne Kampf, während 46 Bewegungen Streik und Aussperrungen zur Folge hatten. An diesen waren 177 S

triebe mit 3008 Beschäftigten beteiligt. Die Lohnbewegungen ohne Kampf erstreckten sich auf 414 Betriebe mit 11468 Beschäftigten. Die Erfolge der gesamten Lohnbewegungen waren für 5021 Personen Verkürzungen der Arbeitszeit von durchschnittlich fast zwei Stunden wöchentlich. Für 13 557 Personen wurden Lohnherabsetzungen erzwungen, die sich im Durchschnitt auf 1,44 M. pro Person und Woche stellen. Die Streiks und Aussperrungen verursachten eine Gesamtverluste von 272 001 M.

Der Abschluss von Tarifverträgen ist in der Geschäftsperiode fortgeschritten. Ende 1910 bestanden 79 Verträge für 289 Betriebe mit 5377 Beschäftigten. Ende 1913 waren in Geltung 127 Verträge für 302 Betriebe mit 9089 Beschäftigten, von denen 7495 dem Verbande angehören. Demnach steht etwa die Hälfte der Verbandsmitglieder in Vertragsverhältnissen.

Die Verhandlungen des Verbandstages begannen nach Erledigung der einleitenden Formalitäten mit dem Rechnungsführerbericht des Vorsitzenden. Der Bericht wurde in einzelnen Abschnitten erörtert und diskutiert. Der erste Abschnitt umfaßt die

#### Agitation.

Der Verbandsvorsitzende Kahler-Berlin wandte sich gegen die in Mitgliederkreisen laut gewordene Annahme, daß die Kosten der Agitation zu hoch seien. Der Redner erklärte die Ansicht für irrig. Die Agitation sei der Jungbrunnen der Organisation, sie müsse deshalb gepflegt werden. Nicht nur um Mitglieder neu zu gewinnen, sondern auch um die bereits gewonnenen Mitglieder in den Ideen der Organisation zu festigen und der starken Fluktuation vorzubeugen. Es müsse hier auch die Frage der Abhaltung von Branchentagungen erörtert werden.

In der Diskussion zeigte sich, daß diejenigen, welche der Meinung sind, die Agitation sei zu teuer, hauptsächlich das gegenwärtige System der Hauzeinteilung und der Gauleiter als zu kostspielig betrachten. Aus dieser Ansicht sind mehrere Anträge entstanden, welche die Hauzeinteilung derart ändern wollen, daß die Zahl der Gauen, welche jetzt 9 beträgt, auf 4 oder 6 herabgesetzt werden. Ein Antrag will das Gauleitersystem ganz abschaffen, ein anderer verlangt, daß besoldete Gauleiter bis auf weiteres nicht mehr angehehrt werden. — Von den Diskussionsrednern traten nur einzelne für diese Anträge ein. Die meisten Redner wandten sich gegen dieselben und betonten, das System der Gauleiter habe sich als gut bewährt, daß sein Grund zu einer Veränderung vorliege. Eine Verringerung der Zahl der Gauen würde die Kosten der Agitation keineswegs verringern, denn die agitatorische Bearbeitung von 4—8 größeren Gauen würde ebensoviel Arbeit und Kosten verursachen als die Bearbeitung von 9 kleineren Gauen. Die Kosten der Agitation seien durchaus nicht zu hoch, sie ständen in angemessenem Verhältnis zu den Erfolgen, die ja nicht nur an der Zahl der neu gewonnenen Mitglieder gemessen werden dürfen. Man müsse berücksichtigen, daß eine planmäßige Agitation dem Verlust von Mitgliedern vorbeuge und zur Festigung der Organisation beitrage. Hervorgehoben wurde noch, daß in Worms, im Gebiet des Herrn v. Hehl, der Verband gute Fortschritte gemacht habe, obgleich die Getreuen des Herrn v. Hehl in der gewöhnlichen Weise jede Regung der modernen Arbeiterbewegung bekämpften. — Ferner wurde die Abhaltung von Branchentagungen von mehreren Rednern befürwortet.

Alle Anträge, welche sich auf Änderung des Gauleitersystems beziehen, wurden auf Antrag der Statutenberatungskommission abgelehnt. Mehrere Anträge, die sich auf eine auch vom Zentralvorstand aus praktischen Gründen befürwortete Veränderung in der Abgrenzung des Gaus 8 (Rheinland, Hessen) beziehen, wurden dem Zentralvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. — Beschlossen wurde noch, daß in sämtlichen Jahrestellen für alle Branchen wöchentliche Lohnstatistiken aufzunehmen sind.

## Aus der Partei.

#### Aus Stuttgart.

Am Freitag fand in Stuttgart die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, die außerordentlich stark besucht war. Ein Flugblatt, in dem zur Wahl einer anderen Parteileitung aufgefordert wurde und das durch die Post sowie auf Straßen und Plätzen verteilt worden war, hatte zweifellos zu dem starken Besuche beigetragen.

Den Vorstandsbericht erstattete der Vorsitzende Westmeyer. Sekretär Sullmer gab die nötigen Erklärungen zum Kassenericht.

In der Diskussion bemerkte, nach dem Bericht der „Schwäb. Tagwacht“, daß man mit dem Jahresabschluss im großen ganzen zufrieden sein könne, wenn man berücksichtige, in welcher Weise den Parteinstimmen selbst von einem Teile der Parteigenossen Schwierigkeiten gemacht werden. Dies im Verein mit der Krise habe einen größeren Fortschritt verhindert. Besonders geistelte Redner, daß sich Parteigenossen nicht scheuen, mit Hilfe der bürgerlichen Presse Zwischenhalt in unsere Reihen zu tragen. Dies zeige sich auch in dem Verteilen, gegen die Parteileitung gerichteten Flugblättern.

Erspüren wüßte den Inhalt des Flugblattes und seine Verteilung. Das Flugblatt propagierte offen den Sturz der alten Parteileitung. Die Macher des Pamphlets charakterisierten sich schon dadurch, daß sie nicht den Mut hatten, dies Maßwerk mit ihrem Namen zu deden. Bezeichnenderweise seien diese Flugblätter an dieselben Adressen versandt worden wie seinerzeit die gefälschten Stimmgelbe zur Gemeinderatswahl. Weiter habe man das Pamphlet auf öffentlichen Straßen und Plätzen sogar durch Nichtparteimitglieder verteilen lassen. Wegen einer lokalen Agitation für oder gegen die Parteileitung wolle niemand etwas einzuwenden haben diese Art der Agitation müsse jedoch wie Sprengpulver auf die Parteiorganisation wirken. Eine Spiegelskulptur so wie jene, die die bürgerliche Presse mit Heynotizen gegen uns verbreitet und deren Entlarbung eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Parteileitung sein muß, sie hätte die Interessen unserer Gegner nicht besser vertreten können. Wenn die Leiter dieser Sprengskulptur im Saale sind (Stürmische Jurufe: „Sie sind hier!“), dann frage ich sie, ob sie den Mut haben, ihre Tat zu verteidigen. Und die Genossen, die als Kandidaten auf diesem Flugblatt genannt sind, können die es mit ihrem Parteigenossen und ihrer Parteileitung vereinbaren, für diese Sprengskulptur so landüblichen? Ferner frage ich, wer bezahlt die Flugblätter? Wo sind die Adressen der? Und nun, Parteigenossen, schloß der Redner, wenn es unwürdig ist, eine Ueberzeugung zu haben, den Arbeiterfeinden feil gegenüberzutreten und die Interessen der Arbeiter rückwärts zu wahren, wie das Flugblatt uns unterstellt, dann bin ich stolz darauf, in diesem Sinne ein Unwürdiger zu sein!

Auf Antrag wird hierauf beschlossen, zuerst den auf dem Flugblatt genannten Genossen Gelegenheit zu Erklärungen zu geben.

Völliger gibt seiner Vermutung darüber Ausdruck, wie man das Flugblatt benutzt habe, um die Versammlung auszupeitschen. Nach einigen Bemerkungen zum Bericht erklärt Redner, daß er die Verteidigung des Flugblattes dem Verfasser selbst überlasse. Er halte es aber für seine Pflicht, zu landüblichen.

Steinmayer schließt sich vollständig der Erklärung an und schließt mit dem Worten: Die Verfasser des Flugblattes sind Waisenknaben gegen den Schreiber des Hungerbrotgesetzes! (Stürmische Entzündung, langanhaltende Erregung.)

Auf Antrag wurde die Debatte geschlossen und zur Wahl geschritten, und die Wahl des Vorsitzenden in einem besonderen Wahlgang vorgenommen. Vorgeschlagen wurden Pfleger und Westmeyer. Von 1151 abgegebenen Stimmen erhielt Pfleger 427, Westmeyer 715. Die anderen waren zerstückelt oder ungültig. Damit war Westmeyer gewählt. Das Resultat wurde mit großem Jubel aufgenommen.

Die Wahl der übrigen Mitglieder der Parteileitung hatte folgendes Resultat:

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Bielepp, Reutlingen. Für den

Von 1105 abgegebenen Stimmen erhielten Stimmen: Crispian 784, Ködel 714, Schumann 719, Johannes Müller 702, Böhm 758, Steinmayer 306, Heintze 344, Banghof 333, Grotenberger 358, Dauter 342, Frau Werner 108. Die fünf Ersten genannten sind somit gewählt. Die Namen der sechs Zeitgenannten standen auf der Liste, die in dem Flugblatt abgedruckt war. 37 Zettel waren ungültig, 20 zerstückelt.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Der „unmöglichste“ Verfasser.

Seit der Tätigkeit des jetzigen polizeilichen Preßbezirksamtes erfreut sich die „Bergische Arbeiterstimme“ in Solingen der besonderen Beachtung der königl. Staatsanwaltschaft in Elberfeld. Keine Woche ohne eine neue Anklage. Augenblicklich schweben nicht weniger als vier Klagen, wovon drei gegen zwei Redakteure unseres Solinger Parteiblattes angehängt wurden: gegen den Verantwortlichen und den „unmöglichsten“ Verfasser. Am Freitag wurde eine Sache bereits abgeurteilt. Die „Arbeiterstimme“ hatte vor einiger Zeit das in nicht öffentlicher Sitzung gefällte und noch nicht rechtskräftig gewordene Urteil des Solinger Schöffengerichts, das der Walder Verwaltungsbehörde eine Abfuhr in ihrer Behandlung der „Arbeiterjugend“ erteilte, im Wortlaut veröffentlicht. Darauf erhob die Staatsanwaltschaft zunächst Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Mikkel, ließ bei ihm eine Hausdurchsuchung und Leibesvisitation vornehmen, die ohne Erfolg blieb und erhob dann auf Grund der Meldung des hauseigenden Schuhmanns auch Anklage gegen den Genossen Christmann als den „unmöglichsten“ Verfasser. Die Aussagen des Schuhmanns vor der überfelder Strafkammer waren aber so bedenklich, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des „unmöglichsten“ Verfassers beantragte. Aber Strafe muß sein, und darum wurde der Verantwortliche zu 25 M. Geldstrafe verurteilt, trotzdem das abgedruckte Urteil einige Tage nach der Veröffentlichung rechtskräftig geworden war.

## Gerichtszeitung.

#### Alle Unteroffiziere beleidigt.

Wegen Beleidigung der Unteroffiziere der preussischen Armee stand gestern der Hofmeister Hans Jaeger vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II. Es handelte sich um ein kleines Nachspiel zu der Babern-Affäre.

In der Schwarzschaffischen Maschinenfabrik zu Wilbau bei Königsbrunn ist der frühere Polizeiergentant Wilhelm Neumann als Führer angestellt. Als sich dieser am 8. September v. J. mit mehreren Arbeitern in seiner Führerstube befand, kam auch ein Angeklagter in die Stube und fing ein Gespräch über die Ereignisse von Babern an, wobei er sich sehr erregt über die Haltung des dortigen Militärs den Zivilpersonen gegenüber äußerte. Er soll erklärt haben, nach seiner Meinung verdiene der „Babern-Leutnant“ nach Art seiner Kinder übergelegt und verprügelt zu werden und dann soll er die Unteroffiziere im allgemeinen mit hart beleidigenden Ausdrücken charakterisiert und gesagt haben: „Diese Lumpen hätten früher nichts zu essen gehabt und als Anechte auf dem Lande gedient und jetzt finden sie ihr Vergnügen daran, gebildete Leute, wie die Einjährigen hoch seien, zu treten und zu schürzen.“ Herr Neumann vertrat sich sehr energisch solche allgemeinen Beleidigungen der Unteroffiziere und wies darauf hin, daß er selbst dem Unteroffiziersstande angehört habe, während der Angeklagte überhaupt nicht gedient habe. Darüber kam es weiter zu Auseinandersetzungen, in denen der Angeklagte nochmals die Unteroffiziere herabsetzend charakterisierte. Darauf erstattete Herr Neumann Strafantrag. Das Schöffengericht verurteilte den mit 400 M. Geldstrafe vorbehafteten Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis wegen öffentlicher Beleidigung der Unteroffiziere.

In der von dem Angeklagten angerufenen Verurteilung ist es zu behaupten, daß er, der ein durchaus patriotischer Mensch sei, die beleidigenden Ausdrücke, zu denen er sich in der Erregung habe hinreißen lassen, keineswegs auf die Unteroffiziere im allgemeinen, sondern nur auf die Soldatenmörder bezogen habe. — Rechtsanwält Ernst Schwarz bestritt, daß es sich um eine öffentliche Beleidigung handle. Wenn der Angeklagte bei der damaligen allgemeinen Erregung über die Babern-Affäre in der geschilberten Weise entleert sei, so sollte man ihn doch nicht ins Gefängnis schicken, sondern berücksichtigen, daß die beleidigenden Ausdrücke nicht etwa in einer öffentlichen Versammlung, sondern innerhalb der vier Wände einer Führerstube gefallen seien. Das Gericht ermäßigte aus gleichen Erwägungen die Strafe auf 200 M. Geldstrafe.

#### „Dr. Alexander“ unter der Anklage des Meineids.

Gegen den in Köln in Haft befindlichen Thormann wird auch Anklage wegen wissenschaftlichen Meineids erhoben werden. Da sich in dem Ermittlungsverfahren herausgestellt hat, daß er in mehreren Prozessen als Zeuge aufgetreten ist, bei der Angabe seiner Personallisten sich als „Dr. Alexander“ bezeichnen und diese Angabe mit seinem Vornamen betätigt hat. Hierin liegt natürlich ein wissenschaftlicher Meineid. Ihm steht allerdings der Strafrahmen § 157 Abs. 1 Str.G.B. zur Seite, nach welchem eine Strafmäßigung eintritt, wenn sich ein Zeuge durch die wahrheitsgemäßen Angaben selbst einer strafbaren Handlung hätte begünstigen müssen. — Gegen Thormann wird vorwiegend Anklage wegen 11 verübter Vergehen und Verbrechen erhoben werden. Er ist jetzt völlig niedergebrosen, nachdem er erfahren hat, daß seine Frau gegen ihn die Klage auf Nichtigerklärung der Ehe erhoben hat. Im Sonnabend begann er in seiner Zelle zu toben und zu schreien. Ob der aufreuchliche Verdacht, Thormann simuliere jetzt Geisteskrankheit, zutrifft oder nicht, wird die eingehende Beobachtung seines Geisteszustandes ergeben.

#### Die in hohen Kreisen gewandt wird.

Einem interessanten Einblick in die Lebensführung „höchster“ Herrschaften bot eine Duisburger Strafkammerverhandlung. Wegen Betrugs usw. angeklagt war der in Hensburg im Jahre 1888 geborene Sekretär Hubert Peterfen aus Berlin. Als Zeuge geladen war u. a. der frühere Leutnant und jetzige Kaufmann Wilhelm v. Plessen. Sohn eines Adjutanten des Kaisers, Generalsobers v. Plessen. Peterfen hat ein bewegtes Leben hinter sich. Bereits mit 18 Jahren war er Privatsekretär des Sohnes eines deutschen Admirals. Mit diesem reiste er nach Amerika und lebte nach dessen Bekehrung nach Berlin zurück. Hier machte sich der Angeklagte selbstständig und kaufte von seinem ersparten Gelde mehrere Cafés und Bierlokale. Wenn etwas daran zu verdienen war, machte er auch Geldgeschäfte. So verkaufte er einmal von einem Einbrecher gestohlene preussische Konsole, wiewegen er neun Monate Gefängnis erhielt. Durch den Vermittler Scheffler kam der Leutnant v. Plessen an diesen Peterfen. Infolge hoher Schulden befand sich der Garbeführer in großer Geldnot. Peterfen schlug vor, in Potsdam ein Haus zu kaufen. Das geschah zum Preise von 230 000 M. Auf dem Haus ruhte eine Hypothek von 200 000 M. Eine Kaufsumme war nicht vorhanden. Um sie herbeizuschaffen, nahm man eine zweite Hypothek in Höhe von 110 000 M. auf. Den Rest von 23 000 M. sollte v. Plessen erhalten. Hinterrück stellte sich heraus, daß der Hausverkäufer und gleichzeitig Hypothekentender zahlungsunfähig war. So mußte v. Plessen für die Anzahlungssumme von 80 000 M. aufkommen. Da dem Leutnant, wie er angab, die Gesellschaft einer Gattin ausstand, stellte er für den

genannten Betrag Wechsel aus. Peterfen wollte nun von dem neuen Hausbesitzer, Leutnant v. Plessen, 2000 M. haben, die er für notarielle Kosten beim Kauf bezahlt hatte. Darauf übertrug v. P. dem Peterfen die Hypothek, ermächtigte ihn zum Verkauf des Hauses und stellte ihm eine große Zahl Bankwechsel aus. Dabei sagte v. Plessen: „Sehen Sie, wie Sie nun fertig werden. Sie haben ja jetzt ein ganzes Buch Bankwechsel in der Tasche.“ Das geschah am 27. Juni v. J. 14 Tage später will der Leutnant dem Angeklagten die Vollmachten wieder genommen haben. Dahingegen behauptet Peterfen, dies sei erst im Dezember geschehen. In der Zwischenzeit füllte Peterfen die unterschriebenen Wechsel aus; zusammen mit Beiträgen von mehreren hunderttausend Mark. Die genaue Summe kann v. Plessen nicht angeben. Später kamen die Wechselproteste aus allen Teilen Deutschlands. Die Gerichte verurteilten auch v. Plessen zur Bezahlung. Auf den Namen des bekannten Leutnants machte Peterfen noch andere Geschäfte und verschaffte sich dadurch beträchtlich Geld. Vor Gericht bestritt der Angeklagte jede Schuld. Die Strafkammer sieht sie jedoch als erwiesen und verurteilte Peterfen zu einem Jahr Gefängnis, ohne ihm etwas von der seit Dezember 1913 erlittenen Unterhaftungshaft anzuzurechnen.

## Aus aller Welt.

#### Er mordung eines Konsuls im Eisenbahnzuge.

Wie aus Tunis gemeldet wird, fanden Eisenbahnbeamte in Tunis bei der Revision eines Zuges, der Reisende und die Post aus dem französischen Mutterlande gebracht hatte, in einem Abteil erster Klasse einen Leberzieher und einen Stod, die mit Blut besudelt waren. In dem Abteil fand sich eine Blutlache. In dem Leberzieher steckten Papiere auf den Namen des russischen und norwegischen Konsuls in Tunis, Batt. Bei Abladung der Bahnlinie wurde die Leiche des Konsuls zwischen Lindscha und Notent ungefähr 25 Kilometer von Biserta aufgefunden; er hatte einen Revolver scharf unter der linken Schläfe und Blutunterlaufungen an den Augen. Sein Koffer und sein Handgepäck sind verschwunden. Wahrscheinlich ist er das Opfer eines Raubmordes geworden. In seinem Abteil soll sich ein junger Mann von 25 Jahren befunden haben.

#### Zum Erdbeben auf Sizilien.

Nach den behördlichen Feststellungen hat das Erdbeben eine auf fünf Quadratkilometer sich erstreckende Zone schwer heimgesucht und darüber hinaus die Orte Binera und Passopomo dem Erdboden gleich gemacht. Bisher hat man ungefähr sechzig Tote gezählt. Die Gegend leidet wegen der Ausbreitung des Meeres und der schlechten Bauart der Häuser sehr durch die Erdbeben. Sonntagabend hat man auf dem Gipfel des Vulkans einen Feuerschein bemerkt. Die kleinen Erdstöße dauern an.

#### Er geht!

Der Staatsanwaltschaftsdeputat Dr. jur. Friedrich Glahel aus Breslau, der, wie gemeldet, bei der in Schwierigkeiten geratenen Breslauer Junggenossenschaft einen Kredit in der unverhältnismäßigen Höhe von 190 000 Mark in Anspruch genommen hatte, hat nunmehr sein Abschiedsgesuch eingereicht. Ein recht ruhmvoller Ende für einen so verdienstvollen Beamten, der sein bestes Können an die Bekämpfung der Sozialdemokratie gesetzt hat.

#### Ein groß angelegter Schwindel.

Die Pariser Postverwaltung ist in den letzten Monaten auf eine unerhörte raffinierte und geschickte Art um über 500 000 Franz geschädigt worden. Die Untersuchung darüber wird zwar ganz geheim geführt, doch ist der „Rath“ in der Lage, einige sehr interessante Einzelheiten darüber zu bringen. Danach ist es in den letzten drei Wochen einer Bande internationaler Hochstapler, in der Hauptrolle allem Anschein nach Belgiern, gelungen, in die Poststädte über 2000 gefälschte Postanweisungen einzuschmuggeln. Diese lauten auf je 200 bis 300 Franz, überstiegen jedoch niemals den letzten Betrag, da die Betrüger offenbar wußten, daß die Anweisungen in diesem Falle von einem besonderen Benachrichtigungsformular begleitet werden. Die Fälschungen sind mit ungläublicher Vollendung ausgeführt. Die Anweisungen stimmen bis in die kleinsten Kleinigkeiten mit den echten überein, so daß auch nicht ein einziges mal der Verdacht der Postbeamten wach wurde. Die Fälscher hätten ihr Werk noch unbegrenzt lange Zeit fortsetzen können, wenn nicht alle 14 Tage eine allgemeine Kassensrevision stattfinden würde. Bei der letzten Revision entdedte man nun, daß eine ganze Anzahl Anweisungen dieselben Nummern trugen, und daß sich überhaupt in den Kassenerichten der einzelnen Postämter unerklärliche Unregelmäßigkeiten fanden. Auf diese Weise kam man den Fälschungen auf die Spur. Offenbar wußten die Verbrecher genau von dieser Revision, denn seitdem ist keine einzige verdächtige Postanweisung mehr eingelaufen. Die Hoffnung, die Diebe zu fassen, ist daher nur gering.

#### Kleine Notizen.

Unter dem Verdacht des Gattenmordes an seiner am 16. April verstorbenen Ehefrau wurde in Athenos der Goldarbeiter Karl Becker verhaftet. Becker hatte sein Chloroform in seiner Wohnung, das er sich von dem in einer Apotheke beschäftigt gewesenen Hausdiener Kabban beschafft hatte. Kabban hatte am Tage nach dem Tode der Frau Becker Selbstmord verübt. Die Ausgrabung der Leiche der Frau Becker ist angeordnet worden.

Schwerer Automobilunfall. Auf der Chaussee Hirsch-Düssel, hinter Lichernitz, rammte am Sonntagmittag das mit sechs Personen besetzte Automobil des Kaufmanns Arno Dehler aus Hirsch, des Mitfahrers des Wolfirma Dehler u. Co., gegen einen Baum und überfuhr sich. Sämtliche Insassen wurden auf die Chaussee geschleudert. Frau Dehler und eine Tochter sind schwer verletzt. Die anderen Personen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Bergwerkunglück. Auf dem Gefäß der Braunkohlengrube Gläus auf Lichtenau bei Lauban verunglückten durch niedergehende Erdmassen und Schwenneinbruch vier Bergleute tödlich. Drei waren verheiratet und hinterließen außer den Frauen zusammen 19 Kinder.

Steuerbetrügereien. Die Köhnerer Strafkammer verurteilte die Witwe des Fabrikanten Julius Steinbach, die Kaufleute Hubert Lang, Ludwig Stiefel, den Rentier Ferdinand Seemann als Mitbeteiligte der Papierfabrik Steinbach u. Co. in Walmuth wegen Steuerhinterziehung während der Jahre 1907 bis 1911 zu sehr hohen Geldstrafen; insgesamt müssen die Angeklagten 118 275 M. zahlen.

Im Stichwahlkampf verunglückt ist der französische Genosse Rabi. Sein Automobil geriet in einen Graben. Rabi trug schwere Quetschungen davon, welche, wenn auch nicht lebensgefährlich, doch so schwer sind, daß Genosse Rabi sich vom Wahlkampf zurückziehen muß.

Straßenbahnunfall in London. Montagvormittag stießen an der Blackfriars-Brücke in London zwei Straßenbahnwagen zusammen und gingen dabei vollständig in Trümmer. Dierzehn Personen wurden, zumeist durch Glasplitter, verletzt.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis. Bezirk 124.**  
Am 9. Mai verstarb unser Mitglied, der Expedient 206/5  
**Albert Schindler**  
Rehmer Str. 2.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Philippus-Kirchhofes, Eingang Müllerstr. 44/45, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Landsberger Viertel. Bez. 390 II.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Genosse, der Expedient  
**Richard Hackelbusch**  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Freiwilligen Friedhofes, Pappelallee, aus statt.  
Köpenicker Viertel. Bez. 183 II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Bezirksführer, der Präger  
**Ernst Hoppe**  
Erangelstraße 88  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
213/11 **Der Vorstand.**

**Verband der Sattler u. Portefeullier Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied und Vorsitzender des Ausschusses  
**Richard Hackelbusch**  
verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilligen Friedhofes, Pappel-Allee 15/17, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
188/15 **Die Ortsverwaltung.**

**Nachruf.**  
Am Sonntag, den 10. Mai, verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser langjähriger, treuer Mitarbeiter, der Expedient  
**Richard Hackelbusch**  
im 45. Lebensjahre.  
Sein ehrlicher, aufrichtiger Charakter, seine in langjähriger Tätigkeit bewiesene Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit sichern ihm ein ehrendes, dauerndes Andenken.  
**Die Hauptexpedition des „Vorwärts“.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim. Bezirk Stralau.**  
Am Sonnabend, den 9. Mai, starb im Krankenhaus zu Britz unser Gemeindevorsteher und Parteigenosse, der Hebamme  
**Albert Gebel**  
im Alter von 51 Jahren nach langer und schwerer Krankheit.  
Unter Parteigenossen hat in der Gemeindevorstehung seine ganze Kraft auch auf kommunalem Gebiet entfaltet und der Parteidemegung in Stralau schätzbare Dienste geleistet.  
Die Parteigenossen von Stralau werden ihm jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in Stralau statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
**Die Bezirksleitung.**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin.**  
Am 9. Mai starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter  
**Albert Schindler**  
(Bezirk Südwest).  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in der Beckstraße, Ecke Müllerstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
142/14 **Der Vorstand.**

**Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**

Am Sonnabend, den 9. Mai, starb nach langem, schwerem Leiden im Krankenhaus zu Britz  
der Redakteur unserer Fachzeitung, K. Zeige  
**Albert Gebel.**

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen pflichterfüllenden Mitarbeiter, der jederzeit für die Interessen unserer Kollegen einzutreten bemüht war.  
Dem Hingegangenen werden wir jederzeit ein ehrenhaftes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Gemeinde Stralau statt.  
**Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Glasarbeiter.**

**Verband der Sattler und Portefeullier.**  
Am Sonntag, den 10. Mai, verstarb unser langjähriges Mitglied, der Vorsitzende des Ausschusses  
**Richard Hackelbusch.**  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Freiwilligen Friedhofes, Pappel-Allee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersuchen  
**Der Vorstand. Der Zentralvorstand. Der Ausschuss.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied  
**Hermann Dietrich**  
(Schöneberg, Prinz-Georg-Str. 4)  
am 8. Mai an Herzleiden gestorben ist.  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Schöneberg, Blanke Hölle, aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser  
**Otto Drommert**  
(Kauzgerder Str. 17)  
am 8. Mai an Leberleiden.  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Weissenhof, Roedelstraße, aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser  
**Wilhelm Koch**  
am 4. Mai durch Straßenunfall.  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Hions-Kirchhofes in Nieder-Schönhaufen aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Klempner  
**Albert Lemke**  
(Frankfurter Allee 148)  
am 8. Mai an Lungenleiden.  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Wargahn aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Formner  
**Otto Gennrich**  
(Martin-Luther-Str. 22)  
am 9. Mai an Lungenleiden.  
Die Einäscherung findet heute Dienstag, den 11. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Rege Beteiligung erwartet  
118/6 **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg. Bezirk 10.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied  
**Hermann Dietrich**  
am Sonnabend verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des zweiten hiesigen Friedhofes, Blanke Hölle, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**  
Treffpunkt für Mitglieder des Relang-Vereins Schöneberger Männerchor 1/4 Uhr auf obigem Friedhof. 15/8

**Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener  
**Johann Piplack**  
am 5. Mai im Alter von 56 Jahren verstorben ist.  
64/16 **Die Bezirksverwaltung.**  
**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den vielen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Kohlenbändler-Verein, dem Metallarbeiter-Verband, dem Bahnbereich des 6. Wahlkreises und den Kollegen der Firma Wintz, Karl Schulz und Wilhelm Nieme unseren herzlichsten Dank. 20325  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Ww. Berna Restow nebst Kindern.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin.**  
Am 9. Mai starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter  
**Albert Schindler**  
(Bezirk Südwest).  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in der Beckstraße, Ecke Müllerstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
142/14 **Der Vorstand.**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin.**  
Am 9. Mai starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter  
**Albert Schindler**  
(Bezirk Südwest).  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in der Beckstraße, Ecke Müllerstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
142/14 **Der Vorstand.**

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Ortsgruppe Berlin Abteilung I.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Bundesgenosse  
**Hermann Dietrich**  
am 9. Mai im 30. Lebensjahre verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. Mai, von der Halle des Kirchhofes an der Blanke Hölle aus statt.  
Treffpunkt um 4 1/2 Uhr bei Diemer, Bülowstr. 58.  
Um rege Beteiligung ersucht  
11/13 **Der Vorstand.**

**Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Steglitz.**  
**Bekanntmachung.**  
Gemäß § 23 der Wahlordnung zur Kassenfassung wird die Wahl der Mitglieder des Vorstandes am  
**Mittwoch, den 3. Juni 1914,**  
im Kassenlokal, Steglitz, Körnerstr. 55, abgehalten. Es wählen die Vertreter der Arbeitgeber im Ausschuss  
**von 6 bis 7 Uhr abends,**  
die Vertreter der Versicherten im Ausschuss  
**von 7 bis 8 Uhr abends.**  
Zu wählen sind:  
1. 3 Vertreter der Arbeitgeber und 6 Ersatzmänner.  
2. 6 Vertreter der Versicherten und 12 Ersatzmänner.  
Die Vertreter im Ausschuss werden hiermit aufgefordert, schriftliche Wahlvorschläge bis spätestens zum 20. Mai 1914 bei dem Vorstand der Kasse einzureichen. Verspätet eingehende Wahlvorschläge bleiben unberücksichtigt. Die Stimmabgabe ist an die genannten Wahlvorschläge gebunden. Die zugelassenen Wahlvorschläge liegen eine Woche vor dem Wahltag im Kassenlokal, Körnerstr. 55, von 9 bis 1 Uhr, zur Einsicht der Beteiligten aus.  
Am übrigen wird auf die bezüglichen Bestimmungen der Wahlordnung und der Satzung verwiesen.  
Berlin-Steglitz, den 9. Mai 1914.  
**Der Vorstand.**  
Emil Schulte, Vorsitzender.  
Kurt Bignitz, Schriftführer.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Schöneberg, 4. Bezirk.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bauarbeiter  
**Hermann Spann**  
nach kurzem Krankenlager verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des 2. Städtischen Friedhofes (Blanke Hölle) aus statt.  
**Die trauernde Gattin und Kinder.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Schöneberg, 4. Bezirk.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bauarbeiter  
**Hermann Spann**  
nach kurzem Krankenlager im Alter von 48 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des 2. Städtischen Friedhofes (Blanke Hölle) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
15/11 **Der Vorstand.**  
Treffpunkt für Mitglieder des Relangvereins Schöneberger Männerchor 1/4 Uhr auf obigem Friedhof.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen. Bezirk Berlin.**  
Nach langem, schwerem Leiden ist Sonnabend unser Kollege  
**Walter Hecht**  
gestorben.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
77/18 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener  
**Johann Piplack**  
am 5. Mai im Alter von 56 Jahren verstorben ist.  
64/16 **Die Bezirksverwaltung.**

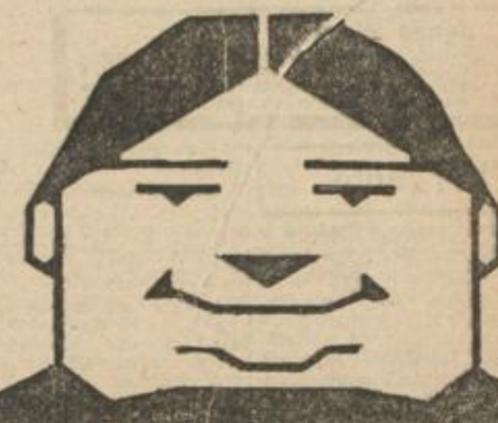
**Zukunftshaus.**  
Berlin, Nähe Siles. Bahnhof, ertheilungsb. billig verkauft. Vast. I. Restaurateur. Im Laufe seit 35 Jahr. Restaur. m. Fremdenlogis. Anst. u. „Fr. 2. 360“ bei Rudolf Rasse, Berlin-Friedenau, Raffereiche. 67/10

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den vielen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Kohlenbändler-Verein, dem Metallarbeiter-Verband, dem Bahnbereich des 6. Wahlkreises und den Kollegen der Firma Wintz, Karl Schulz und Wilhelm Nieme unseren herzlichsten Dank. 20325  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Ww. Berna Restow nebst Kindern.

**J. Baer**  
Badstr. 28 Ecke Prinz-Allee  
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Anzüge in jeder Preislage.  
Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung.  
Billigste, feste Preise.

**Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,**  
Zuß. P. Golletz  
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 340

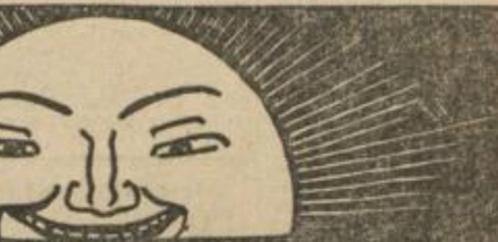
Berlin SO. 16. Engelstr. 5.  
**H. & P. Uder,**  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kaukabak von G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.  
Stets frisch zu den äußersten Einzelpreisen.  
Amt IV, 3014.



**Blendol**  
macht blank mir das Metall zu haben ist es überall!  
In Flaschen aller Gröößen. Fabr. Urban u. Lamm Charlottenburg

**Sie laufen wie eine Biene,**  
wenn Sie unsere gefütterten Gaus- u. Strickschuhe tragen.  
Rein Bremen d. Hübs. I. Schneiderei, I. geschwoll. Glente, I. Krampf, I. Beunruhigt, I. Hüftschmerzen, I. Gelenk, I. Tumor, I. empfindlich, I. Gelenk, I. Licht, I. Rheumatisches, I. weiches, I. elastisch, I. ausdauernd, I. Barock, I. sichere, dauernde Hilfe, auch i. d. verweirten Fällen, u. absoll. Brauchort, un. gefüßrt. Schuhwerk. Tel.: 898. 8252. Reich. Lager in sehr warmen, mittelwarmen u. kühl. Strickarten, jeder Witterung, I. jeder Eigenart d. Hüfte empfindend. I. Natur. Preisliste fr.  
**Strickschuh-Fabrik**  
Winzer & Co., O., Krautstr. 52, Fabrikgeb. Hof 6. Aufg. Einzelverkauf:  
W., Potsdamer Str. 100, Rosenhaller Str. 59, Nähe Steinstraße, NO., Gr. Frankf. Str. 94, Nähe Markthalle, SO., Kottbus. Str. 211, Charlottenburg, Kantstr. 125, Nähe Lehnitzstr. Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Str. 3, Leipzig, Hauptstr. 17/19, Passage Oberhof, Dresden, Reichenstr. 42, Dresden, Grünert Str. 22, München, Rahmannpl. 11.

Wir empfehlen jedem Zeitungsläser zur Anschaffung:  
**Liebnechts**  
**Volksfremdwörterbuch**  
Dreizehnte Auflage.  
Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt unter Berücksichtigung der Nachschreibung nach dem vereinbarten amtlichen Regelbuch.  
Preis in Leinwand gebunden Mark 3,20.  
Zu beziehen durch die **Buchhandlung Vorwärts**,  
Berlin SW 68, Lindenstraße 80 (Laden). 248/15



**Servus**  
Schuhputz mit Dosenöffner  
Überall zu haben in großen Dosen a 20 Pf.  
Fabrik: Chemische Werke Lubszynski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.





Öffentliche politische Versammlungen.

Vierter Wahlkreis.

Heute Dienstag, den 12. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentliche Volksversammlungen

in den Lokalen

„Süd-Ost“, Waldemarstr. 75 und „Andreas-Festhäle“, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:

Ist Kindererziehung Kulturarbeit?

Referentinnen Genossinnen Martha Demming und Emma Döltz.

Diskussion.

Der Einberufer: P. Hoffmann, Königsberger Straße 28.

Sechster Wahlkreis.

Heute Dienstag, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentl. politische Versammlung

in den „Germania-Sälen“, Chausseestr. 110.

Tagesordnung:

1. „Militarismus und Arbeiterklasse“. 2. Diskussion.

Referentin: Genossin Rosa Luxemburg.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen.

Der Einberufer: Friedrich Stäffler, Panitzschstr. 65.

Steinarbeiter!

Donnerstag, den 14. Mai 1914, abends 8 Uhr,

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Kombinierte Versammlung.

Tagesordnung:

1. Schlussbericht der Streikkommission. 2. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Unterstützung für die noch nicht untergebrachten Kollegen.

Kein Kollege darf fehlen!

Ganz besonders sind die in Arbeit stehenden Kollegen eingeladen.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 14. Mai, abends 6 Uhr,

im Lokal von Wille, Zebastianstraße 39:

Außerordentliche Branchen-Versammlung

der

Perlmutter-, Horn- und Stein- u. Arbeiter- u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Gaus. 2. Bericht von den letzten Generalversammlungen. 3. Ersuchen zur Branchenkommission.

Handzettel werden zu dieser Versammlung in den einzelnen Betrieben nicht verwendet.

Die Branchenleitung.

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Direksenstraße 20

Wirden Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. - Amt Kst. 3208.

Für Damen Frauen-Bedienung. \* Mechanik für alle Kraftmaschinen.

Bruchbandagen Leibbinden, Garadehalter, Irrigatoren, Spritzen etc., Suspensoren, sowie

alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt

Fabrikant Pollmann, jetzt Berlin N., Lothringers Str. 80.

Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Tausende befreit Bandwurm

mit Kopf (Spul) u. Madenwürmer bereinigt meist binnen 2 Stunden leicht und vollständig gefahrlos ohne Berufsstörung das vollkommen unschädliche natürliche

Reisels' Bandwurmmittel Keine unangenehmen Nachwirkungen, keine Hungerkur, nicht angreifend, ohne Nachteil, auch wenn Bandwurm vorvermutet wird. Einfachste Anwendung.

Pf. Erwachsene 2, Kind. (Altersang.) 1,25. All. echt mit Marke „Medico“, u. Namen Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4. Wo in Drogerien nicht erhältlich, direkt Zus.

1M.

wöchentl. Teilzahlung liefert elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass

Garantie für tadellof. Sitz und feinste Verarbeitung

J. Kurzberg & Co.

Mass-Schneiderei

Gegründet 1898

Rosenthaler Strasse 36

I. Etage

Reinickendorfer Str. 4

Weddingplatz.

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 3. Ziehungstag 11. Mai 1914 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Vorklassige Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr v. St.-N. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 4th Prussian-Southern German Class Lottery, Class 5, 3rd drawing day, May 11, 1914. Includes columns for numbers and prizes.

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 3. Ziehungstag 11. Mai 1914 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Vorklassige Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr v. St.-N. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 4th Prussian-Southern German Class Lottery, Class 5, 3rd drawing day, May 11, 1914. Includes columns for numbers and prizes.

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 3. Ziehungstag 11. Mai 1914 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Vorklassige Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr v. St.-N. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 4th Prussian-Southern German Class Lottery, Class 5, 3rd drawing day, May 11, 1914. Includes columns for numbers and prizes.

Table of lottery numbers for the 4th Prussian-Southern German Class Lottery, Class 5, 3rd drawing day, May 11, 1914. Includes columns for numbers and prizes.

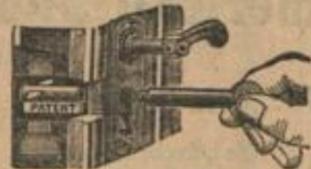


# Patent-Schlosssicherungen (Schlüssellochsperrer)

„Wohnungswächter“



(Für Wohnungs- und Zimmertüren)



„Triumph“



(Für Möbel jeder Art)

Ohne Schlossänderung sofort verwendbar. — Absatzmöglichkeiten unbegrenzt. Schläger ersten Ranges für Grossisten und Händler.

## Karl Held, Berlin-Steglitz.

**Für Dänemark**  
Ist energischer, repräsentativer Geschäftsmann die Vertretung für erste Klasse Fabrik in Bauartikeln, Maschinen oder ähnl. Offerten unter H. G. 2510 an die Exp. d. Bl.  
D. R. P. 158 574 Verfahren zur Gewinnung von Metallmetallen, insbesondere von Natrium, mit Hilfe einer auf elektrolytischen Wege hergestellten salzsauren Lösung des Natriummetalls mit Blei oder dergleichen ist zu verkaufen, auch werden die jenseits vergebene. Auskunft erteilt Patentanwalt Dr. H. Worms, Berlin, Prenzlauer Str. 42.  
**Lüchtiger Kaufmann**  
sucht Vertretung erstklassiger, Käufer beliebiger Branche, auch für Ausland. Offert. unter J. J. 1767 bef. Rudolf Mosse, Berlin SW.

## Neues Unternehmen!

Generalvertretung mit Zusage für jede Provinz zu übernehmen. Ziehendes Einkommen mindestens 10.000.— jährlich. Erforderlich 20.000.— jährliches Betriebskapital. Lagerstätte 125 Berlin W. 81.  
Wichtig! Für Verkaufsgeschäft lohnenster Artikel zu vergeben. Offert. unter P. V. 250, Rudolf Mosse, Berlin SW.  
**PATENTE WAREN BERLIN**  
Gef. Schillerstr. 3, Dr. Borchardt

### Angenehme Existenz!

bietet sich solidem, tüchtigem Herrn durch Übernahme unserer bestehenden, konkurrenzlosen Unternehmung. Brauchgegenstände, nicht nötig Einlage. Tausend Mark Barmitte erforderlich. Offert. unter J. J. 5321 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

## Selbstetablierung

Damen oder Herren mit kleinerem eigenen Kapital gründet leistungsfähiges Fabrikationshaus der Leibwäsche-Branche eigene Geschäfte im König. u. Prov. Sachsen, Thürig., Hannover u. Rheinl. Reflekt. müssen tüchtig und fachkundig sein. Off. unter V. R. 2743 bef. Rudolf Mosse, Berlin C., Königstr. 56.

## Vertreter der Gastwirtsbranche

zum Verkauf eines ges. gesch. anerkannt praktisch, vorteilhaft und billigen Bier-Leitungs-Reinigungs-Apparats in ganz Deutschland gegen hohe Provision gesucht. Taschenmesser, Bierleitungs-Reiniger-Vertriebs-Gesellschaft, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 43a.

## Bestrenommierte Armaturen-Fabrik

sucht für ihre Spezial-Abteilung eingeführten

## Vertreter

für Heizungs-Regulierhähne und Schieber.

G.-H. Angeb. unter J. U. 7501 bef. Rudolf Mosse, Berlin SW.

## General-Vertretung

eines grossz. zeitgemässen Unternehmens ist per sofort für Berlin und grös. Bezirk in eigene Rechnung zu vergeben. Organisations-tüchtigem, solventem Herrn bietet sich hier eine Chance, sich ein grosses, dauerndes Einkommen (bis 30.000 M. event. mehr) bei angenehmer, zumeist Büro-tätigkeit, zu schaffen. Zur Übernahme sind 2-10 Mille Barkapital erforderlich. Ausführl. Angebote nur von Selbstreflektanten, erb. u. Postlagerkarte 52, Postamt W. 69.

## Bergbauinteressenten

im In- und Auslande erhalten nachkundige Gutachten über Verwertung und Finanzierung ihres Besitzes. Ratschläge in allen technischen und bergrechtlichen Fragen. Betriebskontrolle etc. von erf. Fachmann (früher Staatsbeamter). Anfragen erbeten unter A. J. 120 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

## Vertreter gesucht.

Fabrik in Schweden für Bolzen - Maschinen

und Härteöfen sucht Vertreter im Auslande.

Antwort unter „Grossindustrie 7514“ an Rudolf Mosse, Berlin SW.

## Lerni Dekorieren!

A. Wertheim W. Wertheim A. Jandorf & Co. Seidenhaus Michaels & Cie., Gustav Corda, Herm. Tietz, Leonh. Tietz A.-G. usw. haben auf meine Empfehlung Schüler als Dekorations-angestellte obgleich alle zuvor aus anderen Branchen waren. Prospekt gratis. Schanferstr. Dekorsions-Schule von Leop. Levinsohn, Berlin W. 8, Leipzigerstr. 38.

## Parfümerie-Etablissement

mit dem Hauptst. in Paris, vergibt den

## Alleinverkauf

seiner Luxuspezialitäten in

## Markenparfüms

für ganz Deutschland.

Nur prima Reflektanten, welche bei erstklassigen Parfümeriegeschäften gut eingeführt sind, belieben sich zu melden unter K. S. 4434 an Rudolf Mosse, Köln.

## Russland.

Tüchtige kapitalstärkige, gut in den Industriekreisen eingeführte Herren suchen Vertretung sozial leistungsfähiger Firmen. — Zugkräftige Artikel und Neuheiten auch gegen Kassa. — Beste Referenzen vorhanden. Geht Offerten unter „S. M. 17473“ an die Central-Annoncen-Expedition L. u. E. Metz u. Co., Warschau erbeten.

## Gute Erfindungen

verwertet schnellstens. Begutachtung kostenlos. Internat. Pat.- u. Ingenieur-Büro. O. HUBER, Berlin W., Konstanzerstr. 4.

## Gemüse- und Hopfen-Händler

aus Ungarn, Bácska, sucht m. bef. deutsch. Firmen dieser Branche in Verbindung zu kommen. Neue Erdäpfel-Saison beginnt schon Ende Mai. Briefe zu richten an Baumgärtner Hildt, Kistaf, Bácska, Ungarn.

## Seriöser Vertreter

der Schuhbranche, bei der Primar-tätigkeit, best. einig. Fachmann, sucht leistungsfähig. Schuhfabrik in Oesterreich, Zamen, hauptsächlich Kinder- u. Good-bearbeit. f. d. Subapster Platz zu vertreten. Geht. Ant. u. Verläßlich an G. H. u. Ragh, Annonc.-Büro, Budapest, VII. Erdbelirtat 5.

## Herrenwäsche-Fabrik

sucht für eingeführte Tour für Schlesiern

## Vertreter,

der zur einträg. Rundschiff gute Zahlung hat. Ausführliche Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit erb. J. W. 1778 Rudolf Mosse, Berlin SW.

## Vornehme Existenz

bietet ein lukratives Unternehmen tüchtigem Herrn, auch Nichtkaufmann, durch Übernahme der Allein-Vertretung. Das Unternehmen sichert strebsamem Herrn ein jährliches Einkommen von ca. M. 20.000 und mehr bei angenehmer Bureau-tätigkeit. Ausführliche Angebote nur von Selbstreflektanten, die im Besitze von M. 7000.— Barmitteln sind, erbeten unter Postlagerkarte 82 Berlin, Postamt 12.

## Wichtig für Baubehörden, Tiefbauämter, Stadtgemeinden usw.

Umstandshalber ist die gesamte Produktion eines erstklassigen Werkes zur Herstellung von Granitoid- und Basaltoidplatten zu aussergewöhnlich billigen Preisen zu verkaufen. Off. unter D. L. 5033 an Rudolf Mosse, Dresden.

## grosszügigen Kolonisationsunternehmens

werden erstklassige Vertreter, die prima Verbindungen besitzen, gesucht. Off. u. Chiffre O. F. 3692 an Orell-Füssli, Annoncen, Zürich.

## Vertreter gesucht nur für Behörden.

Wir beabsichtigen, rührigen Herren bei hohen Bezügen die bezirkswise

## Alleinvertretung

unseres patentierten Artikels zu übertragen. Herren, welche in der Lage sind, Referenzen anzugeben und bei Behörden, spec. Tiefbauämtern, eingeführt sind, werden bevorzugt. Ausführliche Off. u. Df. B. 2014 an Rudolf Mosse, Düsseldorf.

## Die wirksamste Reklame

ist die direkte Offerte an die Abnehmer und Konsumenten

Verlangen Sie gratis und franko unseren neuesten Adressen-Katalog 54. Auflage

## Robert Tessmer Adressenverlag G.m.b.H.

Berlin SW. 68, Markgrafen-Strasse 76  
Am Marktplate 99, gegründet 1878, Am Marktplate 270

## Vertreter oder Wiederverkäufer

aller Orts für leicht verkäufliche Gebrauchsartikel für Büro-, Bank- und Ladengesch. ges. Offert. u. K. W. Berlin W. 3 postl.

## Aktiengesellschaft,

die einen sehr abatzfähigen Artikel fabriziert, deren Name in Fachkreisen sehr bekannt und angesehen ist, sucht einen weitgewandten und versierten

## Direktor.

Angesehene Position, hohes Gehalt und Tantieme. Übernahme von M. 50-75.000.— Aktien-Besitzung. Offerten unter J. J. 13202 befördert Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

## Weinhandlung u. Weinstuben.

gute Existenz, gediegene Einrichtung, seit 9 Jahren am Platze, im besten, stillen Vorort Berlins, wegen Todesfall sofort zu verkaufen. Kaufpreis Mk. 8500.—. Jetzt günstigste Gelegenheit, da grosse Geschäftstage heranzücken. Agenten verboten. Post. Luison-Platz 1, 1 Treppe.

## General-Vertretungen

100% Verd. a. Firmen o. Herren m. organisatorischer Befähigung provinzw. auch Ausl. p. Apparat d. Eisenw.-Br. in eigene Rechn. gegen Warenabschl. sof. z. verg. ca. Mk. 1000.— f. Lager erforderl. Offerten unter Ch. O. 4640 bef. Rudolf Mosse, Charlottenburg, Scharrnstr. 50.

## Postvertriebsstellen

errichtet werden. Der Betrieb erf. tägl. 2-3 Stund. freie Zeit. Bes. Betriebskap. nicht erforderl. Ausf. Bewerbung v. nur strebs. realen Leuten, den. an ein. dauernd. Beschäftigung gelegen ist, u. G. C. 33 befördert Rudolf Mosse, Hamburg.

## BAUARTIKEL

Für eine Epoche machende, zum Patent angemeldete

## Neuheit werden Platz-Vertretungen

(auch im Auslande) zu

## erste Firmen der Baubranche

vergeben.

Berücksichtigt werden nur erstklassige Firmen oder Vertreter, die bei

## Behörden und Architekten

nachweislich gut eingeführt sind.

Offerten unter S. D. 4799 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

## Papier- und Kunsthandlung

ein gross. an detail. in Christiania, Norwegen mündl. Offerten in der Branche. Offerten unter „Solide, barzahlende Verbindung 949“ an Chm's Bureau, Christiania, Norwegen.

## 10000 Reklamezettel 2.

Buchdruckerei Rund, Potsdamerstr. 108.

## Lizenzverkäufer,

im u. Ausland auf eigene Kosten arbeitend, m. 1a. Ref., Gesellschafts-gründungen u. Bewertung bewand., da nur an denkbar solide, fest gebund. werb. soll. für hochwert. rechtl. Patentfache gesucht. Geht. An-erbieten unter G. 285 an Rudolf Roske, Galesen.

Alleinvertretung f. Groß-Berlin, n. an aus. gewandl. Ref. zu verg. d. üb. ein. Mille berl., die in seiner Hand blieb. Rechtl. konkurrenzlos. Gerat. P. H. B. Raffensart, Wf. 1.95, Hygien. u. drakt. f. Haush. Bureau, Schöberl Bernsd. zu verb. Rechtl. Sachw. Off. u. Ca. U. 159 befördert Rudolf Mosse, Berlin, Rindbergstrasse 25-26.

Für Berlin und Umgebung wird von grösster, sehr leistungsfähiger Fabrik ein tüchtiger, bei den einflussreichsten Behörden sowie Behörden, Architekten usw. gut eingeführter

## Vertreter

für

## Generlösch-Armaturen

sowie

## Generlösch-Apparaten

zum Anschluß an die Wasserleitung gesucht. Offert. unter F. J. H. 629 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Pärme, Gewürze, Fettwaren, Tücht. Verkäufer, der lange Jahre in der Branche selbständig war, sucht von erstklassigen Häusern für Groß-Berlin Agenturen zu übernehmen. Offerten unter O. E. 3686 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. 61.

## Patent-Anwalt

Berlin, W. 8, Dr. Gottsch

## Alleinvertrieb

großer Sache zu verg. Kapital nötig. Offert. unter O. A. 243 an Daube & Co., Frankfurt a. M.

Berufstätige vergeb. nach jed. Ort. Off. postl. „Erstinst.“ Dresden 8.

## Offene Stellen

aller Berufe enthält jetzt die Zeitung: Deutsche Posten- u. Verh. Zeitschrift 150.

Reelle Vertretungen a. intens. Beach. f. Berlin u. Um-gend über. folg. Agent. u. Kom-missionsfirma. Off. u. T. L. 310 a. Rudolf Roske, Berlin SW. 19.

Buchführung, Bilanzen, Revisionen dinst. Hentner, Adalbertstr. 98.

## PATENT-Verwertungs-Centrale

Wenn Sie etwas suchen... In Nachrichten des G. Press. Berlin 8. 14. 1914 liegt täglich 500 Zeitungen und liefert Auschnitte aus dem In- und Ausland sofort nach Einsenden. Abonnement 30 Tage 10 Pf., 90 Tage 25 Pf.

Tüchtige Lizenz-Verkäufer

werden gegen hohe Provision sofort gesucht. Verhandlungen mit Interessenten teilweise schon eingeleitet. Offerten unter No. G. 3776 an Hansenstein & Vogler A.-G., Stuttgart.

## Nur Versand-Artikel

zu best. herabgesetztem Preise. Galon, sehr breit, pro 100 m 14 Pf. Verkauf gegen Nachnahme. Rouvert, Rue Jefe Strappa 27, St. Etienne, Frankreich.

## Große Weingroßhandlung

in Frankfurt a. M., alle Vortrags-firma von großem Ruf, sucht

aut empfohlenen Vertreter mit Beziehungen zu ersten Gesellschafts-freien. Branchenkenntnis nicht erforderlich. Offerten u. F. H. J. 652 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

## Alleinvertrieb

groß. Sache zu verg. Kapital nötig. In der Rheinprovinz wird große Off. er. Off. u. K. 731 an Hansenstein & Vogler A.-G., Dresden.

## Neu: Massenartikel Neu!

der Möbel- u. Sanitätsbranche. Deutsches Reich patent, ist an Fabrikanten veräußlich oder in Lizenz zu vergeben. Näheres durch E. Ehrmann in Mainz.

## Provisions-Vertreter

für den Verkauf eines hervorrag. arbeits außer Konkurrenz gef. Ausführl. Offerten mit Angabe der vorhandenen Vertretungen unter D. B. 1922 an Hansenstein & Vogler A.-G., Ad n. o. 118.

## Goldin-Uhren

oder Brillmetall mit Goldrand an Wiederverkäufer billig. Muster p. Nach-nahme M. 3.50. An-erbieten u. Vergr. Silber 800 gef., Muster 5.50 Mark. Porto 50 Pf. M. Singer, Basel (Schweiz), Spalenberg 27. U. Sandbports.

## Consulat

für Aufstellung von angelegenen Kaufmann zu über. nehmen ge-wünscht. Ihre Vermittlung werden bis auf M. 500-1000 anst. Angebots unter Df. U. 2033 an Rudolf Mosse, Düsseldorf.

## Für Maschinenfabriken.

Gründliche Ingenieurfirma in Dabarna, m. guten Verbindungen u. Kapital, sucht Vertretung einer leistungsfähigen Fabrik für Zucker-maschinen. Offerten an Cornelius Jacobs, Hamburg 12.

## Reklame.

Alchimalen in Rabener u. Glas, Zahlsteller, abstrakte Vopp u. Geulob-, Blakate fabriert S. Rachwalski, Grotzisten und Vertreter überal gesucht. Referenzen-volet.

## Cafés, Restaurants, Hotels, Cabarets,

erstklassige Standplätze für solche Reklame-Reklame 1 m breit, 50 cm tief, 1.50 m hoch, f. Deutsche Filmograph G. m. b. H., Berlin C. 2, Bughit 24, Dorotheen Str. 12, Tel. 93 11705.

## 10-20 Mk. tägl. Verdienst durch

leichte Jobsifikationen, verlei. Existent mit nur 30 Mk. Kap. (neue Sache), R. Orict, Hamburg 23.

## Kinder-Konfektion.

Italienischer Vertreter, Wohnst. Mailand, seit 10 Jahren in ganz Italien in den besten Spezialgeschäften der Kinder-Bekleidung eingeführt, sucht nach einige hohende leistungsfähige Vertretungen. Offerten unter Chiffre „28807 M.“ an Hansenstein u. Vogler, Mailand.

## Damenkonfektionsgeschäft,

Residenzstadt s. 400.000 Einwohner, sucht Vertretung in Stoffen, insbes. Seide, Stoffen, Epacht, Strick usw. sonnigste welle. Offerten unter C. 1004 bef. die Expedition dieses Blattes.

## Schweden.

Verfeiner Kaufmann der Pap., Mode- u. Bekleidbranche, tüchtig in Stockholm wohnhaft, mit den Gro-ßverkäufern der betreffenden Häuser persönlich bekannt, sucht Vertretungen in obigen Branchen. Aufschreiben von Interessenten erb. unter S. 8519 an S. Gurnath, Annoncenbureau, Stockholm.

## Erfindung best. t. leichte Selbst-

lubrikation für D. H. G. M. In und Ausl. zu verb. Zuschr. Lagerkarte 32, Postamt 20.

## Verpachtungen und Pachtgesuche

Erstkl. Wiener Café, event. auch Hotel, an nur best. Lage von nicht. Fachm. zu pacht. sei event. auch nur teilw. Räumlichkeiten, die in Bezug auf Art und Lage die Vorbereitung eines wirkl. erstkl. ausstattenden Cafés erfüllen. Offert. unter P. 3622 an Hansenstein & Vogler A.-G., Halle a. S.

## Detektiv Hauschild

Kgl. Wachtm. a. D. der polit. t. Pol. Berlin, Friedrichstr. 183, Contr. 9061. Seeb., Limm., Hirsch.

## Suche Vertretung für Lodz

in Fabrikaten aus Aluminium, Kupfer u. weichen Metall. Vertretung mit Offert. an F. Moskowitz, Pody (Huff.-Pol.), Danzig 12 zu richten

## Konjulat in Düsseldorf

zu übernehmen gesucht. Vertrauliche Verhandlungen Angehört. Geht. Anerbietungen unter J. P. 15890 an Rudolf Mosse, Berlin SW.